



## Beteiligungsbericht 2019

Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2019  
der Stadt Meerbusch

---

# Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	5
2	Beteiligungsbericht 2019	7
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	7
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	8
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Meerbusch	9
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	10
3.2	Beteiligungsstruktur	11
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	13
3.4	Einzeldarstellung	14
3.4.1	Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der Stadt Meerbusch zum 31. Dezember 2019	15
3.4.1.1	Stadtwerke Meerbusch GmbH	15
3.4.1.2	Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG	29
3.4.1.3	Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH	40
3.4.1.4	MWEnergy GmbH	46
3.4.1.5	Quantum GmbH	56
3.4.1.6	Verson Energie-Partner GmbH & Co. KG	75
3.4.1.7	Verson Verwaltungs GmbH	83
3.4.1.8	STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG	90
3.4.1.9	Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	100

3.4.1.10	IT Kooperation Rheinland (Zweckverband)	107
3.4.1.11	d-NRW AöR	117
3.4.1.12	Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG	129
3.4.1.13	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	142
3.4.1.14	NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH	164

# 1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig

erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

## 2 Beteiligungsbericht 2019

### 2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Meerbusch hat am 01.09.2020 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Meerbusch gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligten untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Meerbusch hat am 16.12.2021 den Beteiligungsbericht 2019 beschlossen.

## 2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Meerbusch. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Meerbusch, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabchluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Meerbusch durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Meerbusch durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

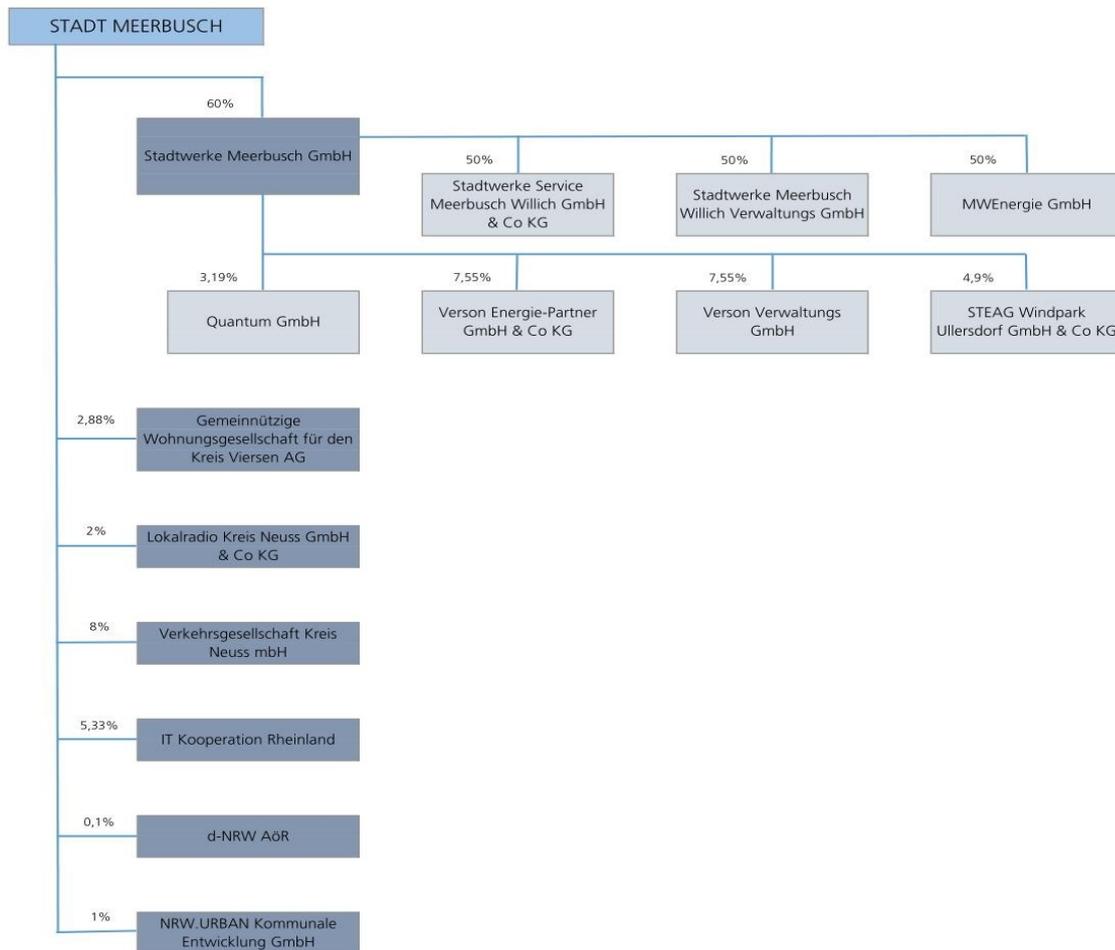
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Meerbusch insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Meerbusch. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Meerbusch die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Meerbusch unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2020 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2019. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2019 aus.

### 3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Meerbusch



### 3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2019 ist die Beteiligung an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH hinzugekommen.

#### Veränderung in Beteiligungsquoten

Im Jahr 2019 haben sich die Beteiligungsquoten nicht geändert. Im Jahr 2020 hat die Stadt Meerbusch ihre Beteiligung an der Stadtwerke Meerbusch GmbH um 7,4 % erhöht.

#### Abgänge

Im Jahr 2019 gab es keine Abgänge der Beteiligungen.

## 3.2 Beteiligungsstruktur

Tabelle 1:

Übersicht der Beteiligungen der *Stadt Meerbusch* mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12. 2019	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Meerbusch am Stammkapital		Beteiligungsart
		TEURO	TEURO	%	
1	Stadtwerke Meerbusch GmbH	10.300	6.180,0	60,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2019	+ 5.768			
2	Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co KG	100	30,0	30,0	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019	+ 1.477			
3	Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH	25	7,5	30,0	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019	+ 2			
4	MWEnergy GmbH	25	7,5	30,0	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019	+ 8			
5	Quantum GmbH	1.035	19,7	1,9	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019	+38			
6	Verson Energie-Partner GmbH & Co. KG	282	12,8	4,5	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019	+3			
7	Verson Verwaltungs GmbH	28	1,3	4,5	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019	+1			
8	STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG	1	0,0	2,9	Mittelbar
	Jahresergebnis 2019	+1.297			
9	Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH	26	2,0	8,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2019	0			
10	IT Kooperation Rheinland* (Zweckverband)	100	-*	-*	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2019	+ 136			
11	d-NRW AÖR	1.238	1,0	0,1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2019	0			

\* Die Stadt Meerbusch hat in der Versammlung 2 von insgesamt 69 Stimmen.

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12. 2019	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Meerbusch am Stammkapital		Beteiligungsart
		TEURO	TEURO	%	
12	Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG	770	15,4	2,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2019	+ 83			
13	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	16.254	468,3	2,9	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2019	+ 3.229			
14	NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH	100	1,0	1,0	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2019	+5			

### 3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tabelle 2:

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Stadt Meerbusch (in TEUR)

gegenüber		Stadt Meerbusch	Stadtwerke Meerbusch GmbH
Stadt Meerbusch	Forderungen		940,70
	Verbindlichkeiten		826,61
	Erträge		6.952,85
	Aufwendungen		2.601,45
Stadtwerke Meerbusch GmbH	Forderungen	826,61	
	Verbindlichkeiten	940,70	
	Erträge	2.601,45	
	Aufwendungen	6.952,85	

## 3.4 Einzeldarstellung

### 3.4.1 Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der Stadt Meerbusch zum 31. Dezember 2019

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Meerbusch einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Meerbusch mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Meerbusch zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Meerbusch gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Meerbusch dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Das gilt auch für die städt. Genossenschaftsanteile (Bauverein Meerbusch eG und KoPart eG). Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

<b>Tabelle 1</b>	<b>2019</b>
	T€
<b>Wertpapiere des Anlagevermögens</b>	<b>1.840</b>
- Rhein. Versorgungsfonds	423
- Depot mit Sondervermögen	1.078
- Krüggerrand	339
<b>Sonstige Ausleihungen</b>	<b>782</b>
- Arbeitgeberdarlehen	34
- Wohnungsbaudarlehen	671
- Genossenschaftsanteile	77

### 3.4.1.1 Stadtwerke Meerbusch GmbH

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie die Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten und Anlagen der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung verpachten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung an der Stadtwerke Meerbusch GmbH wird sichergestellt, dass die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Energie zu angemessenen Preisen auf Dauer garantiert werden kann.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter

Stadt Meerbusch	60%
innogy SE	40%

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Forderungen der Stadtwerke Meerbusch GmbH gegenüber der Stadt Meerbusch setzen sich aus T€ 100,8 aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, T€ 49,6 aus Forderungen aus der Gewerbesteuer sowie T€ 676,2 aus Abschlagszahlungen der Stadtwerke Meerbusch GmbH an die Stadt Meerbusch aus der Erhebung der Abwassergebühren.

Die Verbindlichkeiten der Stadtwerke Meerbusch GmbH beinhalten 207,2 T€ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie 733,5 T€ aus der Erhebung der Abwassergebühren durch die Stadtwerke Meerbusch GmbH für die Stadt Meerbusch.

Die Erträge der Stadtwerke Meerbusch GmbH setzen sich im Wesentlichen aus der Lieferung von Strom, Gas und Wasser an die Stadt Meerbusch (2.692,4 T€) zusammen.

Die Aufwendungen der Stadtwerke Meerbusch GmbH beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgaben (2.880,2 T€), die Gewinnausschüttung an die Stadt Meerbusch (2.737,5 T€) sowie die Gewerbesteuer (1.248,7 T€).

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

### Vermögenslage

Aktiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	137,6	127,7	+9,9
II. Sachanlagen	54.301,1	52.084,5	+2.216,6
III. Finanzanlagen	1.106,2	2.035,0	-928,8
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	0,0	0,0	0,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.640,6	18.565,7	+1.074,9
III. Wertpapiere	0,0	0,0	0,0
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.208,5	2.410,4	-201,1
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	12,5	7,6	+4,9
<b>Bilanzsumme</b>	77.406,7	75.230,9	+2.175,8

## Kapitallage

Passiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	10.300,0	10.300,0	0,0
II. Kapitalrücklage	3.204,9	3.204,9	0,0
III. Gewinnrücklagen	5.994,5	5.694,5	+300,0
IV. Jahresüberschuss	5.767,9	4.862,5	+905,4
V. Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0
<b>B. Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum Anlagevermögen</b>	52,0	60,0	-8,0
<b>C: Empfangene Ertragszuschüsse</b>	4.741,6	4.535,8	+211,8
<b>D. Rückstellungen</b>	1.055,9	818,9	+237
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	44.110,1	43.494,5	+615,6
<b>F. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	2.043,1	2.148,5	-105,4
<b>Bilanzsumme</b>	<b>77.406,7</b>	<b>75.230,9</b>	<b>+2.175,8</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

In der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Restbeträge in Höhe von 740 T€ enthalten, die durch Ausfallbürgschaften der Stadt Meerbusch gesichert sind.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	49.936,9	50.685,9	-749,0
2. sonstige betriebliche Erträge	420,1	421,4	-1,3
Insgesamt	45.869,3	47.569,3	-1.700,0
3. Materialaufwand	33.676,4	35.193,1	-1.516,7
4. Personalaufwand	46,5	45,5	+1
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.332,4	4.047,5	-715,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	765,7	952,1	-186,4
7. Erträge aus Beteiligungen	754,9	156,5	+598,4
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24,9	24,3	+0,6
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	416,3	380,3	+36,0
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.633,1	2.254,5	+378,6
11. Sonstige Steuern	10,8	14,6	-3,8
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	5.767,9	4.862,5	+905,4

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	32,6	32,8	-0,2
Eigenkapitalrentabilität	25,8	22,3	+3,5
Anlagendeckungsgrad 2	43,8	40,1	+3,7
Verschuldungsgrad	67,4	67,2	+0,2
Umsatzrentabilität	18,5	15,1	+3,4

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig. Die Betriebsführung erfolgt extern durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG

## Geschäftsentwicklung

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Stadtwerke Meerbusch GmbH, im folgenden STM genannt, baut und unterhält im Stadtgebiet Meerbusch die Infrastruktur zur Energie- und Wasserversorgung. Daneben hat die STM im Stadtgebiet eine große Anzahl von Kunden, die sie direkt mit Strom, Gas, Wärme und Wasser beliefert. Als Dienstleistende rechnet die STM für die Stadt Meerbusch das Abwasser ab.

Das Versorgungsgebiet der STM ist im Berichtsjahr mit einer Fläche von 64,4 km<sup>2</sup> unverändert geblieben und umfasst die Ortsteile Buderich, Ilverich, Langst-Kierst, Lank-Latum, Nierst, Ossum-Bösinghoven, Osterath und Strümp. Die Zahl der Einwohner zum 31.12.2019 stieg um 288 auf 58.016 (Vorjahr: 57.728).

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und beträgt 10,3 Mio. €.

Die Kapitalverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

1. 60,0 % Stadt Meerbusch
2. 40,0 % innogy SE

Die stetige Liberalisierung des Energiemarktes durch die Europäische Union führte auch 2019 dazu, dass die STM ihre strategische Neuausrichtung weiter offensiv realisiert hat.

Die Entwicklung ist geprägt durch die anhaltende Energiewende in Deutschland. Zusammen mit den Beschlüssen zum Energiekonzept der Bundesregierung aus dem Jahre 2010 und den in den vergangenen Jahren durchgeführten Energiegesetznovellierungen ergeben sich immer wieder erhebliche Veränderungen für die Energieversorgung in Deutschland und Europa.

Bei den Terminmarktpreisen für Gas und Strom war in 2019 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt ein Preisrückgang zu verzeichnen.

Die EEG-Umlage ist trotz weiterhin steigender Stromproduktionsmengen aus den regenerativen Erzeugungsanlagen in 2019 weiterhin rückläufig gewesen.

Der gemeinsame Energieeinkauf mit anderen Energieversorgern schafft die Voraussetzung für marktgerechte Verkaufspreise. Diese sowie diverse Kundenbindungsmaßnahmen sind die wesentlichen Ursachen dafür, dass die Abwanderungsquote von Kunden zu Konkurrenten bisher nur ein sehr niedriges Niveau erreichte.

Nachdem die STM den Rahmenvertrag für Dienstleistungen und Energielieferungen zum 31.12.2019 gekündigt hat, endete zu diesem Zeitpunkt auch das Beteiligungsverhältnis mit der Quantum GmbH.

Die STM bezieht nun Ihre Dienstleistungen und Energielieferungen von mehreren neuen Vertragspartnern und plant auch in 2020 weitere Vertragsbeziehungen aufzubauen.

Im März 2014 wurde ein neuer Strom-Konzessionsvertrag mit der Laufzeit ab 01.07.2014 bis zum 30.06.2034 abgeschlossen. Der Wasserkonzessionsvertrag zwischen der Stadt Meerbusch als Konzessionsgeber und der STM als Konzessionsnehmer konnte bereits zum 28.06.2013 für die Laufzeit vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2033 neu abgeschlossen werden. Der Gaskonzessionsvertrag wurde im Oktober 2015 für die Laufzeit vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2035 abgeschlossen.

Durch die in 2015 realisierte Beteiligung an einem Windpark mit einer Leistung von 43,2 MW in Ullersdorf/Brandenburg ist die STM in die Produktion regenerativer Energien eingestiegen.

In 2016 wurde die Verschmelzung der Wassernetz Osterath GmbH auf die Stadtwerke Meerbusch GmbH realisiert. Dadurch wurde das gesamte Wassernetz der Stadt Meerbusch sowie alle Wasserkunden im Gebiet Stadt Meerbusch auf die Stadtwerke Meerbusch konzentriert.

Nachdem der Pachtvertrag mit der Westnetz GmbH für das Stromnetz in Meerbusch per 31.12.2018 ausgelaufen ist, hat die STM ihr Stromnetz zum 01.01.2019 an die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG verpachtet. Der Pachtvertrag hat eine Vertragsdauer von 5 Jahren und endet somit am 31.12.2023. Der Pachtvertrag verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn er nicht zuvor mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren auf das jeweilige Vertragsende gekündigt wird.

Die STM verfügt über die nötige Umsatz- und Ertragsstärke, aber auch die notwendige Kompetenz, um sich den Herausforderungen des Wettbewerbs und der fortschreitenden Energiewende vor Ort zu stellen.

#### **Angaben gem. § 6b Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)**

Die STM hat nach Maßgabe des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einen Tätigkeitsabschluss für die in § 6b Absatz 3 EnWG genannten Tätigkeiten zu erstellen und hierauf im Lagebericht einzugehen (§ 6b Absatz 7 EnWG). Die Tätigkeiten der Gesellschaft umfassen die Strom- und Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Für die Tätigkeiten der Strom- und Gasverteilung besteht Offenlegungspflicht.

In der Stromverteilung werden die Tätigkeiten der STM als Netzeigentümer der an die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG verpachteten Stromverteilungsanlagen der Stadt Meerbusch abgebildet.

Grundsätzlich werden die Konten im Rechnungswesen den einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schlüsselung der Konten.

## **Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage**

### **Ertragslage**

Die verkaufte Strommenge inkl. der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung in 2019 stieg um 7,7 Mio. kWh auf 114,5 Mio. kWh (Vorjahr: 106,8 Mio. kWh). Der Hauptgrund für diesen Anstieg ist der erstmals in 2019 erfolgte Stromverkauf an die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG zum Ausgleich der Verlustenergie im Stromnetz. Die aus dem Stromvertrieb resultierenden Umsatzerlöse ohne Berücksichtigung der Stromsteuer stiegen um 51,6 T€ auf 24.182,6 T€.

In der Sparte Gasvertrieb verminderte sich der Absatz inkl. der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung um 0,3 % auf 243,0 Mio. kWh. Die Umsatzerlöse der Sparte Gas reduzierten sich ohne Berücksichtigung der Energiesteuer um 1,1 % auf 12.285,4 T€.

In der Sparte Energiedienstleistungen betrug der Wärme- und Kälteabsatz 9,5 Mio. kWh und sank somit um 21 % im Vergleich zum Vorjahr (12,1 Mio. kWh). Dies resultiert aus dem Vertragsende von Wärmelieferungsverträgen an Großkunden. Die Umsatzerlöse aus dem Wärme- und Kälteverkauf verminderten sich dadurch um 40,4 T€ auf 1.054,9 T€.

In der Sparte Wasser betrug der Wasserabsatz 2.961,4 Tm<sup>3</sup> und verminderte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 64,0 Tm<sup>3</sup>. Die Umsatzerlöse stiegen aufgrund höherer Durchschnittserlöse dennoch leicht um 3,6 T€ auf 7.011,3 T€.

Die Umsatzerlöse nach Abzug der innerbetrieblichen Leistungen sowie der Energie- und Stromsteuer erreichten einen Wert von 45.449,2 T€ und liegen um 1.698,7 T€ unter denen des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 420,1 T€ (Vorjahr: 421,4 T€).

Der gesamte Materialaufwand ohne innerbetriebliche Leistungen beträgt 33.676,4 T€ und ist im Vergleich zum Vorjahr in Einklang mit dem Rückgang bei den Umsatzerlösen um 1.516,7 T€ gesunken (Vorjahr: 35.193,1 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 765,7 T€ und liegen um 186,4 T€ unter den Aufwendungen des Jahres 2018. Sie setzen sich im Wesentlichen zusammen aus:

Verluste Abgang Sachanlagen	57,0 T€
Forderungsverluste und Wertberichtigungen	81,7 T€
Beratungsdienstleistungen	98,8 T€
Werbekosten	132,7 T€
Inkasso- und Sperrkosten	116,0 T€

Das Finanzergebnis 2019 beträgt 363,5 T€ und verbesserte sich damit zum Vorjahr um 563,0 T€. Dies liegt begründet in dem guten Ergebnis der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG und dem daraus resultierenden deutlich höheren Beteiligungsertrag.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 2.633,1 T€ beinhalten die Steuerlast aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und erhöhen sich zum Vorjahr um 378,6 T€.

Für 2019 kann ein Jahresüberschuss in Höhe von 5.767,9 T€ (Vorjahr: 4.862,5 T€) ausgewiesen werden. Damit konnte der im Vorjahr für 2019 prognostizierte Wert von 4.741,5 T€ deutlich überschritten werden. Die resultiert vor allem aus den deutlich erhöhten Beteiligungserträgen und aus der vorteilhaften Beschaffungssituation in 2019.

Die Umsatzrentabilität stieg auf 18,5 % (Vorjahr: 15,1 %).

## Finanzlage

Die Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur erfolgt unter Berücksichtigung der in der Bilanz auf der Passivseite ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Abschlagszahlungen von Energiekunden in Höhe von 8.626,3 T€ im Bereich des kurzfristig gebundenen Vermögens. Nach Abzug dieses Wertes von der Bilanzsumme beträgt das ausgewiesene Gesamtvermögen 68.780,4 T€ (Vorjahr: 66.424,1 T€).

Das langfristige Vermögen hat hier einen Anteil von 80,8 % und liegt im Schwerpunkt in den Sachanlagen. Finanziert wird das Vermögen durch mittel- und langfristige Darlehen, den Rechnungsabgrenzungsposten, empfangene Ertrags- und Investitionszuschüsse sowie über Eigenkapital.

Das kurzfristig gebundene Vermögen liegt mit 11,0 Mio. € über dem Vorjahr (9,8 Mio. €). Insgesamt beläuft sich das kurzfristig gebundene Vermögen auf 16,0 % (Vorjahr: 14,7 %) des Gesamtvermögens.

Das Volumen des kurzfristigen Fremdkapitals sank auf 17,6 Mio. € (Vorjahr: 18,4 Mio. €). Es beträgt 25,6 % (Vorjahr 27,8 %) des Gesamtvermögens und ergibt sich vorwiegend aus der Minderung der Verbindlichkeiten gegen Beteiligungsgesellschaften und den sonstigen Verbindlichkeiten.

Der positive Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (6.180 T€) kann die negativen Cash-Flows aus der Investitionstätigkeit (-4.375 T€) sowie aus der Finanzierungstätigkeit (-2.006 T€) nicht in voller Höhe kompensieren.

Das Investitionsvolumen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände, der Sachanlagen und der Finanzanlagen beträgt 5.706,8 T€ und liegt 243,7 T€ unter dem Vorjahr. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2019 war die Erneuerung und Erweiterung der bestehenden Netzinfrastruktur.

Unter Berücksichtigung der Abschreibungen lag der Buchwert des Anlagevermögens bei 55.545,0 T€ und damit 1.297,8 T€ über dem Wert des Vorjahres (54.247,2 T€).

### Kapitalflussrechnung

	2019 T€	2018 T€
<b>Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>6.180</b>	<b>9.292</b>
<b>Cash-Flow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-4.375</b>	<b>-5.439</b>
<b>Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-2.006</b>	<b>-2.942</b>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-201	911
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.357	1.446
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>2.156</b>	<b>2.357</b>
<i>Zusammenfassung des Finanzmittelfonds:</i>		
Liquide Mittel zum Ende der Periode	2.208	2.410
Kurzfristige Kreditaufnahmen (werden auf der Passivseite unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen)	-52	-53
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.156	2.357

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.175,8 T€ auf 77.406,7 T€ (Vorjahr: 75.230,9 T€).

Die Anlagenintensität liegt bei 80,8 % (Vorjahr: 81,7 %).

Das Eigenkapital beträgt 25.267,4 T€ und hat einen Anteil von 32,6 % an der Bilanzsumme. Als lang- und mittelfristiges Kapital (Eigenkapital, Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen, empfangene Ertragszuschüsse, Rückstellungen und lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten) stehen 74,4 % (Vorjahr: 72,2 %) im Verhältnis zum bereinigten Bilanzvolumen (nach Verrechnung der erhaltenen Anzahlungen mit den Forderungen) zur Verfügung.

### **Chancen- und Risikobericht**

Risikomanagement hat das Ziel, frühestmöglich Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand der STM gefährden können. Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) schreibt dessen Einrichtung zwingend vor.

Die Gesellschaft hat das Risikomanagementsystem in die interne Berichtsstruktur integriert; es ist damit Bestandteil des gesamten Planungs-, Steuerungs- und Berichtserstattungsprozess. Chancen und Risiken werden im Rahmen der langfristigen Unternehmensplanung, der jährlichen sowie der unterjährig Berichte für alle Geschäftsaktivitäten beurteilt.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifiziert die STM regelmäßig alle relevanten Risikopotentiale und bewertet sie nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. So wird eine systematische Analyse der Risikolage ermöglicht. Die Führungs- und Aufsichtsgremien erhalten regelmäßig Informationen über die aktuelle Risikosituation.

Den erkennbaren Risiken wird, soweit notwendig und handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen entgegengetreten.

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios lässt für die STM die Aussage zu, dass im Geschäftsjahr 2019 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Wenn auch keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind, ist die Geschäftstätigkeit der STM aber mit Risiken, insbesondere im Absatz- und Bezugsbereich, ausgesetzt.

In den Verteilungsanlagen des Versorgungsbereiches werden technologisch komplexe Anlagen betrieben. Längere Betriebsstörungen oder der Ausfall von Anlagen oder Komponenten könnten die Ertragslage beeinträchtigen. Den Ausfallrisiken wird begegnet, in dem Wartungs-, Instandhaltungs- und Erneuerungsprogramme kontinuierlich optimiert werden. Die technischen Standards werden ständig verbessert. Gegen dennoch eintretende Schadensfälle ist die STM in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang versichert.

Finanzrisiken bestehen insofern, dass kalkulierte Netznutzungsentgelte und/oder Preiserhöhungen durch die staatlichen Regulierungsbehörden oder die zuständigen Kartellbehörden im Gasbereich gekürzt werden. Durch akribische Beachtung aller behördlichen Forderungen wird dieses Risiko weitgehend minimiert.

Kundeninsolvenzen und Forderungsausfälle werden durch interne Sicherungsmethoden und durch angemessene Wertberichtigungen abgedeckt.

Den Wettbewerbsrisiken des Marktes begegnet die Gesellschaft durch Kundenbindungsmaßnahmen, optimierte Preiskalkulationen und eine strukturierte Energiebezugsbündelung. Im Bereich der Strom- und Gasbeschaffung werden Termingeschäfte vereinbart.

Verbindliche Vorgaben im Rahmen des Organisationshandbuchs minimieren operative Risiken. Den sich aus der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeiten ergebenden Prozessrisiken wird durch umfangreichen Versicherungsschutz Rechnung getragen.

## **Prognosebericht**

Für das Jahr 2020 geht die Stadtwerke Meerbusch GmbH von Umsatzerlösen in Höhe von T€ 48.746 aus, was leicht über der Vorjahreshöhe liegt. Aus dem verpachteten Stromnetz erwarten wir auf Grund der Investitionsstrategie gegenüber dem Vorjahr steigende Umsatzerlöse. Im selbst betriebenen Gasnetz hat die Temperaturentwicklung wesentlichen Einfluss auf die Erlöse, hier werden wir wegen des wiederum milden Winters vermutlich die genehmigte Erlösobergrenze wie bereits im Vorjahr nicht erreichen. Die nicht erzielten Erlöse werden dem Regulierungskonto gutgeschrieben und in den Folgejahren aufgeholt.

Im Stromvertrieb mussten wir die Verkaufspreise im Massenkundengeschäft wegen der gestiegenen Bezugskosten zum 01.01.2020 in der Grundversorgung und zum 01.04.2020 bei den Produktkunden anheben. Trotz dieser Preisanpassung war die Kundenwechselquote zum Jahresbeginn gegenüber den Vorjahren sehr niedrig, was wir auf die gewählte Vorgehensweise und Kundenansprache zurückführen. Es sind aber zahlreiche Kunden von der Grundversorgung in unsere Produkte gewechselt, was zu einem Rückgang des Rohertrages führt. Im Gasgeschäft ist im laufenden Jahr keine Preisänderung vorgesehen, allerdings sind durch die gefallenen Gasbezugskosten die Preisstellungen der Wettbewerber äußerst aggressiv. Dennoch können wir zum einen durch die gewählte Produktstrategie und zum anderen durch unsere Wechselangebote von der Grundversorgung in unsere Produkte die Verlustrate an Kunden niedrig halten. Aber wie im Stromvertrieb führt auch im Gas der Wechsel in die preiswerteren Produktangebote zu einem leichten Rückgang der Umsatzerlöse und der Marge. Kaum Veränderungen erwarten wir im laufenden Jahr in der Sparte Energiedienstleistungen mit den Geschäftsfeldern Wärme, Photovoltaik und Elektro-Mobilität. Hier erwarten wir ein Betriebsergebnis in etwa auf Vorjahresniveau.

In diesem Jahr sind erste Aktivitäten der Marktraumumstellung im Versorgungsgebiet vorgesehen. Im Herbst startet die Aktion mit der Erfassung aller Gasgeräte im Netzgebiet und endet planmäßig im Sommer 2022 mit der Umstellung der Gasqualität von L-Gas auf H-Gas.

Alle Planungen sind aber derzeit sehr unsicher, da die Corona Pandemie unkalkulierbare Spuren in allen Lebensbereichen hinterlässt. Insofern ist es fraglich, ob alle Baumaßnahmen oder Kundenbesuche zur Geräteerfassung planmäßig erfolgen können. Grundsätzlich ist unsere Branche von den laufenden gesellschaftlichen Einschränkungen nicht so massiv betroffen wie die meisten übrigen Wirtschaftszweige, da unsere Belieferung weitgehend automatisiert erfolgt und lediglich im Bereich der Gewerbekunden Absatzrückgänge erwartet werden. Bei den Haushaltskunden wird die Abnahme durch die verstärkte häusliche Präsenz eher steigen. Allerdings müssen wir mit einer Zunahme von Zahlungsausfällen rechnen, wovon ein Teil langfristig „uneinbringlich“ sein dürfte, d. h. als Forderungsverlust abgeschrieben werden muss.

Trotz dieser negativen Rahmenbedingungen gehen wir derzeit für das Jahr 2020 weiterhin von einer Erreichung des geplanten Jahresüberschusses in Höhe von 4,512 Mio. € aus.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

Werner Damblon (Vorsitzender)	Geschäftsführer Softwert GmbH
Dr. Martina Sanfleber (stellv. Vorsitzende)	Board Representative, innogy SE
Frithjof Gerstner	Kommunalbetreuer, Westnetz GmbH
Ulrich Hüsken,	Leiter Gesellschaftsrecht, innogy SE
Ralph Jörgens	Unternehmensberater
Thomas Jung	Installations- und Heizungsbaumeister
Angelika Mielke-Westerlage	Bürgermeisterin Stadt Meerbusch
Nicole Niederdellmann-Siemes	Diplom-Sozialwissenschaftlerin
Jürgen Peters	Diplom-Sozialpädagoge
Sebastian Koch	Leiter Controlling, Unternehmensecontrolling, kfm. Regulierung Westnetz GmbH

## Gesellschafterversammlung

Vorsitzender	Werner Damblon Geschäftsführer SoftWert GmbH
Stellvertretende Vorsitzende	Dr. Martina Sanfleber Board Representative, innogy SE
Mitglieder	Herbert Becker Diplom-Betriebswirt
	Jürgen Eimer Personalleiter
	Guido Fliege Diplom-Sozialwissenschaftler
	Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin Stadt Meerbusch
	Klaus Rettig Diplom-Mathematiker/Diplom Psychologe
	Petra Schoppe Lehrerin

## Geschäftsführung

Albert Lopez

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit

über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 30 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

### Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiter beschäftigt. Die Betriebsführung erfolgt durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH.

### 3.4.1.2 Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen. Die Gesellschaft ist zu allen hiermit sachlich im Zusammenhang stehenden Geschäften berechtigt. Sie kann sich an anderen gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche erwerben sowie Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung wird sichergestellt, dass die Stadt Meerbusch einen Einfluss auf die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser erhält.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter

Stadtwerke Meerbusch GmbH	50%
Stadtwerke Willich GmbH	50%

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine unmittelbaren Leistungsbeziehungen zur Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist ausschließlich für dienstleistend für Ihre Gesellschafter und deren Tochtergesellschaften tätig.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	427,9	200,8	+227,1
II. Sachanlagen	8.727,4	8.565,0	+162,4
III. Finanzanlagen	258,6	248,5	+10,1
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	2.287,2	1.393,3	+893,9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.866,4	7.128,8	+1.737,6
III. Wertpapiere	0,0	0,0	0,0
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	771,3	336,6	+434,7
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	38,2	33,5	+4,7
<b>Bilanzsumme</b>	<b>21.377,0</b>	<b>17.906,6</b>	<b>+3.470,4</b>

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	527,6	527,6	0,0
II. Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0
III. Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0
IV. Jahresüberschuss	1.476,5	228,3	+1.248,2
V. Bilanzgewinn	0,0	0,0	0,0
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	20,9	22,5	-1,6
<b>C. Rückstellungen</b>	4.931,3	1.384,8	+3.546,5
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	14.420,8	15.743,4	-1.322,6
<b>E. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>21.377,0</b>	<b>17.906,6</b>	<b>+3.470,4</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften: Keine Bürgschaften vorhanden.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	63.594,3	30.619,1	+32.975,2
2. sonstige betriebliche Erträge	656,3	669,0	-12,7
Insgesamt	64.250,6	31.288,1	+32.962,5
3. Materialaufwand	43.198,1	13.192,5	+30.005,6
4. Personalaufwand	13.411,4	12.499,6	+911,8
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.153,3	976,1	+177,2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.454,1	4.055,6	+398,5
7. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,3	10,8	-3,5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	261,5	237,0	+24,5
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	280,2	89,9	+190,3
11. Sonstige Steuern	26,6	22,2	+4,4
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	1.476,5	228,3	+1.248,2

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	9,4	4,3	+5,1
Eigenkapitalrentabilität	3,2	2,5	+0,7
Anlagendeckungsgrad 2	104,6	74,7	+29,9
Verschuldungsgrad	961,2	22.343,1	+0,2
Umsatzrentabilität	2,3	0,7	+3,4

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren 196 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 204) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Alleinige Kommanditisten der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG (SG) sind die Stadtwerke Meerbusch GmbH (STM) und die Stadtwerke Willich GmbH (STW). Diese haben jeweils Kommanditeinlagen in Höhe von 50,0 T€ geleistet.

Die Komplementärin und damit persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH mit Sitz in Willich. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. An ihr sind die Muttergesellschaften STM und STW ebenfalls mit jeweils 50 % beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von eigenen oder gepachteten Energienetzen und die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen.

Zum 01.01.2019 wurde der Aufgabenbereich der Gesellschaft um die Rolle des Strom-Verteilnetzbetreibers für die Netzgebiete Meerbusch und Willich erweitert. Das Eigentum an den Stromnetzen ist in der STM und der STW verblieben. Alle netzrelevanten Anlagengüter werden der SG mittels zweier Pachtverträge mit den Muttergesellschaften zur Nutzung überlassen und die Berichtsgesellschaft führt die Stromnetze für die Städte Meerbusch und Willich in eigener Verantwortung. Wesentliche Rahmenbedingungen für die Bewirtschaftung der Stromnetze stellen das Energiewirtschaftsgesetz und seine Verordnungen, insbesondere die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) dar.

Die SG baut und betreibt im Rahmen bestehender Betriebsführungsverträge mit ihren Gesellschaftern, der STM und der STW die Gas-, Wasser- und Wärmenetze in den Städten Willich und Meerbusch. Darüber hinaus übernimmt sie die Betriebsführung im Vertrieb der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung der beiden Gesellschafter. Ebenfalls hält sie Betriebsführungsverträge mit der Wasserwerk Willich GmbH (Wasserproduktion), der Wasserversorgung Willich GmbH (Wasserverteilung und -vertrieb) und der MWEnergy GmbH als überregionale Vertriebsgesellschaft für Strom-, Gas- und Wärmeprodukte.

Sämtliche Verwaltungsdienstleistungen werden ebenfalls durch die SG für die oben genannten Gesellschaften erbracht.

Die Vergütung erfolgt maßgeblich über Betriebsführungspauschalen sowie über die Weiterberechnung von Bauleistungen. Die Festsetzung der Betriebsführungspauschalen stellt für die SG einen Anreiz dar, durch Kostensenkungen das Unternehmensergebnis positiv zu beeinflussen.

Weiterhin bleibt es das Ziel des Unternehmens, die bestehende partnerschaftliche Kooperation der beiden Gesellschafter weiter zu festigen, deren Kräfte zu bündeln und gemeinsam neue, innovative Produkte und Dienstleistungen für die Region zu entwickeln.

### **Angaben gem. § 6b Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)**

Die SG hat nach Maßgabe des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einen Tätigkeitsabschluss für die in § 6b Absatz 3 EnWG genannten Tätigkeiten zu erstellen und hierauf im Lagebericht einzugehen (§ 6b Absatz 7 EnWG). Die Tätigkeiten der Gesellschaft umfassen die Strom- und Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

In der Stromverteilung werden die Tätigkeiten der SG als Verteilnetzbetreiber der von der Stadtwerke Meerbusch GmbH und Stadtwerke Willich GmbH gepachteten Stromverteilungsanlagen der Stadt Meerbusch und Willich abgebildet. In der Gasverteilung erbringt die SG energiespezifische Dienstleistungen im Rahmen der Betriebsführungsverträge.

Grundsätzlich werden die Konten im Rechnungswesen den einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schlüsselung der Konten.

### **Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage**

Die bereits unter Geschäfts- und Rahmenbedingungen genannten Betriebsführungsverträge mit den Gesellschaften sind langfristig angelegt und mit der Gründung der Gesellschaft in 2009 geschlossen worden.

Die Pachtverträge über die Stromnetze der STM und STW haben eine Dauer von 5 Jahren und enden somit am 31.12.2023. Die Pachtverträge verlängern sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn sie nicht zuvor mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren auf das jeweilige Vertragsende gekündigt werden.

Die wirtschaftliche Lage ist stabil, da die Muttergesellschaften über langfristige Konzessionsverträge mit den Städten verfügen und somit entsprechend langfristig die Versorgungsnetze der Städte betreiben können.

## Personal

Unter Berücksichtigung der Personalab- und -zugänge im Jahr 2019 sowie weiterer individueller personeller Veränderungen lag der Personalstand inklusive der Geschäftsführung zum 31.12.2019 bei 197 Mitarbeitern, ohne geringfügig Beschäftigte.

Die Personalveränderung zum 31.12.2019 im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich daraus, dass zum einen während des Jahres fünf Mitarbeiter in den Ruhestand gewechselt sind sowie drei Mitarbeiter ausgeschieden sind. Vier Auszubildende haben dieses Jahr ihre Prüfung bestanden. Ein Auszubildender wurde im Anschluss unbefristet und zwei Auszubildende für ein Jahr befristet eingestellt. Des Weiteren wurden vier unbefristete und zwei befristete Arbeitsverhältnisse im Laufe des Jahres 2019 abgeschlossen. Ansonsten wurden noch vier neue Azubis eingestellt – drei kaufmännische und zwei technische Azubis.

## Ertragslage

Die Umsatzerlöse der SG beliefen sich im Jahr 2019 auf insgesamt 63.594,3 T€ (Vorjahr 30.619,1 T€). Diese Erhöhung resultiert aus dem neuen Geschäftsfeld Verteilnetzbetrieb Strom mit Umsatzerlösen in Höhe von 36.464,3 T€. 26.124,8 T€ stammen aus Betriebsführungsverträgen mit den Mutter- und Schwestergesellschaften.

Die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 43.198,1 T€ (Vorjahr: 13.192,5 T€) sind durch die erstmalig angefallenen Aufwendungen für den Verteilnetzbetrieb deutlich angestiegen. Hervorzuheben sind hier die Pachtaufwendungen, EEG-Vergütungen, Konzessionsabgaben, Netzentgeltumlagen und vorgelagerte Netzkosten. Im Rahmen der Betriebsführung sind hier die Kosten der investiven Aufwendungen sowie der Unterhaltungsaufwendungen zu nennen.

Der Personalaufwand beläuft sich auf 13.411,4 T€ (Vorjahr: 12.499,6 T€). Diese Erhöhung resultiert aus einer tariflichen Entgelterhöhung, einer Rückstellung für eine Abfindungszahlung und der Neuanstellung von qualifiziertem Fachpersonal und einem Bereichsleiter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 4.454,1 T€ (Vorjahr: 4.055,7 T€) beinhalten im Wesentlichen die Kosten der EDV, Rechts- und Beratungskosten, Mieten und Pachten, Betriebskosten für Grundstücke und Gebäude, Kosten für den Jahresabschluss, Fort- und Weiterbildungskosten sowie der allgemeinen Verwaltung.

Das Betriebsergebnis belief sich in 2019 auf 2.037,6 T€ (Vorjahr: 566,6).

Das Finanzergebnis veränderte sich von -226,2 T€ aus dem Vorjahr auf -254,2 T€.

Der Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag beträgt 280,2 T€ (Vorjahr 89,9 T€).

Im Geschäftsjahr 2019 wurde ein Jahresüberschuss von 1.476,5 T€ erzielt (Vorjahr 228,3 T€). Dieser liegt deutlich über dem im Vorjahr für 2019 prognostizierten Wert von 509,8 T€. Grund hierfür war insbesondere das Nachholen von verzögerten Baumaßnahmen für Wärmeversorgungsanlagen und die Erneuerung/Erweiterung der Netze seitens der Muttergesellschaften.

Die Umsatzrentabilität stieg im Vergleich zum Vorjahr von 0,7 % auf 2,3 %.

## **Finanzlage**

Die Gesellschaft hatte zum Jahresende ein Gesamtvermögen in Höhe von 21.377,0 T€ (Vorjahr 17.906,6 T€).

Der langfristige Vermögensanteil hat hiervon einen Anteil von 44,0 % und liegt im Anlagevermögen. Finanziert ist das Gesamtvermögen zu 90,6 % über Fremdkapital, davon sind 36,7 % mittel- und langfristiges Fremdkapital, 53,9 % kurzfristiges Fremdkapital.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen liquiden Mittel, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und die aktivierten Rechnungsabgrenzungen in Höhe von insgesamt 11.963,1 T€ (Vorjahr 8.892,3 T€) liegen über den kurzfristigen Verbindlichkeiten von 9.573,4 T€. Insgesamt beläuft sich das Umlaufvermögen (einschließlich Rechnungsabgrenzung) auf ca. 56,0 % der Bilanzsumme.

Die Eigenkapitalquote beträgt 9,4 % (Vorjahr 4,2 %).

Im abgelaufenen Jahr stieg der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit auf 5.894 T€ (Vorjahr 637 T€). Er übersteigt den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit deutlich. Unter Einbeziehung des Mittelabflusses aus Finanzierungstätigkeit konnte der Finanzmittelbestand um 434 T€ erhöht werden.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2019 war der Kauf eines neuen Kabelmesswagens (T€ 320,7), neue Lizenzen für Windows Office 2019 (T€ 209,6) und der Ausbau eines Gebäudes inkl. Außenanlagen und Parkplätzen anliegend am Netzservicecenter (T€ 131,1), welches weitere Büroflächen generiert. Darüber hinaus sind im Zuge des geplanten Verwaltungsneubaus in der Gießerallee weitere Planungskosten angefallen (T€ 122,9). Des Weiteren wurde noch eine Software Doxis4 erworben (T€ 94,5), welche den digitalen Work-Flow im Unternehmen forciert.

Der Finanzmittelbestand beträgt 771 T€ (Vorjahr 337 T€). Die Liquidität war auch in 2019 ganzjährig gewährleistet.

## Kapitalflussrechnung

	31.12.2019 T€	31.12.2018 T€
<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>5.894</b>	<b>637</b>
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-1.543</b>	<b>-2.122</b>
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-3.916</b>	<b>1.503</b>
<b>Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln</b>	<b>434</b>	<b>18</b>
<b>Finanzmittelbestand am 31.12. des Vorjahres</b>	<b>337</b>	<b>319</b>
<b>Finanzmittelbestand 31.12. des Berichtsjahres</b>	<b>771</b>	<b>337</b>

## Vermögenslage

Die Bilanz per 31.12.2019 schließt mit einem Volumen von 21.377,0 T€ ab.

Die Sachanlagen liegen mit einem Wert von 8.727,4 T€ über dem Vorjahreswert von 8.565,0 T€.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Vorräte um 893,8 T€ auf 2.287,2 T€. (Vorjahr: 1.393,4 T€). Hintergrund hierfür ist, dass die aus Sicht der Gesellschaft günstige Beschaffungssituation zur weiteren Bevorratung genutzt wurde. In die Überlegung flossen auch die geringen Lagerhaltungskosten auf Grund der dauerhaft niedrigen Kapitalkosten ein.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit 8.866,5 T€ um 1.737,7 T€ höher als im Vorjahr (7.128,8 T€). Dies ergibt sich aus dem Zugang der Forderungen aus dem Stromnetzbetrieb Meerbusch und Willich; hier schwerpunktmäßig die zum 31.12.2019 mit den Händlern STM und STW erstellten Abrechnungen.

Nach Berücksichtigung des Jahresergebnisses ergibt sich ein bilanzielles Eigenkapital zum 31.12.2019 von 2.004,1 T€ (Vorjahr: 755,9 T€).

## Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement hat das Ziel, frühest möglich Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand der SG gefährden können. Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) schreibt dessen Einrichtung zwingend vor.

Das Risikomanagementsystem wurde in die interne Berichtsstruktur integriert; es ist damit Bestandteil des gesamten Planungs-, Steuerungs- und Berichtserstattungsprozess. Chancen und Risiken werden im Rahmen der langfristigen Unternehmensplanung, der jährlichen sowie der unterjährigen Berichte für alle Geschäftsaktivitäten beurteilt.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifiziert die Gesellschaft regelmäßig alle relevanten Risikopotentiale und bewertet sie nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. So wird eine systematische Analyse der Risikolage ermöglicht. Die Führungs- und Aufsichtsgremien erhalten regelmäßig Informationen über die aktuelle Risikosituation.

Den erkennbaren Risiken wird, soweit handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen entgegengetreten.

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios lässt für die SG die Aussage zu, dass im Geschäftsjahr 2019 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Wenn auch keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind, ist die Geschäftstätigkeit der SG aber Risiken, insbesondere im Bereich der Betriebsführung und der Strom-Verteilnetzbetreibung, ausgesetzt.

Zum 01.01.2019 hat die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG Pachtverträge für die Stromnetze der STM und STW geschlossen. Die Verträge haben eine Laufzeit von 5 Jahren und enden ohne dass es einer Kündigung bedarf. Die Gesellschaft tritt damit in die Rolle des Strom-Verteilnetzbetreibers und führt die Betriebsführung der Stromnetze in eigener Verantwortung.

Die mit der Übernahme der Rolle des Strom-Verteilnetzbetreibers einhergehenden Risiken wurden identifiziert und bewertet. Es wurden insgesamt ein A-Risiko, ein B-Risiko und 30 C-Risiken festgestellt. Bei dem A-Risiko handelt es sich um Schäden an Anlagen durch terroristische Angriffe, beim B-Risiko handelt es sich um ein Schadensrisiko durch außergewöhnliche Naturereignisse/-katastrophen.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

Werner Damblon (Vorsitzender)	Geschäftsführer Softwert GmbH
Bernd-Dieter Röhrscheid (1. stellv. Vorsitzender)	Studiendirektor i. R.
Dr. Martina Sanfleber (2. stellv. Vorsitzende)	Board Representative, innogy SE
Johannes Bäumges	Rechtsanwalt
Dr. Raimund Berg	Volkswirt
Frithjof Gerstner	Kommunalbetreuer, Westnetz GmbH
Josef Heyes	Bürgermeister Stadt Willich
Ulrich Hüsken,	Leiter Gesellschaftsrecht, innogy SE
Thomas Jung	Installations- und Heizungsbaumeister
Sebastian Koch	Leiter Controlling, Unterneh- menscontrolling, kfm. Regulierung Westnetz GmbH
Angelika Mielke-Westerlage	Bürgermeisterin Stadt Meerbusch
Nicole Niederdellmann-Siemes	Diplom-Sozialwissenschaftlerin
Willy Kerbusch (mit beratender Stimme)	Erster Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Willich

### Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung

Josef Heyes

Bürgermeister Stadt Willich

Angelika Mielke-Westerlage

Bürgermeisterin Stadt Meerbusch

## Geschäftsführung

Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH, vertreten durch ihre Geschäftsführer, Herrn Albert Lopez und Herrn Tafil Pufja (seit 01.04.2020).

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 25 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

### 3.4.1.3 Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH

#### Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft ist Komplementärin der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung wird sichergestellt, dass die Stadt Meerbusch einen Einfluss auf die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser erhält.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter

Stadtwerke Meerbusch GmbH	50%
Stadtwerke Willich GmbH	50%

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Stadt Meerbusch bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34,8	31,4	+3,4
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	15,3	14,0	+1,3
<b>B. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>50,0</b>	<b>45,4</b>	<b>+4,6</b>

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>	43,0	40,9	+2,1
<b>B. Rückstellungen</b>	3,0	2,5	+0,5
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	4,0	2,1	+1,9
<b>Bilanzsumme</b>	<b>50,0</b>	<b>45,4</b>	<b>+4,6</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Keine Bürgschaften vorhanden.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	3,3	3,4	-0,1
2. sonstige betriebliche Erträge	2,5	2,6	-0,1
Insgesamt	5,8	6,0	-0,2
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	0,0	0,0	0,0
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,0	0,0	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3,3	3,4	-0,1
7. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	2,1	2,1	0,0

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	85,9	90,0	-4,1
Eigenkapitalrentabilität	4,9	5,2	-0,3
Anlagendeckungsgrad 2	-*	-*	-*
Verschuldungsgrad	16,4	11,1	+5,3
Umsatzrentabilität	64,1	62,4	+1,7

\*die Gesellschaft besitzt kein Anlagevermögen

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig. Die Betriebsführung erfolgt extern durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

## Geschäftsentwicklung

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH ist ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Meerbusch GmbH und der Stadtwerke Willich GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 € seit dem 10.07.2008 und verteilt sich zu jeweils 50 % auf die beiden oben genannten Muttergesellschaften.

Unternehmensgegenstand der Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG, die u.a. die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen zum Gegenstand hat.

### Organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. Geschäftsführung
2. Gesellschafterversammlung

### Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

#### Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Sämtliche Aufwendungen aus der Geschäftsführungstätigkeit werden der Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH erstattet. Gleichzeitig erhält sie eine Haftungsvergütung von 10 % auf das eingezahlte Stammkapital. Damit wird langfristig Eigenkapital aufgebaut.

Die Eigenkapitalquote sank insbesondere aufgrund höherer kurzfristiger Verbindlichkeiten auf 85,9 % (Vorjahr 90,0 %).

Die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag betragen 15.260,88 € (Vorjahr 14,0 T€).

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.104,43 € aus, der nach dem Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Der Jahresüberschuss entspricht somit dem in 2018 prognostizierten Wert.

### **Chancen- und Risikobericht**

Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft sind aus der Geschäftsführungstätigkeit nicht abzuleiten. Die Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH ist als Mitversicherungsnehmerin durch den umfangreichen Versicherungsschutz der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG abgesichert.

Die Überprüfung des aktuellen Risikoszenarios lässt die Aussage zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Erkenntnisstand auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

### **Prognosebericht**

Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2020 ein positives Ergebnis in Höhe des Ergebnisses des Geschäftsjahres 2019.

## **Organe und deren Zusammensetzung**

### **Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung**

Josef Heyes

Bürgermeister Stadt Willich

Angelika Mielke-Westerlage

Bürgermeisterin Stadt Meerbusch

## Geschäftsführung

Albert Lopez	Geschäftsführer
Tafil Pufja	Geschäftsführer seit 01.04.2020

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

### 3.4.1.4 MWEnergy GmbH

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Energie und damit zusammenhängende Dienstleistungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung wird sichergestellt, dass die Stadt Meerbusch einen Einfluss auf die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser erhält.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter

Stadtwerke Meerbusch GmbH	50%
Stadtwerke Willich GmbH	50%

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine unmittelbaren Leistungsbeziehungen zur Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist ausschließlich dienstleistend für Ihre Gesellschafter und deren Tochtergesellschaften tätig.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	266,6	278,3	-11,7
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	392,4	65,6	+326,8
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	23,7	80,5	-56,8
<b>Bilanzsumme</b>	<b>682,6</b>	<b>424,4</b>	<b>+258,2</b>

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>161,3</b>	<b>153,8</b>	<b>+7,5</b>
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>126,4</b>	<b>16,4</b>	<b>+110,0</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>394,8</b>	<b>254,3</b>	<b>+140,5</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>682,6</b>	<b>424,4</b>	<b>+258,2</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Keine Bürgschaften vorhanden.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.204,7	220,8	+983,9
2. sonstige betriebliche Erträge	0,2	15,4	-15,2
Insgesamt	1.204,9	236,2	+968,7
3. Materialaufwand	1.155,3	170,2	+985,1
4. Personalaufwand	0,0	0,0	0,0
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	27,5	31,4	-3,9
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	14,2	9,4	+4,8
7. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,3	0,2	+0,1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	7,6	25,0	-17,4

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	23,6	36,2	-12,6
Eigenkapitalrentabilität	4,7	16,3	-11,6
Anlagendeckungsgrad 2	112,6	109,3	+3,3
Verschuldungsgrad	323,1	176,0	+147,1
Umsatzrentabilität	0,6	11,3	-10,7

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig. Die Betriebsführung erfolgt extern durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

## Geschäftsentwicklung

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft übernimmt seit 2014 als überregional tätige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Willich GmbH und der Stadtwerke Meerbusch GmbH den Strom-, Gas- und Wärmevertrieb in den Netzgebieten außerhalb der Städte Willich und Meerbusch.

Die Gesellschaft ist primär aus strategischen Erwägungen gegründet worden. Weil die Gesellschafter Stadtwerke Willich GmbH und Stadtwerke Meerbusch GmbH vertrieblich ausschließlich in ihren Stadtgebieten aktiv sind, können diese keine Kunden außerhalb dieser Stadtgebiete beliefern. Dies könnte in einigen Fällen aber erforderlich sein, da manche Bestandskunden Zweigstellen oder Nebenbetriebe außerhalb der Städte haben und für diese ebenfalls ein Angebot erwarten. Grundsätzlich könnten die Gesellschafter dieses Angebot unterbreiten, ungeklärt ist aber, welcher Gesellschafter diesen Kunden beliefern würde.

Des Weiteren wird mit der Gründung das Ziel verfolgt, auf eventuelle vertriebliche Entwicklungen reagieren zu können. Sollte es zu massiven Kundenverlusten bei den Gesellschaftern kommen, muss durch externe Aktivitäten hierauf reagiert werden können. Dies kann durch die problematische Zuordnung von Neukunden auf die Mütter besser durch eine gemeinsame Gesellschaft erfolgen.

Die MWEnergy GmbH bietet darüber hinaus allen außerhalb der Versorgungsgebiete wohnenden Mitarbeitern der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG die Möglichkeit, Energie von einer mit ihrem Arbeitgeber verbundenen Gesellschaft zu beziehen.

### Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

#### Ertragslage

In den Sparten Strom und Gas konnten im vergangenen Geschäftsjahr erfolgreich Großkunden akquiriert werden. Hieraus resultieren deutliche Umsatzsteigerungen.

Die Abgabemenge im Bereich Strom betrug 4.555,8 MWh und weicht um 4.150,8 MWh vom Vorjahr in Höhe von 405,0 MWh ab. Daraus ergeben sich Umsatzerlöse in Höhe von 810,4 T€, die zu einer Erhöhung von 730,9 T€ zum Vorjahreswert in Höhe von 79,5 T€ führen.

Im Bereich des Gasverkaufes wurden 8.995,4 MWh an Kunden geliefert. Im Vorjahr waren es 2.003,3 MWh. Die Umsatzerlöse betragen hier 300,3 T€ und liegen 256,1 T€ über dem Wert des Vorjahres von 44,2 T€.

Im Geschäftsfeld Wärme sank der Absatz in 2019 um 187,2 MWh auf 506,2 MWh (Vorjahr: 693,4 MWh). Grund hierfür waren die stetig bleibenden milden Temperaturen. Daraus ergeben sich Umsatzerlöse in Höhe von 94,0 T€ (Vorjahr: 97,0 T€).

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 1.155,3 T€ beinhaltet hauptsächlich Kosten für den Bezug von Strom und Gas und stieg im Vergleich zum Vorjahr um 985,1 T€. Dieser überproportionale Anstieg liegt ebenfalls in dem erhöhten Beschaffungsvolumen für die neuen Großkunden begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 14,2 T€ (Vorjahr: 9,4 T€) resultierten überwiegend aus den Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses und den Forderungsausfällen.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 17,4 T€ verschlechtert und liegt bei 7,9 T€.

Das Geschäftsjahr 2019 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 7,6 T€ ab (Vorjahr: 25,0 T€) und liegt somit unter der Prognose des Vorjahres von 16,7 T€. Diese Abweichung ist insbesondere auf die höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückzuführen.

## **Finanzlage**

Das Investitionsvolumen beträgt 15,8 T€ und ergibt sich aus den Zugängen im Bereich technischer Anlagen und Maschinen.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 416,0 T€ liegen über dem kurzfristigen Fremdkapital von 266,8 T€.

Die Rückstellungen haben einen Anteil von 18,5 % an der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft liegen im Verhältnis zur Bilanzsumme zu 39,1 % im Kurzfristbereich. Der Anteil der mittelfristigen Verbindlichkeiten beträgt 6,3 % und die langfristigen Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 12,5 %.

Die Liquidität war ganzjährig gewährleistet.

## Vermögenslage

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 258,2 T€ auf 682,6 T€ (Vorjahr: 424,4 T€).

Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich das Sachanlagevermögen um 11,7 T€ auf 266,6 T€ (Vorjahr: 278,3 T€). Sein Anteil an der deutlich gestiegenen Bilanzsumme sinkt um 26,5 % auf 39,1 % (Vorjahr: 65,6 %).

Das Eigenkapital beträgt 161,3 T€ und hat einen Anteil von 23,6 % an der Bilanzsumme (Vorjahr 36,2 %).

## Chancen- und Risikobericht

In Anlehnung an die gesetzlichen Regelungen des Aktiengesetzes (§ 91 Abs. 2 AktG) wird regelmäßig eine alle Bereiche des Unternehmens umfassende Risikoinventur durchgeführt.

Unterjährig werden alle den Geschäftszweck gefährdenden Risiken intensiv beobachtet. Neue Erkenntnisse führen somit zeitnah zu geänderten Maßnahmen und Anpassungen.

Risiken, die die Entwicklung oder den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Finanzielle Risiken werden durch die Erstellung eines jährlichen Wirtschaftsplanes, die laufende Überwachung der Planzahlen und der kurz- und mittelfristigen Liquidität, überwacht.

Der im Zusammenhang mit der Betriebsführung der Gesellschaft abgeschlossene Vertrag mit der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG gestattet einen flexiblen Aufbau des angestrebten Kundenstamms.

Die Energiebeschaffung erfolgt wegen der Geringfügigkeit der Mengen durch Beistellung der Energiemengen über den Bilanzkreis der Stadtwerke Willich GmbH. Dadurch sind die Risiken der Beschaffung (hier insbesondere hohe Dienstleistungsentgelte für die Beschaffung geringerer Strommengen) ausgeschlossen.

Die Überprüfung des aktuellen Risikoszenarios lässt die Aussage zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben.

Chancen ergeben sich für die MWEnergy weiterhin durch neue Projekte in der Wärmeproduktion und dem Wärmevertrieb, mit denen Potenziale zur Ergebnisverbesserung umgesetzt werden. Diese sind vor dem Hintergrund der strategischen Ausrichtung des Unternehmens weiterhin noch als punktuelle Aktionen zu verstehen, und damit nicht in einem systematischen Innovationsmanagement-Prozess eingebunden.

## Prognosebericht

Für das Jahr 2020 erwartet die MWEnergy wieder Umsatzerlöse (inkl. Energie- und Stromsteuer) auf dem Niveau des Vorjahres von über 1,3 Mio. €. Dem stehen aber ebenfalls proportional hohe Beschaffungskosten gegenüber, so dass der geplante Rohertrag lediglich um ca. 12,0 T€ gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2019 steigen wird.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt nach wie vor im Bereich der Groß- und Sonderkunden, auch wenn hier die Margen nach wie vor niedrig sind. Das Ziel ist weiterhin primär der Aufbau tragfähiger Geschäftsbeziehungen, aus denen sich zukünftig eine Verbesserung des Ergebnisses generieren lässt.

Im Massenkundengeschäft ist die Preisstellung der Konkurrenz nach wie vor extrem aggressiv, so dass eine offensive Positionierung der MWEnergy in diesem Marktsegment wenig erfolgversprechend ist. Hier bleibt die Gesellschaft passiv und wächst lediglich um einige „Zufallskunden“.

Die Corona-Pandemie hat voraussichtlich für die Gesellschaft keine nennenswerten Auswirkungen. Bisher gibt es keinerlei Zahlungsausfälle und es wird momentan auch mit keinen wesentlichen Änderungen in der Ertragslage gerechnet.

Die Entwicklung des Jahres 2020 verläuft trotz Corona bisher planmäßig, daher erwartet das Unternehmen weiterhin einen Jahresüberschuss von 13,2 T€.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

Bernd-Dieter Röhrscheid (Vorsitzender)	Studiendirektor i. R.
Werner Damblon (1. stellv. Vorsitzender)	Geschäftsführer Softwert GmbH
Dr. Martina Sanfleber (2. stellv. Vorsitzende)	Board Representative, innogy SE
Johannes Bäumges	Rechtsanwalt
Dr. Raimund Berg	Volkswirt
Thomas Brandt	Selbstständiger Versicherungskaufmann
Frithjof Gerstner	Kommunalbetreuer, Westnetz GmbH
Josef Heyes	Bürgermeister Stadt Willich
Ulrich Hüsken,	Leiter Gesellschaftsrecht, innogy SE
Thomas Jung	Installations- und Heizungsbaumeister
Sebastian Koch	Leiter Controlling, Unterneh- menscontrolling, kfm. Regulierung Westnetz GmbH
Angelika Mielke-Westerlage	Bürgermeisterin Stadt Meerbusch
Nicole Niederdellmann-Siemes	Diplom-Sozialwissenschaftlerin
Willy Kerbusch (mit beratender Stimme)	Erster Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Willich

## Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung

Josef Heyes

Bürgermeister Stadt Willich

Angelika Mielke-Westerlage

Bürgermeisterin Stadt Meerbusch

## Geschäftsführung

Albert Lopez

Geschäftsführer

Tafil Pufja

Geschäftsführer seit 01.04.2020

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 13 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 23 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

### 3.4.1.5 Quantum GmbH

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung an der Quantum GmbH durch die Stadtwerke Meerbusch GmbH wird sichergestellt, dass die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Energie zu angemessenen Preisen auf Dauer garantiert werden kann.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	EUR	%
SWK ENERGIE GmbH	507.250,00	49,0
Energieversorgung Oberhausen AG	82.500,00	7,97
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57.750,00	5,58
Stadtwerke Neuwied GmbH	57.750,00	5,58
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57.750,00	5,58
Stadtwerke Brühl GmbH	33.000,00	3,19
Stadtwerke Willich GmbH	33.000,00	3,19
Stadtwerke Meerbusch GmbH	33.000,00	3,19
Stadtwerke Kempen GmbH	33.000,00	3,19
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16.500,00	1,59
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16.500,00	1,59
Stadtwerke Jülich GmbH	16.500,00	1,59

Stadtwerke Goch GmbH	16.500,00	1,59
Stadtwerke Rees GmbH	16.500,00	1,59
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16.500,00	1,59
Quantum GmbH	41.250,00	3,98

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Stadt Meerbusch bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

### Vermögenslage

Aktiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	57,1	77,4	-9,9
II. Sachanlagen	102,7	143,3	-40,6
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	0,0	1.060,1	-1.060,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.252,0	19.508,2	-3.256,2
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	9.567,4	6.667,6	+2.899,8
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	2,4	3,9	-1,5
<b>Bilanzsumme</b>	25.981,6	27.460,5	-1.478,9

## Kapitallage

Passiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	10.300,0	1.035,3	0,0
./ Nennbetrag eigener Anteile		41,3	
Ausgegebenes Kapital	994,0	994,0	0,0
II. Kapitalrücklage	1.180,0	1.180,0	0,0
III. Gewinnrücklagen	3.220,0	3.220,0	0,0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	6,0	-130,1	+136,1
V. Jahresüberschuss	37,7	136,1	-98,4
<b>B. Rückstellungen</b>	2.202,8	2.108,1	+94,7
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	18.340,2	19.952,3	-1.612,1
<b>D. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	0,8	0,0	+0,8
<b>Bilanzsumme</b>	25.981,6	27.460,5	-1.478,9

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	387.128,1	372.613,0	+14.515,1
2. sonstige betriebliche Erträge	210,7	20,2	+190,5
3. Betriebserträge	387.338,8	372.633,2	+14.705,6
4. Materialaufwand	381.880,7	367.259,4	+14.621,3
5. Personalaufwand	2.591,9	2.360,0	+231,9
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	70,2	99,8	-29,6
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.527,3	2.527,6	-0,3
8. Betriebsaufwendungen	387.070,2	372.246,9	+14.823,3
9. Betriebsergebnis	268,7	386,2	-117,5
10. Finanzergebnis	-206,4	-236,0	+29,6
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6,8	14,2	-21,0
12. Ergebnis nach Steuern	55,5	136,1	-80,6
13. Sonstige Steuern	17,8	0,0	+17,8
<b>14. Jahresüberschuss</b>	<b>37,7</b>	<b>136,1</b>	<b>-98,4</b>

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	20,9	19,7	+1,3
Eigenkapitalrentabilität	0,7	2,5	-1,8
Anlagendeckungsgrad 2	3.4026	2.447,3	+955,3
Verschuldungsgrad	377,8	408,5	-30,7
Umsatzrentabilität	0,0	0,0	0,0

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 24) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### I. Grundlagen der Quantum GmbH

#### I.1 Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter und Kunden aus dem kommunalen Umfeld erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Kunden im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- . das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Dienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

#### *Basisdienstleistungen*

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung
- Risiko- und Vertragsmanagement
- Regulatorische Meldungen im Rahmen der REMIT Anforderungen

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

#### *Zusatzdienstleistungen*

- Absatzportfoliomanagement
- Unterstützung der Gesellschafter und Kunden im Innovationsmanagement (EFM) und Vertriebsunterstützung
- Erweitertes Prognosemanagement
- Erzeugungsportfoliomanagement
- Speicherportfoliomanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Projektbegleitung
- Direktvermarktung nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
- Management von Überführungszeitreihen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
- Wertorientierte Vertriebssteuerung
- Prozessautomatisierung im Stadtwerkeumfeld
- Planung und Optimierung von dezentralen Erzeugungsanlagen

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern und Kunden offen.

## **I.2 Strategien und Ziele**

### **Quantum-Beschaffungsstrategien**

Im Jahr 2019 lag der Fokus auf der Harmonisierung der beiden Beschaffungsstrategien „Durchschnittspreisbeschaffung“ im Strom und „Sukzessive“ im Gas. Beide Strategien wurden Commodity-übergreifend in der Strategie „Durchschnittspreisbeschaffung“ zusammengeführt. Die Prozesse der Bewirtschaftung wurden im Rahmen der Harmonisierung auch automatisiert. Für das aktuelle Jahr 2020 liegt der Fokus auf der Harmonisierung der beiden Beschaffungsstrategien der Poolbeschaffung Strom und Gas.

### **Kurzfristoptimierung**

Quantum nutzt weiterhin Optimierungschancen am Kurzfristmarkt durch die Glattstellung von %h-Positionen im fortlaufenden Handel. Mithilfe eines bereits eingeführten Handelssystems können solche Positionen 24/7 an 365 Tagen im Jahr im kurzfristigen Markt weiterhin risikominimierend gehandelt werden, mit dem weiteren Ziel, dabei zusätzliche Erlöse zu erwirtschaften.

### **Kraftwerksoptimierung**

Im Jahr 2019 konnte die Dienstleistung Kraftwerksoptimierung weiter ausgebaut werden. Mit Unterstützung der SWK Energie GmbH wurde die EVO als Kunde für die Optimierung der Einsatzplanung ihres Fernwärmenetzes gewonnen. Die EVO ist neben den Stadtwerken Kempen und der EGN der dritte Kunde, der diese Dienstleistung bei der Quantum beauftragt hat. Die Optimierung bei der EVO soll im Q3 2020 ihren produktiven Betrieb aufnehmen. Darüber hinaus gab es Gespräche mit weiteren Interessenten, sowohl Gesellschaftern als auch Nichtgesellschaftern für diese Dienstleistung. Für das Jahr 2020 gehen wir daher von einem weiteren Zuwachs an Kunden in diesem Dienstleistungsbereich aus.

### **Absatzportfoliomanagement**

Die Dienstleistung Absatzportfoliomanagement (ehemals Vertriebs-Informationen-Management) wird aktuell von fünf Quantum-Gesellschaftern in Anspruch genommen. Über die Dienstleistung wird rund die Hälfte des Gesamtabsatzes der Quantum abgewickelt. Die Software SE Sales unterstützt die Vertriebe bei der Kalkulation, Angebotslegung und Ausführung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- und Kosten-Überblick einzelner Vertriebssegmente. Für 2020 wird von einem neutralen Beitrag der Zusatzdienstleistung zum Gesamtergebnis ausgegangen.

## **Digitales Kunden-Portal eportfol.io**

Das digitale Kunden-Portal der Quantum (eportfol.io) ist die zentrale, webbasierte (Energie-) informations- und Transaktionsplattform für die effiziente Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern der Quantum. Das Online-Portal unterstützt die Prozesse rund um die Energiebeschaffung mit folgenden Funktionen: Management-Dashboard, (Angebots-) Preis-Kalkulation und Prognosen von RLM- und SLP-Kunden, Energietransaktionen mit Warenkorb—Funktion sowie umfassende Portfolioinformationen (numerisch / graphisch).

Als Maßnahme zur besseren Ausfallsicherheit und größeren Flexibilität wurde das Portal von physischen Servern in eine Cloud-Lösung überführt. Neben den regelmäßigen inhaltlichen Erweiterungen wurde die technische Grundlage geschaffen, über einen neuen Webservice noch mehr kundenrelevante Daten adhoc zur Verfügung zu stellen. Das Portal wird zusätzlich in Lizenz von schweizerischen Energieversorgern in einer auf den Schweizer Energiemarkt angepassten Version genutzt.

## **Prozessautomatisierung**

In 2019 konnten die internen Prozesse im Bereich der Energiebeschaffung weitestgehend automatisiert werden. Durch die systembasierte Abbildung des Bestellprozesses und der Beschaffungsstrategien konnte der manuelle Aufwand weiter verringert werden, Fehlerpotentiale gesenkt werden und die Qualität unserer Basisdienstleistung weiter erhöht werden. In 2020 wird diese Tätigkeit auch als Dienstleistung für Kunden der Quantum angeboten, um deren Prozesse zu automatisieren.

## **I.3 Organisation**

Die Organisation wurde konsequent im Sinne agiler Arbeitsmethoden weiterentwickelt. Insbesondere wurde noch mehr Entscheidungskompetenz in die Teams delegiert, die Ihren Selbstorganisationsgrad noch einmal erhöhten. Um kosteneffizient mit einer möglichst geringen Mitarbeiterzahl Dienstleistungen in besserer Qualität schneller erbringen zu können, arbeiten Teams und so genannte Boards mit interdisziplinäreren Kompetenzen und klar fokussierter Aufgabenstellung. Einzelne Mitarbeiter können je nach Kompetenz und Interesse in mehreren Teams, Boards und Kreisen mitwirken. Die Quantum arbeitet mit einer flachen Hierarchie. Abgesehen von den Teams bringt sich die Geschäftsführung in die Arbeit der Boards und Kreise mit ein.

## **I.4 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW**

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2019 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

## **I.5 Forschung und Entwicklung**

Der Bereich Forschung und Entwicklung wird bei der Quantum im Wesentlichen durch die Innovations-Plattform EFM ("Energie für morgen") vorangetrieben. In 2019 stand zum einen die Arbeit am EFM-Projekt „Neue Produkte und Dienstleistungen für Post—EEG-Anlagen“ im Vordergrund der Aktivitäten und zum anderen die konzeptionelle Weiterentwicklung des EFM-Innovations-Prozesses.

Im Projekt "Kundenwert / Churn" wird aufbauend auf umfangreichen Datenanalysen für jeden Stadtwerke-Endkunden ein Kundenwert und eine Wechselwahrscheinlichkeit ermittelt, um so eine fakten- / datenbasierte Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen der Kunden- und Serviceorientierung zu ermöglichen. Nachdem verschiedene Stadtwerke-Kunden der Quantum den Projekt-Prototypen positiv getestet haben, wurde das Projekt zu einer konkreten Dienstleistung „Wertorientierte Vertriebssteuerung (WOV)" der Quantum weiterentwickelt, die in unterschiedlichen Ausprägungen bereits von mehreren Quantum-Kunden beauftragt wurde.

Das Projekt „ZELIA 3.0" bzw. „meCare", das sich mit der Aktivitätserkennung älterer Menschen durch die Analyse von Strom- und Wasserverbrauchsdaten beschäftigt, wurde durch verschiedene Stadtwerke aus dem Gesellschafterkreis der Quantum GmbH inhaltlich übernommen, mit dem Ziel der Markteinführung in 2020.

## **II. Wirtschaftsbericht**

### **II.1 Regulatorische Rahmenbedingungen**

Die Entwicklungen der europäischen Finanz- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wichtiger Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Die Anpassungen der EMIR—Meldepflichten („REFIT") wurden entsprechend berücksichtigt.

### **II.2 Geschäftsverlauf**

#### **II.2.1 Gesellschafterangelegenheiten**

Die Stadtwerke Willich GmbH und die Stadtwerke Meerbusch GmbH, die jeweils 3,19 % am Stammkapital halten, haben ihre Gesellschafterstellung mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2019 gekündigt. Die Gesellschafterversammlung der Quantum GmbH hat in ihrer Sitzung vom 05.12.2019 beschlossen, dass die Geschäftsanteile der Stadtwerke Willich GmbH und der Stadtwerke Meerbusch GmbH in Höhe von jeweils 3,19 % am Stammkapital an die Quantum GmbH abgetreten werden sollen.

## II.2.2 Strommarkt

Nach einem Anstieg des Preisniveaus in der ersten Jahreshälfte verloren die Kontrakte in der zweiten Jahreshälfte wieder an Boden. im Mittel blieb der Baseloadpreis für die Grundlast in 2019 etwa 6 EUR/MWh über dem Vorjahresniveau, bei 47,82 EUR/MWh. Der Preis für die Spitzenlast (Peak) stieg etwas weniger um etwa 5,40 EUR/MWh auf 57,67 EUR/MWh. Der Base-Preis für das Kalenderjahr 2020 schloss das Jahr bei 41,33 EUR/MWh, der Peak-Preis bei 49,95 EUR/MWh.

## II.2.3 Gasmarkt

Der Gasmarkt ging in 2019 in einen Abwärtstrend über und verlor im Verlauf des Jahres an Boden. im Durchschnitt notierte der Kontrakt für 2020 für das NCG-Marktgebiet bei 18,80 EUR/MWh — - etwa 70 Cent unterhalb des Vorjahresniveaus. Der 2020er—Kontrakt für das NCG-Marktgebiet schloss den Handel im Dezember unweit des Jahrestiefs bei 14,057 EUR/MWh.

## II.3 Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2019 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2019 Mio.€ 387,1. Die Planungsprognose für das Geschäftsjahr 2019 wurde um ca. 5% unterschritten, gleichzeitig bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr Mehrerlöse von 3,9%. Bei der Elektrizität haben sich die Umsätze von Mio.€ 189,7 auf Mio.€ 206,4 erhöht (+8,8%), die Gasumsätze gingen von Mio.€ 177,9 auf Mio.€ 175,6 (-1,3%) zurück. Die übrigen Erlöse gehen auf die Dienstleistungen und Zusatzdienstleistungen an Gesellschafter und Partner, sowie auf Erlöse mit Zertifikaten, Managementprämien und Ähnlichem zurück.

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Die Gesellschaft hat ein Ergebnis von T€ 37,7 erzielt und damit das Planergebnis aus dem Finanz- und Wirtschaftsplan von T€ 38,1 nahezu erreicht.

Die Personalkosten stiegen im Berichtszeitraum um 9,8% von 2,36 Mio.€ auf 2,59 Mio.€. Während in den Jahren von 2016 bis Q1/2019 die Anzahl der Mitarbeiter von 32,0 auf 23,5 reduziert wurde, gab es einen Anstieg der Mitarbeiter in den letzten beiden Quartalen des Jahres 2019. Dieser ist begründet durch den Aufbau der neuen Geschäftsfelder Wertorientierte Vertriebssteuerung und Prozessautomatisierung. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden durch entsprechende Erlöse dieser Dienstleistungen gedeckt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Jahre 2019 T€ 2.527 (Vorjahr T€ 2.528) und sind damit nahezu unverändert.

	2019	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
+ Umsatzerlöse	387.128	372.613	14.515	3,9
- Materialaufwand	381.881	367.259	14.622	4,0
<b>Rohhertrag</b>	<b>5.247</b>	<b>5.354</b>	<b>-107</b>	<b>-2,0</b>
- Personalaufwand	2.592	2.360	232	9,8
- Abschreibungen	70	100	-30	-30,0
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.527	2.528	-1	0,0
+ Sonstige betriebliche Erträge	211	20	191	>100,0
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>269</b>	<b>386</b>	<b>-117</b>	<b>-30,3</b>
+ Zinserträge	1	1	0	0,0
- Zinsaufwendungen	207	237	-30	-12,7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-206</b>	<b>-236</b>	<b>30</b>	<b>12,7</b>
- Ertragsteuern	7	14	-7	-50,0
<b>Ergebnis nach Ertragsteuern</b>	<b>56</b>	<b>136</b>	<b>-80</b>	<b>-58,8</b>
- Sonstige Steuern	18	0	18	>100,0
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>38</b>	<b>136</b>	<b>-98</b>	<b>-72,1</b>

## II.4 Finanz- und Vermögenslage

Kapitalflussrechnung	2019	2018
	- T€ -	- T€ -
Periodenergebnis (Jahresüberschuss)	38	136
± Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+70	+100
± Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	+95	-175
± Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+4.317	-6.246
± Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.744	+46
± Zinsaufwendungen / Zinserträge	+206	+236
<b>= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>+2.982</b>	<b>-5.903</b>
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+4	+3
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	-16
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-14	-43
+ Erhaltene Zinsen	1	1
<b>= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-9</b>	<b>-55</b>
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	0	+1.414
+ Einzahlung aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	+133	-62
- Gezahlte Zinsen	-207	-237
<b>= Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-74</b>	<b>+1.115</b>
<b>= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>+2.899</b>	<b>-4.843</b>
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	6.668	11.511
<b>= Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>9.567</b>	<b>6.668</b>

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Vorräte und den per Saldo sinkenden Forderungen, denen ein geringer verlaufender Rückgang der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen gegenübersteht. Auch insgesamt lief es auf eine Erhöhung des Finanzmittelfonds hinaus.

Kapitalstruktur	2019	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
<b>Summe Eigenkapital</b>	5.438	5.400	38	0,7
<b>Summe Fremdkapital</b>	20.543	22.060	-1.517	-6,9
<b>Bilanzsumme</b>	<b>25.981</b>	<b>27.460</b>	<b>-1.479</b>	<b>-5,4</b>

	%	%
<b>Eigenkapitalquote</b>	20,9	19,7
<b>Fremdkapitalquote</b>	79,1	80,3

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich leicht im Wesentlichen aufgrund der Reduzierung des Fremdkapitals auf 20,9%.

## II.5 Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2019 stets über ausreichende Liquidität. Der eingerichtete Dispositionskredit wurde nur an wenigen Tagen in Anspruch genommen.

## II.6 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Quantum hat sich durch die in 2018 erfolgte Kapitalerhöhung und die damit verbundene Aufstockung der Rücklagen weiter verbessert. Die Eigenkapitalquote liegt nun über 20%.

## II.7 Organisation

im Jahr 2019 waren alle Bereiche der Quantum mit durchschnittlich 23,3 qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt, davon durchschnittlich 17,3 Vollzeitkräfte und 6,0 Teilzeitkräfte.

Die Organisation wurde konsequent im Sinne agiler Arbeitsmethoden weiterentwickelt. Um kosteneffizient mit einer möglichst geringen Mitarbeiterzahl Dienstleistungen in besserer Qualität schneller erbringen zu können, arbeiten Mitarbeiter in Teams und so genannte Boards - Teams mit interdisziplinären Kompetenzen und klar fokussierter Aufgabenstellung zusammen.

### **III. Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht**

#### **III.1 Risikobericht**

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung. Für die in den letzten Jahren beobachteten starken Schwankungen der Preise begehren die Lieferanten Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das bewährte Sicherungskonzept der Quantum beinhaltet, dass bei Bedarf ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung stehen. Daneben kann die Quantum auch auf Besicherungsvolumen bei Drittbürgschaftsgebern zurückgreifen. Das operative Besicherungsmanagement wurde permanent verbessert. Eine Verknüpfung von Beschaffungs- und Absatzseite und die darauf aufbauenden Auswertungen bieten eine höchstmögliche Transparenz für Gesellschafter und Lieferanten.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Potenzielle Produkte und Optimierungsstrategien durchlaufen einen definierten Freigabeprozess, der die vollständige Identifikation und das erforderliche Management der Risiken sowie ggf. die Bereitstellung eines erforderlichen Risikokapitals zum Gegenstand hat. Unverändert hält die Quantum keine Termin-Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, über deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt die Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagementstandes die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben.

Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Mitarbeiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung — insbesondere von Beschaffungsvorgängen — sind die Prozesse in hohem Maße automatisiert. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig fortentwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen. Das in 2018 durchgeführte Audit über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems nach IDW PS 951 für das Geschäftsjahr 2017, bezogen auf die Prozesse, die die Quantum dienstleistend für Gesellschafter und Kunden leistet, führte zu keinen Feststellungen.

Die Gesellschaft fungiert für ihre Gesellschafter bzw. Kunden auf Grund ihrer Tätigkeit als so genannter Marktgebietsverantwortlicher bzw. Bilanzkreisverantwortlicher. Dies kann dazu führen, dass bei Insolvenzen von Kunden (z.B. Drittunternehmen) in dem Versorgungsgebiet ihrer eigenen Kunden (Gesellschafter) der Fernleitungsnetzbetreiber/Übertragungsnetzbetreiber für Erstattungen an die Quantum herantritt; systemgemäß ist hierfür jedoch der Verteilnetzbetreiber zuständig. Dies war bisher jedoch nicht explizit in den Verträgen der Quantum mit ihren Kunden geregelt. Im Geschäftsjahr wurden daher Maßnahmen eingeleitet, die die Ausgestaltung der Verträge der Gesellschaft mit ihren Gesellschaftern bzw. Kunden dahingehend konkretisieren.

### **Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen**

Die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden für den Finanz- und den Energiesektor konnten schrittweise mehr Kontrolle und Einblick in die Märkte gewinnen. Es ist in 2020 mit weiteren Diskussionen zur Anpassung der bestehenden Regularien zu rechnen.

Zusätzlich steht die im letzten Jahr beschlossene Anpassung des Bilanzkreisvertrages an. Hintergrund ist u.a. der regelenergieintensive Missbrauch von Bilanzkreisen durch die Bilanzkreisverantwortlichen. Daher sieht der neue Vertrag nun bei erheblichen Über— und Unterdeckungen ein außerordentliches Kündigungsrecht vor, ebenso, wenn sich aus den Fahrplanmeldungen ein Ausfallrisiko erkennen lässt.

## **III.2 Prognosebericht / Chancenbericht**

### **Wirtschaftliche Aussichten**

Die Quantum rechnet für das Wirtschaftsjahr 2020 mit stagnierenden Preisen an den Energiemärkten, aber einer etwas geringeren Absatzmenge im Vergleich zu 2019, sodass insgesamt mit

Erlösen geplant wird, die etwas unter der 400,0 Mio.€ Grenze liegen werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Quantum GmbH im Geschäftsjahr 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen wird.

Die Teams der Quantum ermitteln fortlaufend die Bedürfnisse und Probleme der Kunden und beobachten die sich ändernden Rahmenbedingungen. Dies geschieht im Hinblick auf die bereits angebotenen Lösungen und die mögliche Entwicklung neuer Lösungen.

Nach Analyse und Bewertung werden bei erfolgsversprechenden Handlungsfeldern entsprechende Produktentwicklungsprozesse angestoßen. Diese laufende Überprüfung, Optimierung und Ergänzung des Produktportfolios stellt die maßgebliche Basis für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dar. Für die Folgejahre wird ein moderates Wachstum sowohl bei der Anzahl der Verträge als auch bei den erlösten Dienstleistungsentgelten angestrebt.

Der gesellschaftspolitisch gewollte Umbau der Energieversorgung in Deutschland ("Energiewende") setzt die gesamte Branche in Zugzwang. Auf die kommunalen Versorgungsunternehmen wird im neuen Marktdesign weitere Verantwortung zukommen, die größere Risiken, aber auch Chancen eröffnen.

Zur Abbildung der komplexen Anforderungen werden sich jedoch kleine und mittlere Versorgungsunternehmen Dritter bedienen oder über Kooperationen Synergieeffekte erzielen müssen.

Durch die jahrelange Erfahrung bei Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen sieht sich die Quantum für die neuen Anforderungen im Markt gut positioniert und erwartet für ihre Dienstleistungen eine steigende Nachfrage.

Weiterhin im Fokus stehen bei der Quantum die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Kunden. Durch eine stetige Weiterentwicklung der IT-Systeme, Fortbildung der Mitarbeiter und organisatorische Anpassungen von Prozessen und Strukturen ist die Quantum auf zukünftige Herausforderungen gut vorbereitet.

### **Energie für Morgen**

im Zentrum der Aktivitäten der Innovationsplattform EFM steht 2020 weiter die inhaltliche und methodische Etablierung des Innovationsprozesses, die Fortführung des in 2019 erfolgreich gestarteten Netzwerk-Events „Stadtwerke Innovators Day“ sowie das Projekt „Neue Produkte und Dienstleistungen für Post—EEG-Anlagen“.

### **Kunden-Portal**

Für den weiteren Ausbau des Quantum-Portals in 2020 plant die Quantum die Endkundenkalkulation zu verbessern und weiter in den elektronischen Bestellprozess zu integrieren. Die Darstellung der Marktdaten soll um eine interaktive Ansicht von Preisdaten erweitert werden.

## **Prozessautomatisierung im Kundenauftrag**

Für das Jahr 2020 sollen die Tätigkeiten in diesem Bereich auch den Kunden der Quantum und darüber hinaus angeboten werden. Hierzu konnten bereits erste Pilotkunden gewonnen werden, um gemeinsam mit den Kunden zu eruieren, welche konkreten Maßnahmen im Bereich der Prozessautomatisierung angeboten werden können.

## **Entwicklung Wertorientierte Vertriebssteuerung**

Der zunehmende Wettbewerbsdruck im Energievertrieb führt zu einer stärkeren Differenzierung der Gewinnung von Neukunden und der Bindung von Bestandskunden. Mit unserem neuen Dienstleistungsangebot der „Wertorientierten Vertriebssteuerung“ begleiten wir Unternehmen bei der Umsetzung der konsequenten Kundenorientierung und schaffen einen deutlichen Mehrwert für das Unternehmen. Die Dienstleistung wird stetig optimiert und weiterentwickelt, sowohl bezogen auf die Projektzusammenarbeit und deren Ablauf mit dem Kunden als auch inhaltlich. Erprobte „Produkte“ werden standardisiert und automatisiert.

## **Gesellschafterangelegenheiten**

in 2020 werden die Formalien des Austrittes der Stadtwerke Willich GmbH und der Stadtwerke Meerbusch GmbH abgewickelt. Weitere Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH zeichnen sich für 2020 nicht ab. Unabhängig davon ist die Quantum GmbH weiterhin bestrebt, neue Kunden und Gesellschafter für das Kerngeschäft „Portfoliomanagement“ zu gewinnen.

## **Organisation**

Zum Stichtag 31.12.2019 beschäftigte die Quantum 17,3 Vollzeit- und 6,0 Teilzeitkräfte. In Abhängigkeit des Auftragseingangs für die neuen Geschäftsfelder der Wertorientierten Vertriebssteuerung und die Prozessautomatisierung im Stadtwerkeumfeld wird ein moderater Personalaufbau von zwei bis drei Personen angestrebt, um diese Aufträge kundengerecht bedienen zu können.

## **Corona Pandemie**

Auch die Quantum hat sich seit der Verbreitung der Corona Pandemie umfassend organisiert. Dazu gehören Notfallpläne, um auf der einen Seite die Verbreitung des Virus einzudämmen, so dass nach Möglichkeit keine Kollegen infiziert werden, und auf der anderen Seite das Kernge-

schäft und damit letztendlich die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Gas zu gewährleisten. Die wichtigste Maßnahme ist dabei die Ausweitung von mobiler Arbeit und Homeoffice. So sollen seit dem 15.03.2020 alle Prozesse, die Remote durchgeführt werden können, auch im Homeoffice oder per mobilem Arbeiten bis auf Weiteres durchgeführt werden. Bei notwendigen Arbeiten vor Ort werden pro Abteilung zwei Teams gebildet. Ein Teilteam arbeitet vor Ort, das andere Teilteam arbeitet Remote. Dadurch, dass die Teilteams sich nicht physisch begegnen, wird eine Verbreitung des Virus von Teilteam zu Teilteam verhindert. Dazu begleitend gibt es ein umfangreiches Regelwerk, welches Hygiene- und andere Vorschriften beinhaltet. Die Quantum ist organisatorisch in der Lage, auf gesetzliche Änderung prompt zu reagieren, sie nutzt dazu verschiedene elektronische Hilfsmittel des Internets, um die Mitarbeiter zu informieren und zu instruieren. Welche generellen Auswirkungen die Corona Pandemie auf den Energiehandel und damit gegebenenfalls auf die Quantum haben wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen.

Düsseldorf, den 27. März 2020

Quantum GmbH

Dirk Hardt

Geschäftsführer (Vorsitzender)

Andreas Benz

Geschäftsführer

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

#### **Herr Hartmut Gieske, Oberhausen**

Vorsitzender

Vorstand der Energieversorgung Oberhausen (evo) Aktiengesellschaft

#### **Herr Carsten Liedtke, Krefeld**

1. stellvertretender Vorsitzender

Sprecher des Vorstands der SWK STADTWERKE KREFELD AG

#### **Herr Ulf Kamburg, Jülich**

2. stellvertretender Vorsitzender

Geschäftsführer der Stadtwerke Jülich GmbH

#### **Herr Jürgen Elmer, Bocholt**

Sprecher der Geschäftsführung der Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH

#### **Herr Erik Ix, Grefrath**

Geschäftsführer der Gemeindewerke Grefrath GmbH

#### **Herr Stefan Herschbach, Neuwied**

Geschäftsführer der Stadtwerke Neuwied GmbH

#### **Herr Siegfried Ferling, Kempen**

Geschäftsführer der Stadtwerke Kempen GmbH

### Geschäftsführung

Herr Dirk Hardt, Kempen (Vorsitzender der Geschäftsführung)

Herr Andreas Benz, Erkelenz (Geschäftsführer)

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Angaben zu einem Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegen nicht vor. Die Beteiligung wurde zum 31.12.2019 beendet.

### 3.4.1.6 Verson Energie-Partner GmbH & Co. KG

#### Zweck der Beteiligung

Beschaffung von Energie, Versorgung anderer mit Energie und Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung an der Verson Energie-Partner GmbH & Co. KG wird sichergestellt, dass die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Energie zu angemessenen Preisen auf Dauer garantiert werden kann.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter

SWK ENERGIE GmbH	61,8 %
Stadtwerke Willich GmbH	15,1 %
Stadtwerke Kempen GmbH	11,9 %
Stadtwerke Goch GmbH	5,7 %
Gemeindewerke Grefrath GmbH	5,5 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Stadt Meerbusch bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

### Vermögenslage

Aktiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	8,5	8,6	-0,1
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17,5	17,5	0,0
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	208,4	209,4	-1,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>234,4</b>	<b>235,5</b>	<b>-1,1</b>

### Kapitallage

Passiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Festes Kapitalkonto	281,5	281,5	0,0
II. Verlustvortragskonto	-73,3	-75,8	+2,5
III. Jahresüberschuss	2,7	2,5	+0,2
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Sonstige Rückstellungen	2,8	2,8	0,0
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	19,8	20,1	-0,3
2. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	2,8	-2,8
3. Sonstige Verbindlichkeiten	0,9	1,7	-0,8
<b>Bilanzsumme</b>	<b>234,4</b>	<b>235,5</b>	<b>-1,1</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	39,1	39,2	-0,1
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	-36,4	-36,7	+0,3
3. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0
4. Ergebnis nach Steuern	2,7	2,5	+0,2
5. Jahresüberschuss	2,7	2,5	+0,2

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	90,0	88,4	+1,6
Eigenkapitalrentabilität	1,3	1,2	+0,1
Anlagendeckungsgrad 2	-*	-*	-*
Verschuldungsgrad	11,2	13,1	-1,9
Umsatzrentabilität	7,0	6,4	+0,6

\* Die Gesellschaft besitzt kein Anlagevermögen.

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### Lagebericht der VERSON Energie-Partner GmbH & Co. KG

#### A. Grundlagen der Gesellschaft

##### 1. Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die VERSON Energie-Partner GmbH & Co. KG, im Folgenden VERSON genannt, wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 28.11.2002 gegründet.

Komplementärin und damit persönlich haftende Gesellschafterin ist die VERSON-Verwaltungs GmbH mit Sitz in Krefeld. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der VERSON Energie-Partner GmbH & Co. KG verpflichtet. Die VERSON-Verwaltungs GmbH & Co. KG hält keinen Kapitalanteil.

Am 31.12.2018 sind Kommanditisten mit einem Anteil an der Kommanditeinlage in Höhe von 61,8 % die SWK ENERGIE GmbH, Krefeld, mit einem Anteil von 11,9 % die Stadtwerke Kempen GmbH, Kempen, mit einem Anteil von 15,1 % die Stadtwerke Willich GmbH, Willich, mit einem Anteil von 5,5 % die Stadtwerke Goch GmbH, Goch, und mit einem Anteil von 5,7 % die Gemeindewerke Grefrath GmbH, Grefrath.

Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlungen werden mit einer Mehrheit von 75 % des gesamten Kommanditkapitals gefasst, sofern nichts anderes ausdrücklich bestimmt ist.

Die VERSON war mit 45 % an der Arbeitsgemeinschaft „Park für erneuerbare Energien – Elmpt“ (ARGE) beteiligt. Neben der VERSON waren die NEW Re GmbH (45 %) und die Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH (10 %) Mitglieder der ARGE. Ziel und Zweck dieses Zusammenschlusses als BGB-Gesellschaft war es, die noch als Militärgelände genutzte Konversionsfläche im Gebiet der Gemeinde Niederkrüchten (Elmpt) konzeptionell für die Nutzung erneuerbarer Energien zu entwickeln und durch die Bündelung des bei den Gesellschaftern vorhandenen Know-how die Chancen einer gemeinsamen Realisierung des Projekts zu erhöhen. Am 1. Dezember 2017 hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mögliche Flächen für erneuerbare Energien ausgeschrieben. Die ARGE hat im März 2018 diesbezüglich ein Angebot unterbreitet, ist aber schlussendlich nicht zum Zuge gekommen. In der Gesellschafterversammlung vom 19.12.2018 wurde beschlossen, die ARGE zunächst bis zum 31.12.2019 fortzuführen, da zurzeit noch keine tatsächliche Entwicklung des Wind- und Solarparks durch den Meistbietenden erkennbar ist. Schließlich wurde die ARGE zum 31.12.2019 aufgelöst.

## B. Wirtschaftsbericht

Die Gesellschaft hat sich entsprechend der Prognose des Vorjahres entwickelt.

### 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Aufgrund der nicht vorhandenen operativen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entfallen Aussagen zur allgemeinen Konjunktur und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

### 2. Geschäftsverlauf

Angaben zum Geschäftsverlauf sind ebenfalls nicht relevant, da die Gesellschaft im Berichtszeitraum nicht operativ tätig war.

### 3. Lage

#### 3.1 Ertragslage

	2019	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse aus Dienstleistungsverträgen	39,1	39,2	-0,1	-0,3
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-36,4	-36,7	0,3	-0,9
<b>Betriebsergebnis / Ergebnis nach Steuern</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>0,2</b>	<b>9,4</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>0,2</b>	<b>9,4</b>

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2,7 T€ und damit in etwa in gleicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse aus Dienstleistungsverträgen bleiben weitgehend stabil, ebenso wie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Zinserträge auf das Bankguthaben sind aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nicht relevant.

## 3.2 Finanzlage

### Kapitalflussrechnung

	2019	2018
	- T€ -	- T€ -
+ Jahresüberschuss	2,7	2,5
-/+ Zunahme / Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer kurzfristiger Aktiva	0,1	-0,5
+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	0,0	0,1
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer kurzfristiger Passiva	-3,8	-1,2
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (operativer Cash Flow)</b>	<b>-1,0</b>	<b>0,9</b>
<b>Veränderung des Finanzmittelbestands</b>	<b>-1,0</b>	<b>0,9</b>
Finanzmittelbestand zum Jahresanfang	209,4	208,5
<b>Finanzmittelbestand zum Jahresende</b>	<b>208,4</b>	<b>209,4</b>

Der Finanzmittelbestand der Verson verringert sich zum Jahresende 2019 im Vergleich zu 2018 leicht von 209,4 T€ auf 208,4 T€.

### 3.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nahezu nicht verändert.

	2019	2018	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	210,9	208,2	2,7	1,3
Summe Fremdkapital	23,5	27,4	-3,9	-14,1
Bilanzsumme	234,4	235,5	-1,1	-0,5
Eigenkapitalquote	90,0	88,4		
Fremdkapitalquote	10,0	11,6		

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7 T€ erhöht, das Fremdkapital um 3,9 T€ verringert.

### 4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

### 5. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Eine Aussage hierzu ist nicht relevant, da die Gesellschaft nicht operativ tätig ist.

### C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft sind nicht abzuleiten. Für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 wird somit weitgehend eine stabile Ergebnisentwicklung erwartet.

Krefeld, 31.01.2020

Thomas Velser

Geschäftsführer der VERSON-Verwaltungs GmbH

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

Herr Dipl.-Kfm. Thomas Velser M. A. (USA)

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

### 3.4.1.7 Verson Verwaltungs GmbH

#### Zweck der Beteiligung

Beteiligung als geschäftsführende Komplementärin an der Verson Energie-Partner GmbH & Co. KG, Beschaffung von Energie, Versorgung anderer mit Energie und Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung an der Verson Verwaltungs GmbH wird sichergestellt, dass die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Energie zu angemessenen Preisen auf Dauer garantiert werden kann.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter

SWK ENERGIE GmbH	61,8 %
Stadtwerke Willich GmbH	15,1 %
Stadtwerke Kempen GmbH	11,9 %
Gemeindewerke Grefrath GmbH	5,7 %
Stadtwerke Goch GmbH	5,5 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Stadt Meerbusch bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

### Vermögenslage

Aktiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	19,9	20,1	-0,2
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	40,2	38,6	+1,6
<b>Bilanzsumme</b>	<b>60,1</b>	<b>58,7</b>	<b>+1,4</b>

### Kapitallage

Passiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Festes Kapitalkonto	28,2	28,2	0,0
II. Gewinnvortrag	20,0	18,6	+1,4
III. Jahresüberschuss	1,4	1,4	0,0
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Steuerrückstellungen	0,3	0,3	0,0
2. Sonstige Rückstellungen	2,8	2,8	0,0
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	7,1	7,1	0,0
2. Sonstige Verbindlichkeiten	0,3	0,3	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>60,1</b>	<b>58,7</b>	<b>+1,4</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	15,3	15,4	-0,1
2. Übrige Erträge	1,7	1,7	0,0
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	-15,3	-15,4	+0,1
4. Ergebnis vor Steuern	1,7	1,7	0,0
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,3	0,3	0,0
6. Ergebnis nach Steuern	1,4	1,4	0,0
7. Jahresüberschuss	1,4	1,4	0,0

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	82,5	82	+0,5
Eigenkapitalrentabilität	2,9	3,0	-0,1
Anlagendeckungsgrad 2	-*	-*	-*
Verschuldungsgrad	21,2	21,9	-0,7
Umsatzrentabilität	9,3	9,2	+0,1

\* Die Gesellschaft besitzt kein Anlagevermögen.

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig.

### Lagebericht der Verson-Verwaltungs GmbH

#### A. Grundlagen der Gesellschaft

##### 1. Geschäftsmodell der Gesellschaft

**Unternehmensgegenstand** der Verson-Verwaltungs GmbH, im Folgenden Verson, ist gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Verson Energie-Partner GmbH & Co. KG, Krefeld, die die Beschaffung von Energie und Versorgung anderer mit Energie sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen zum Gegenstand hat.

Die Verson ist ein **Tochterunternehmen** der SWK ENERGIE GmbH, Krefeld, die unmittelbar die Mehrheit der Anteile und Stimmrechte hält.

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 28.150 €. Daran beteiligt sind die SWK ENERGIE GmbH, Krefeld, mit 61,8 %, die Stadtwerke Willich GmbH, Willich, mit 15,1 %, die Stadtwerke Kempen GmbH, Kempen, mit 11,9 %, die Gemeindewerke Grefrath GmbH, Grefrath, mit 5,7 % und die Stadtwerke Goch GmbH, Goch, mit 5,5 %. Das Stammkapital wurde voll eingezahlt.

Beschlussfassungen in der **Gesellschafterversammlung** erfolgen grundsätzlich mit einer Mehrheit von 75 % des gesamten Stammkapitals, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Die Gesellschaft beschäftigt keine **Mitarbeiter**, die Geschäftsbesorgung erfolgt durch die SWK ENERGIE GmbH.

## **B. Wirtschaftsbericht**

Die Gesellschaft hat sich entsprechend der Prognose des Vorjahres entwickelt.

### **1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Aufgrund der nicht vorhandenen operativen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entfallen Aussagen zur allgemeinen Konjunktur und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

### **2. Geschäftsverlauf**

Angaben zum Geschäftsverlauf sind ebenfalls nicht relevant, da die Gesellschaft im Berichtszeitraum nicht operativ tätig war.

### **3. Lage**

Die VERSON erhält eine Kostenerstattung für sämtliche Aufwendungen aus der Geschäftsführungstätigkeit sowie eine Haftungsvergütung in Höhe von 6 % auf das eingezahlte Stammkapital. Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage hat sich im Geschäftsjahr 2019 entsprechend der Planung entwickelt.

### **4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Die VERSON beschäftigt keine Mitarbeiter.

### **5. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage**

Eine Aussage hierzu ist nicht relevant, da die Gesellschaft nicht operativ tätig ist.

## **C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft sind aus der Geschäftsführungstätigkeit nicht abzuleiten. Risiken bestehen lediglich in der Komplementärstellung bei der

VERSON Energie-Partner GmbH & Co. KG. Diese war an der Arbeitsgemeinschaft „Park für erneuerbare Energien – Elmpt“ (ARGE) mit einem Anteil von 45 % beteiligt. Ziel und Zweck dieses Zusammenschlusses als BGB-Gesellschaft war es, die noch als Militärgelände genutzte Konversionsfläche im Gebiet der Gemeinde Niederkrüchten (Elmpt) konzeptionell für die Nutzung erneuerbarer Energien zu entwickeln und durch die Bündelung des bei den Gesellschaftern vorhandenen Know-how die Chancen einer gemeinsamen Realisierung des Projekts zu erhöhen. Am 1. Dezember 2017 hatte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mögliche Flächen für erneuerbare Energien ausgeschrieben. Die ARGE hat diesbezüglich im März 2018 ein Angebot unterbreitet, ist aber schlussendlich nicht zum Zuge gekommen. Die ARGE wurde daher zum 31.12.2019 aufgelöst. Mit Hinblick auf diese Beteiligung sind also keine Chancen oder Risiken erkennbar. Aufgrund der künftigen Jahresüberschüsse in Höhe der Haftungsvergütung zuzüglich Zinsertrag und abzüglich des Steueraufwandes ist die Geschäftsentwicklung jedoch dauerhaft gesichert. Somit wird auch für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 eine stabile Ergebnisentwicklung erwartet.

Krefeld, den 31. Januar 2020

**VERSON-Verwaltungs GmbH**  
Die Geschäftsführung

T. Velsler

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

Herr Thomas Velser, Mönchengladbach

Leiter Unternehmensentwicklung der SWK STADTWERKE KREFELD AG

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

### 3.4.1.8 STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb eines Windparks in Ullersdorf.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung an der STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG wird sichergestellt, dass die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Energie zu angemessenen Preisen auf Dauer garantiert werden kann.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter

STEAG New Energies GmbH,	51,0 %
Emscher Lippe Energie GmbH	12,2 %
Stadtwerke Solingen GmbH	11,6 %
Stadtwerke Düren GmbH	8,6 %
Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH	8,6 %
Stadtwerke Meerbusch GmbH	4,9 %
Stadtwerke Wesel GmbH	3,1 %

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Stadt Meerbusch bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

### Vermögenslage

Aktiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	4.369,2	4.660,5	-291,3
II. Sachanlagen			
technische Anlagen und Maschinen	56.542,2	60.311,7	-3.769,5
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	836,9	546,7	+290,2
2. Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	1.101,6	1.420,7	-319,1
3. sonstige Vermögensgegenstände	2,5	128,3	-125,8
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	5.536,7	5.170,4	+366,3
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	800,9	1.001,1	-200,2
<b>Bilanzsumme</b>	69.190,0	73.239,3	-4.049,3

## Kapitallage

Passiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Kapitalanteile	1,0	1,0	0,0
II. Kapitalrücklage	17.749,0	17.749,0	0,0
III. Jahresüberschuss	1.297,2	1.054,8	+242,4
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Steuerrückstellungen	163,0	528,6	-365,6
2. sonstige Rückstellungen	1.217,1	856,7	+360,4
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48.602,3	52.738,6	-4.136,3
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17,3	16,6	+0,7
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	21,2	126,8	-105,6
4. sonstige Verbindlichkeiten	122,0	167,3	-45,3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>69.190,0</b>	<b>73.239,3</b>	<b>-4.049,3</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	10.374,5	10.049,6	+324,9
2. sonstige betriebliche Erträge	174,1	228,7	-54,6
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh- Hilf- und Betriebsstoffe	-43,9	-29,2	-14,7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.152,6	-1.107,8	-44,8
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.060,8	-4.060,8	0,0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.734,3	-1.619,9	-114,4
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,2	0,2	0,0
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen EUR -1.029,37; Vorjahr: EUR -1.235,92) (davon aus der Aufzinsung EUR -51.760,95; Vorjahr EUR -46.179,64)	-1.958,6	-2.128,3	+169,7
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-301,4	-277,8	-23,6
9. Ergebnis nach Steuern	1.297,2	1.054,8	+242,4
10. Jahresüberschuss	1.297,2	1.054,8	+242,4

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	27,5	25,7	+1,9
Eigenkapitalrentabilität	6,8	5,6	+1,2
Anlagendeckungsgrad 2	77,1	78,3	-1,2
Verschuldungsgrad	263,3	289,5	-26,2
Umsatzrentabilität	12,5	10,5	+2,0

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

#### I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG (SWU) betreibt auf Grundstücken der Gemarkung Ullersdorf in der Gemeinde Jamlitz, Brandenburg, einen aus 18 Windenergieanlagen, Typ Nordex N117/2400 bestehenden Windpark mit einer Gesamtleistung von 43,2 MWel.

Gesellschafter der SWU sind der Komplementär, die STEAG WEA Ullersdorf GmbH mit Sitz in Jamlitz, sowie die Kommanditisten STEAG New Energies GmbH, Saarbrücken (51%), Emscher Lippe Energie GmbH, Gelsenkirchen (12,2%), Stadtwerke Solingen GmbH, Solingen (11,64%), Stadtwerke Düren GmbH, Düren (8,6%), Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss (8,6%), Stadtwerke Meerbusch GmbH, Meerbusch (4,9%), und die Stadtwerke Wesel GmbH, Wesel (3,06%).

Die Zusammenarbeit der Gesellschafter beruht auf dem Gesellschaftsvertrag vom 02.03.2016 und der Neufassung des Gesellschaftsvertrages vom 15.12.2017.

Die SWU hat die Grundstücke zur Errichtung der Windenergieanlagen mittels eines Grundstücksnutzungsvertrages mit der Lieberose-Friedland Forst GmbH, Jamlitz, vom 23.09.2013 langfristig für 25 Jahre gepachtet. Zudem wurde zur Einspeisung des produzierten Stroms ein Umspannwerk von der Lieberose Netz GmbH & Co. KG, Jamlitz, für 25 Jahre angemietet.

Mit dem Kommanditisten STEAG New Energies GmbH, Saarbrücken, wurde am 17.12.2013 ein Geschäftsbesorgungsvertrag zur Übernahme der kaufmännischen Geschäftsbesorgung der Gesellschaft geschlossen. Die technische Betriebsführung des Windparks wurde mittels eines Betriebsführungsvertrages vom 17.12.2013 ebenfalls an die STEAG New Energies GmbH delegiert.

Mit der STEAG Technischer Service GmbH wurde am 10.12.2013 ein Vertrag zur Übernahme der technischen Betriebsführung des Umspannwerks geschlossen.

Am 13.01.2015 wurden die Windenergieanlagen seitens SWU vom Hersteller Nordex abgenommen. Mit Wirkung zum 01.10.2017 wurden die bestehenden Wartungsverträge durch einen langfristigen Vollwartungsvertrag inkl. Reparatur und Austausch von Klein- und Großkomponenten mit Nordex abgelöst.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden durchschnittlich 2.560,2 Vollastbenutzungsstunden erreicht und 110.600,9 MWh Strom eingespeist und vergütet. Stillstände sind entweder Windmangel, Störungen oder geplanten Wartungsarbeiten geschuldet. In 2019 sind keine Großschäden im Windpark Ullersdorf eingetreten.

In 2019 wurden weitere Reparaturarbeiten an den Muffen— und Mantelschäden der internen und externen 20 kV-Kabeltrasse im Windpark durchgeführt. Der entstandene Sachschaden ist über die noch bestehende Gewährleistung mit dem Errichter der Kabeltrasse abgedeckt. Zur Aufklärung der Ursache für die hohe Anzahl an Muffen- und Mantelschäden wurden weitere Gutachten beauftragt. Die Ergebnisse stehen noch aus. Mit dem Errichter der Kabeltrasse befindet man sich derzeit in Verhandlung zu Reparaturkonzepten.

## **II. Wirtschaftsbericht**

### **a. Ertragslage**

Die vergütete Stromproduktion für den WP Ullersdorf liegt mit rd. 110.600,9 MWh über dem Vorjahr (107.137 MWh). Auf dieser Basis konnte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz in Höhe von 10.374.509,55 EUR verzeichnen. Darüber hinaus erhielt die Gesellschaft sonstige betriebliche Erträge i. H. v. 174.092,99 EUR. Der wesentliche Anteil hiervon besteht aus Kompensationszahlungen i. H. v. 155.222,48 EUR aus der Verfügbarkeitsgarantie (Wartungsvertrag Nordex).

Der erzeugte und in das Netz der E.DIS AG eingespeiste Strom wurde wie im Geschäftsjahr 2018 mit der gesetzlichen Einspeisevergütung in Höhe von 91,30 EUR/MWh sowie durch Direktvermarktung des Stroms durch die STEAG GmbH generierten Zusatzerlöses in Höhe von 2,50 EUR/MWh vergütet.

Dem Umsatz standen Kosten in Höhe von 8.950.159,36 EUR gegenüber, wovon rd. 782.000,00 EUR auf den mit dem Hersteller Nordex abgeschlossenen Wartungsvertrag entfallen. Die planmäßige Abschreibung belief sich auf 4.060.770,00 EUR.

### **b. Finanzlage**

Die Finanzlage der Gesellschaft ist gekennzeichnet durch den mit der Norddeutschen Landesbank—Girozentrale, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, (NordLB) abgeschlossenen Darlehensvertrag in Höhe von 68.250.000,00 EUR zur langfristigen Finanzierung der getätigten Investitionen

sowie einem Eigenkapital in Höhe von 19.047.192,45 EUR, wovon 17.749.000,00 EUR in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt sind. Mit dem im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatz aus Stromerlösen und Kompensationszahlungen in Höhe von 10.374.509,55 EUR wurde die geforderte DSCR—Quote von 1,05 : 1 eingehalten.

Zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken aus dem Darlehensvertrag wurde in Höhe des variabel verzinslichen Anteils ein Zinssicherungsgeschäft abgeschlossen. Der Swapvertrag deckt die gesamte relevante Laufzeit bis zum 30. September 2031 ab und betrifft ein Nominalvolumen von 32.056.780,00 EUR.

Im Geschäftsjahr waren stets ausreichend liquide Mittel vorhanden, um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft zu gewährleisten.

#### c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Stichtag 69.190.048,02 EUR.

Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 4.060.700,00 EUR auf 60.911.432,00 EUR verringert.

Das Umlaufvermögen ist um 211.725,54 EUR auf 7.477.745,18 EUR gestiegen. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie gegenüber Sonstigen ist ein Rückgang um 154.588,41 EUR auf 1.941.036,32 EUR zu verzeichnen. Demgegenüber erhöhte sich das Bankguthaben auf 5.536,708,86 EUR.

Der gebildete Rechnungsabgrenzungsposten für ein Disagio konnte in Höhe von 200.217,84 EUR aufgelöst werden.

Auf der Passivseite haben sich die Rückstellungen um 5.147,70 EUR sowie die Verbindlichkeiten um 4.286.555,87 EUR verringert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Tilgung des Bankdarlehens bei der NordLB in Höhe von 4.136.368,00 EUR zurückzuführen.

### III. Voraussichtliche Entwicklung und wesentliche Chancen und Risiken

#### 1) Prognosebericht für 2020

Die geplante Stromproduktion für den WP Ullersdorf liegt bei 113.865 MWh.

Der Umsatz ist mit ca. 10.681.000,00 EUR geplant.

Für 2020 wird ein Ergebnis in Höhe von rd. 1.549.000,00 EUR erwartet.

## 2) Chancen- und Risikobericht 2020

Die Stromproduktion erfolgt witterungsabhängig. Bei der Standortwahl und Aufstellplanung des Windparks war man bestrebt das Ertragspotenzial maximal auszuschöpfen. Es verbleibt das Risiko witterungsbedingter Minderproduktionen (geringe oder hohe Windgeschwindigkeiten, Windrichtung, Eis).

Von der Deutschen Wind Guard GmbH, Varel, wurde in November 2017, wie im Darlehensvertrag mit der NordLB festgelegt, ein Windgutachten auf Basis von Betriebsdaten erstellt. Die erwartete Stromproduktion aus den 3 Ursprungsgutachten in Höhe von 115.952 MWh/a wurde durch das neue Ertragsgutachten bestätigt. Unter Berücksichtigung der Genehmigungsaufgabe für Fledermausschutz wurde die Ertragsprognose für das Geschäftsjahr 2018 um 1% auf 114.792 MWh/a und für die Geschäftsjahre ab 2019 um weitere 0,8% auf 113.865 reduziert.

Die Erstinbetriebnahme erfolgte im Gültigkeitszeitraum des Erneuerbare—Energien-Gesetz (EEG-2012) unter Berücksichtigung einer Direktvermarktung. Für einen Zeitraum von 20 Jahren zuzüglich des Jahres der Inbetriebnahme ist die Vergütung festgelegt.

Die erhöhte Anfangsvergütung (ohne Marge aus der Managementprämie 9,13 ct/kWh und inkl. Marge aus der Managementprämie 9,38 ct/kWh) ist für die ersten fünf Betriebsjahre gesichert. In 2019 wurde die BDO ARBICON GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, die erforderlichen Nachweise zur Verlängerung des Bezugszeitraumes für die erhöhte Anfangsvergütung zu erstellen. Mit dem Ergebnis des Gutachtens wurde die maximale Förderdauer bestätigt. Die Zahlung der erhöhten Anfangsvergütung endet für alle 18 Windenergieanlagen am 31. Dezember 2034.

Wesentliche Chancen oder Risiken u.a. aus dem Wegfall der staatlichen EEG-Förderung sind nicht erkennbar.

Das Risiko bei Wegfall der Managementprämie, ohne Kompensation aus Mehrerlösen aus der Direktvermarktung, beträgt 2,50 EUR/MWh.

## IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

Mögliche Auswirkungen einer durch das Coronavirus SARS-CoV—2 verursachten Pandemie bleiben abzuwarten und können zu Abweichungen von diesen Einschätzungen führen.

## V. Risikomanagement und sonstige Risiken

Die SWU ist in das Risikomanagement der STEAG New Energies GmbH sowie der STEAG GmbH eingebunden. Sämtliche erkennbaren Risiken werden, sofern erforderlich, in die Risikoberichte der STEAG New Energies GmbH und der STEAG GmbH aufgenommen. Erforderliche Gegenmaßnahmen werden in diesem Rahmen diskutiert und der Gesellschafterversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Jamiltz, den 31. März 2020

STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG

Die Geschäftsführung

Michael Stumpf      Daniel Schwarz

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

STEAG WEA Ullersdorf GmbH vertreten durch

Daniel Schwarz, Koordinator Grubengas Saar, STEAG New Energies GmbH

Michael Stumpf, Kaufmännischer Bereich, Unternehmenscontrolling, STEAG New Energies GmbH

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

### 3.4.1.9 Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) im Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des ÖPNV innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung wird der Einfluss auf das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch gewährleistet.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

##### Gesellschafter:

Rhein-Kreis Neuss	33,0%
Stadtwerke Neuss GmbH	25,0%
Stadt Grevenbroich	9,0%
Stadtmarketing- und Verkehrsgesellschaft Dormagen mbH	8,0%
Stadt Meerbusch	8,0%
Stadt Kaarst	6,0%
Stadt Korschenbroich	5,0 %
Gemeinde Jüchen	4,0%
Gemeinde Rommerskirchen	2,0%

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aufgabe der Gesellschaft ist die Durchleitung von ÖPNV-Ausgleichszahlungen an die beauftragten Träger und Verkehrsunternehmen des ÖPNV.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38,9	33,4	+5,5
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.996,4	1.905,3	+91,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.035,3</b>	<b>1.938,8</b>	<b>+96,5</b>
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>99,9</b>	<b>99,9</b>	<b>0,0</b>
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>4,0</b>	<b>8,4</b>	<b>-4,4</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>1.931,4</b>	<b>1.830,5</b>	<b>+100,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.035,3</b>	<b>1.938,8</b>	<b>+96,5</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	0,0	0,0	0,0
2. sonstige betriebliche Erträge	6,9	5,1	+1,8
Insgesamt	0,0	0,0	0,0
3. Materialaufwand	0,0	0,0	0,0
4. Personalaufwand	0,0	0,0	0,0
5. Abschreibungen auf immaterielle Ver- mögensgegenstände des Anlagevermö- gens und Sachanlagen	0,0	0,0	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	6,9	5,1	+1,8
7. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0,0	0,0	0,0

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	23,6	36,2	-12,6
Eigenkapitalrentabilität	4,7	16,3	-11,6
Anlagendeckungsgrad 2	112,6	109,3	+3,3
Verschuldungsgrad	323,1	176,0	+147,1
Umsatzrentabilität	0,6	11,3	-10,7

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft hat - wie in den Vorjahren - namens und auf Rechnung des Rhein-Kreises Neuss die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs abgewickelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreishahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Berechnung und das Inkasso der von den Gesellschaftern aufzubringenden ÖPNV- und SPNV-Kosten und die Abrechnung mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Diese Tätigkeit führt nicht zu Umsätzen im Sinne des Umsatzsteuerrechtes.

Aus dieser Tätigkeit hat sich in diesem Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis ergeben.

Gemäß § 13 des Gesellschaftervertrages trägt der Kreis insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft. Die Kosten werden in Rechnung gestellt.

Das Personal der Gesellschaft besteht lediglich aus dem Geschäftsführer, dessen Tätigkeit bereits durch sein Hauptamt abgegolten ist.

Der Bestand der Gesellschaft war in den vergangenen Geschäftsjahren zu keiner Zeit gefährdet.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

Brügge, Dirk	Kreisdirektor
Burkhart, Sigrid	Technische Beigeordnete Stadt Kaarst
Cöllen, Heinrich Josef (Vorsitzender)	Stadtverordneter Stadt Neuss
Duda, Oswald	Gemeinde Jüchen
Hartenstein, Daniel	Stadt Meerbusch
Jung, Thomas	Stadt Meerbusch
Kracke, Thomas	Stadtverordneter Stadt Neuss, Abteilungsleiter Technik, Awista Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Sanierung GmbH
Krützen, Klaus	Bürgermeister Stadt Grevenbroich
Lierenfeld, Erik	Bürgermeister der Stadt Dormagen
Medeweller, Albert	Kommunalbeamter Stadt Neuss
Paulus, Gabriele	Gemeinde Rommerskirchen
Schmitz, Klaus	Stadt Dormagen
Schonhoff, André	Stadt Grevenbroich
Steinbach, Ralf	Gemeinde Rommerskirchen
Trost, Peter	Gemeinde Jüchen
Venten, Marc	Bürgermeister der Stadt Korschenbroich
Wagemann, Frank	Stadt Korschenbroich

## Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung

Petrauschke, Hans-Jürgen	Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Lommetz, Stephan	Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH
Krützen, Klaus	Bürgermeister der Stadt Grevenbroich
Schmitz, Klaus	Geschäftsführer
Mielke-Westerlage, Angelika	Bürgermeisterin Stadt Meerbusch
Nienhaus, Dr. Ulrike	Bürgermeisterin der Stadt Kaarst
Venten, Marc	Bürgermeister der Stadt Korschenbroich
Zillikens, Harald	Bürgermeister der Gemeinde Jüchen
Mertens, Dr. Martin	Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen

## Geschäftsführung

Petrauschke, Hans-Jürgen	Geschäftsführer
--------------------------	-----------------

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 12 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Angaben sind hier nicht erforderlich, da die Gesellschaft keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

### 3.4.1.10 IT Kooperation Rheinland (Zweckverband)

#### Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband hat die Aufgabe, die KDZ für die Verbandsmitglieder zu betreiben und Technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung an der ITK soll sichergestellt werden, dass moderne IT-Leistungen zu günstigen Konditionen bereitgestellt werden können. In der Kooperation mit 10 weiteren Gebietskörperschaften gelingt es, eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung beizubehalten.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<u>Gesellschafter:</u>	<u>Anteil:</u>	<u>Stimmanteil:</u>
Stadt Dormagen	6,60%	1
Stadt Grevenbroich	4,47%	2
Stadt Jüchen	2,75%	1
Stadt Kaarst	5,50%	2
Stadt Korschenbroich	3,71%	1
Stadt Meerbusch	5,50%	2
Stadt Mönchengladbach	0,00%	13
Gemeinde Rommerskirchen	2,75%	1
Stadt Neuss	21,87%	9
Rhein-Kreis Neuss	11,97%	4
Landeshauptstadt Düsseldorf	32,87%	32

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Meerbusch nutzt die von der IT Kooperation Rheinland betriebene Kommunale Datenverarbeitungszentrale und nimmt die Technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes in Anspruch.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6.090,1	6.416,4	-326,3
II. Sachanlagen	3.439,2	2.632,8	+806,4
III. Finanzanlagen	24.000,0	0,0	+24.000,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	795,7	527,9	+267,8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29.409,6	51.490,6	-22.081
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2.001,4</b>	<b>2.142,0</b>	<b>-140,6</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>65.735,9</b>	<b>63.209,7</b>	<b>+2.526,2</b>

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	100	100	0
II. Rücklagen	4.389,2	4.487,7	-98,5
III. Bilanzgewinn/-verlust	136,1	561,9	-425,8
<b>B. Sonderposten</b>	<b>2,3</b>	<b>7,1</b>	<b>-4,8</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>53.947,3</b>	<b>51.029,0</b>	<b>+2.918,3</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>5.649,0</b>	<b>5.913,6</b>	<b>-264,6</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.512,0</b>	<b>1.110,5</b>	<b>+401,5</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>65.735,9</b>	<b>63.209,7</b>	<b>+2.526,2</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	50.085,0	45.400,3	+4.648,7
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	267,5	171,8	+95,7
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	211,5	-211,5
4. sonstige betriebliche Erträge	929,3	1.129,3	-200,0
5. Materialaufwand	19.247,5	14.648,0	4.599,5
6. Personalaufwand	20.977,3	18.716,4	2.260,9
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.812,3	5.035,8	-223,5
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.810,3	5.690,3	-1.880,0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,7	2,7	-1,0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.398,5	2.342,0	+56,5
11. Ergebnis vor Steuern = Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss /-fehlbetrag	37,7	483,0	-445,3
12. Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	98,4	78,8	+9,6
13. Bilanzgewinn / -verlust	136,1	561,9	-425,8

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	7,0	8,1	-1,1
Eigenkapitalrentabilität	2,9	10,9	-8,0
Anlagendeckungsgrad 2	165,0	588,6	-423,6
Verschuldungsgrad	1321,2	1127,5	+193,7
Umsatzrentabilität	0,3	1,2	-0,9

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren 305 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 288) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### A. Geschäftstätigkeit

Der Zweckverband stellt für seine Mitglieder, die Städte und Gemeinden des Rhein-KreisNeuss, den Rhein-Kreis Neuss, die Landeshauptstadt Düsseldorf, die Stadt Mönchengladbach und dem Zweckverband Landfolge Garzweiler technikunterstützte Informationsverarbeitung im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifikations- und Produktionsverbundes bereit.

### B. Wirtschaftsbericht

#### I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die ITK Rheinland ist eine der größten Datenzentralen in Nordrhein-Westfalen mit 12 Mitgliedern im Jahr 2019. Über Produktpreise tragen die Verbandsmitglieder die Kosten der ITK Rheinland. Die Produktpreise werden jeweils zum 30. Juni des Vorjahres bekanntgegeben. Durch die Zusammenarbeit im Zweckverband werden Skaleneffekte erzielt, die allen Beteiligten zu Gute kommen.

Auch das Jahr 2019 war durch die intensiven Diskussionen der Mitglieder hinsichtlich der Novellierung des Preisbildungsmodells der ITK Rheinland geprägt. Im Zuge der Fusion mit der IT der Stadt Mönchengladbach wurde vom Verwaltungsrat am 6. April 2016 für die Dauer des Konsolidierungszeitraumes 2017 bis einschließlich 2020 für die Verbandsmitglieder der ITK Rheinland vor der Fusion eine Festschreibung der Preise auf Basis der Preisliste 2016 beschlossen. Die Gemeinkosten werden seit dem 1. Januar 2017 je zur Hälfte nach Inanspruchnahme (Umsatz 2014) und der modifizierten Anzahl der Einwohner auf die Verbandsmitglieder verteilt. Die Mehrkosten einzelner Verbandsmitglieder, welche aufgrund der geänderten Verteilung der Gemeinkosten entstehen, werden aus den Synergien der Fusion mit der Stadt Mönchengladbach kompensiert. Mit der Stadt Mönchengladbach wurde für den Konsolidierungszeitraum ein jährlicher Festpreis vereinbart. Am 4. November 2019 hat der Verwaltungsrat die Verlängerung der zuvor erläuterten Festschreibung um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2021 beschlossen.

Darüber hinaus ist das Geschäftsjahr insbesondere durch folgende Projekte geprägt:

#### Einführung SAP bei der ITK Rheinland:

Nachdem in den Jahren zuvor das Finanzwesen diverser Verbandsmitglieder erfolgreich auf SAP umgestellt werden ist, hat nun auch die ITK Rheinland zum 1. Januar 2019 erfolgreich SAP eingeführt. Die ITK Rheinland wird dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und hat nicht nur die Umstellung des Finanzwesens vollzogen, sondern hat auch weitere Verfahren, wie etwa das Bestellwesen, die Angebotserstellung oder die Fakturierung erfolgreich durch SAP abgelöst. Ein in SAP integrierter Rechnungseingangsworkflow wurde erfolgreich zum 1. August 2019 implementiert. Weitere Projekte wie etwa die Inventarisierung des beweglichen Anlagevermögens und eine Vertragsverwaltung, welche ebenfalls an das bei der ITK Rheinland bestehende SAP System angebunden werden sollen, laufen bereits. Die Arbeiten hierfür sollen in 2020 bzw. 2021 ihren Abschluss finden.

#### SAP im Verbandsgebiet:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat die ITK Rheinland mit der Einführung und dem Betrieb eines Personalabrechnungsverfahrens auf Basis von SAP beauftragt. Ab 1. Januar 2021 sollen dort die Versorgungsauskünfte über das SAP-Verfahren HCM - Human Capital Management berechnet werden, ein Jahr später ist die Umstellung des bisherigen Personalabrechnungsverfahrens (LOGA) auf HCM geplant. Für das derzeitige Personalabrechnungsverfahren der Landeshauptstadt Düsseldorf wird der fachliche Abrechnungssupport über das CC-Personalwesen in Bochum geleistet. Mit dem Umstieg auf SAP ist vorgesehen, dass dieser Support von der ITK Rheinland geleistet wird. Ein diesbezügliches Fachkonzept wird derzeit erarbeitet. Je nach inhaltlicher Ausgestaltung wird für den fachlichen Support entsprechender Zusatzaufwand bei der ITK Rheinland anfallen.

Neben der Personalverwaltung ist geplant im Bereich der Steuern und Abgaben eine Verfahrensablösung in Richtung SAP durchzuführen. Zunächst wurde von der Stadt Mönchengladbach die Einführung des SAP Kommunalmaster Steuern und Abgaben (KM-StA) beauftragt. Darüber hinaus hat die Landeshauptstadt Düsseldorf die ITK Rheinland mit der Ablösung des heutigen Veranlagungsverfahrens „KIVI“ durch SAP beauftragt. Bereits seit 1. Januar 2020 werden die ersten Steuerarten durch den SAP Kommunalmaster Steuern und Abgaben veranlagt. Zum 1. Januar 2021 soll KIVI vollständig durch KM-StA abgelöst werden.

#### IT an Schulen

Im Bereich der Anwendungsbetreuung für die IT an Schulen wird eine erhebliche Erweiterung der von der ITK Rheinland zu erbringenden Dienstleistungen erwartet. Diese Erwartung wird voraussichtlich durch die Auswirkungen des Covid-19 Virus und dem damit als erforderlich angesehenen Ausbau der „Digitalen Schule“ noch verstärkt. Darüber hinaus ist die ITK Rheinland mit mehreren Verbandsmitgliedern hinsichtlich einer Ausdehnung der Dienstleistungen für die Betreuung der IT an Schulen im Gespräch.

### Groupware Strategie:

Im Jahr 2016 sind Beratungen zur strategischen Entscheidung über die zukünftige Groupware Lösung der ITK Rheinland und ihrer Verbandsmitglieder gestartet. Die Frage war hierbei, ob Lotus Notes von IBM durch ein alternatives Produkt abgelöst werden soll. Nach intensiven Beratungen und Diskussionen haben sich die Verbandsmitglieder dafür ausgesprochen, zukünftig Exchange von Microsoft einzusetzen. Die ITK Rheinland konnte im ersten Halbjahr 2018 erfolgreich auf Exchange umgestellt werden. In 2019 wurde ein weiteres Verbandsmitglied umgestellt. Im Jahr 2020 bestehen Planungen für die Umstellung von vier weiteren Kommunen. Insbesondere aufgrund des Covid-19 Virus kann es hier jedoch zu Verschiebungen kommen. Mittelfristig planen alle Verbandsmitglieder den Umstieg.

### Dokumentenmanagementsystem:

Am 15. November 2017 hat sich der Verwaltungsrat darauf verständigt, dass die ITK Rheinland zukünftig nur noch ein einheitliches Dokumentenmanagementsystem im gesamten Verbandsgebiet bereitstellt. Dieses wird auf der bestehenden Installation d.3 des Herstellers Codia, welche von der Stadt Mönchengladbach übernommen wurde, aufgebaut. Die ersten Umstellungsprojekte für die Verbandsmitglieder sind in 2018 gestartet. Im Jahr 2019 wurden die ersten Pilotprojekte erfolgreich abgeschlossen. Für ein Verbandsmitglied wurde im Jahr 2020, mit der Migration der Alt-Daten aus dem dort bisher eingesetzten DMS und dem flächendeckenden Einsatz in der Verwaltung, ein wichtiger Projektabschnitt erfolgreich beendet.

Darüber hinaus wurde ein leistungsfähiges Team aufgestellt, mit dem die ITK Rheinland in der Lage ist, die erforderlichen Umstellungsprojekte sowie die Weiterentwicklung der eAkte in den Kommunen voran zu bringen. Die vollständige Umstellung aller Verbandsmitglieder wird jedoch erst mittelfristig erwartet, da diese Projekte langfristig angelegt sind und bis zu 10 Jahren laufen können.

### Sicherheitszertifizierung:

Um den steigenden Anforderungen in den Bereichen Datenschutz und IT—Sicherheit gerecht zu werden, wurde die ITK Rheinland nach ISO 27001 zertifiziert. Die Arbeiten zum Erhalt des Zertifikats haben Ende 2017 begonnen und wurden am 21. Dezember 2018 erfolgreich abgeschlossen. Das Rechenzentrum der ITK Rheinland ist nun offiziell nach DIN ISO / IEC 27001 zertifiziert. Das erste Überwachungsaudit ist positiv verlaufen. Das nächste steht im Jahr 2020 an, bevor im Jahr 2021 die erneute Re-Zertifizierung für das Rechenzentrum notwendig ist. Auch die im Rahmen der Zertifizierung erforderlichen Notfallübungen wurden erfolgreich umgesetzt.

### Organisationsuntersuchung:

Der Verwaltungsrat hat am 5. April 2017 beschlossen, dass eine Organisationsuntersuchung der ITK Rheinland durchgeführt werden soll. Schwerpunkte dieser Organisationsuntersuchung waren Personal, Organisation, Prozesse (Kundenbeziehung) und die Rechtsform der ITK Rheinland. Die

Durchführung erfolgte im ersten Halbjahr 2018 und die Ergebnisse wurden am 20. Juni 2018 dem Verwaltungsrat präsentiert, der in der Folge über einzelne Vorschläge der Berater diskutiert und diverse Maßnahmen beschlossen hat.

Insbesondere wurde die grundsätzliche Konsolidierung der einzelnen Anwendungen und Betriebsmodelle und die zur Verfügungstellung des dafür benötigten Personals beschlossen. Darüber hinaus wurden strategische Veränderungen angeraten, welche die Verbandsmitglieder auch für die ITK Rheinland umgesetzt sehen wollen. Hierzu wurden von Seiten der Gremien weitere zusätzliche Stellen genehmigt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt über einen längeren Zeitraum und wurde Anfang 2019 begonnen. Die Berater haben ebenfalls angeregt, kleinere Anpassungen in der Organisationsstruktur der ITK Rheinland vorzunehmen. Diese wurden Mitte 2019 umgesetzt.

Zwischenzeitlich wurde auch die Stelle für das Prozessmanagement besetzt. Eine Bestandsaufnahme aller relevanten Prozesse hat begonnen. Diese werden nun kontinuierlich beschrieben und umgesetzt. Das Prozessmanagement bildet mit einem Prozesshandbuch und einer Prozesslandkarte die Basis für eine Zertifizierung nach DIN 9001. Die Stelle für die Erweiterung des Controllings wurde inzwischen ebenfalls besetzt und der weitere Ausbau des Controllings wurde begonnen.

#### Digitalisierungsprojekte:

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine weitere große Herausforderung für die ITK Rheinland und das große IT-Zukunftsthema für die Verbandsmitglieder. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, wurden die entsprechenden Aktivitäten gebündelt und im Zuge der Umorganisation der ITK Rheinland ein eigener Servicebereich mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung“ gebildet. In 2018 haben die Gremien der ITK Rheinland bereits zusätzliche fünf Stellen

für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten genehmigt. Diese orientieren sich am Bedarf der Verbandsmitglieder und werden daher nur nach Anforderung entsprechend besetzt.

#### Onlinezugangsgesetz (OZG)

Das am 18. August 2017 in Kraft getretene Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder bis spätestens 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch bzw. online über Portale anzubieten und ist ein Meilenstein bei der Digitalisierung der Kommunen.

Der Umsetzungskatalog des OZG beinhaltet etwa 575 Verwaltungsleistungen. Für das Land NRW hat der Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN) die koordinierende Funktion bei der Umsetzung des OZG übernommen. Die etwa 575 Leistungen wurden in 14 Themenfelder unterteilt. Die grundlegende Konzeption im KDN sieht vor, dass die vorhandenen IT-Dienstleister jeweils bestimmte Themenfelder besetzen und die entwickelten Lösungen anschließend als landesweite Standards allen interessierten Kommunen offerieren.

Für jedes dieser Themenfelder hat im Jahr 2019 ein Auftakt-Workshop unter Leitung des KDN stattgefunden. Sowohl die ITK Rheinland als auch einige Verbandsmitglieder haben sich dort für einzelne OZG-Prozesse interessiert und eine Mitarbeit in Aussicht gestellt.

In den Bereichen Kindertagespflege (Kita Navigator) und Mängelmelder (Agiles Anliegen Management) hat sich die ITK Rheinland bereit erklärt, ihre Lösungen zur Landeslösung weiter zu entwickeln.

Die Basis und der Rahmen für eine digitale und online zugängliche Verwaltung wurde bereits mit der Einführung von Bürger-Service-Portalen, eines Formularservers und dem Einsatz eines DMS geschaffen.

Bereits heute ist absehbar, dass die weitere Mitarbeit in den einzelnen Competence Centern in der Regel zusätzliche personelle Kapazitäten sowohl bei der ITK Rheinland als auch bei den beteiligten Verbandsmitgliedern binden wird.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Verwaltungsrat

Harald Zilkens Vorsitzender	Bürgermeister Stadt Jüchen
Angelika Mielke-Westerlage Stellv. Vorsitzende	Bürgermeisterin Stadt Meerbusch
Eric Lierenfeld ab 4. November 2019 (davor Tanja Gaspers)	Bürgermeister Stadt Dormagen
Prof. Dr. Andreas Meyer Falcke (Verbandsvorsteher)	Beigeordneter Landeshauptstadt Düsseldorf
Stefan Ferber	Leiter des Amtes für Personal und Or- ganisation Landeshauptstadt Düssel- dorf
Claus Ropertz	Dezernent Stadt Grevenbroich
Dr. Ulrike Nienhaus	Bürgermeisterin Stadt Kaarst
Marc Venten	Bürgermeister Stadt Korschenbroich
Matthias Engel	Beigeordneter Stadt Mönchenglad- bach
Harald Vieten	Dezernent Rhein-Kreis Neuss
Holger Lachmann	Beigeordneter Stadt Neuss
Bernd Sauer	Dezernent Gemeinde Rommerskir- chen

### Geschäftsführung

Dr. Bodo Karnbach

Geschäftsführer

Wolfgang Vits

Geschäftsführer

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 17 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Verbandsversammlung hat in Ihrer Sitzung am 25.11.2019 den Gleichstellungsplan der ITK Rheinland beschlossen, dieser wurde am 11.12.2019 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veröffentlicht und hat eine Geltungsdauer vom 01.12.2019 bis 31.12.2022.

### 3.4.1.11 D-NRW AÖR

#### Zweck der Beteiligung

Die d-NRW AÖR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter vewaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung soll der Einsatz von Informationstechnik in der Verwaltung der Stadt Meerbusch unterstützt und die Entwicklung zukunftsweisender IT-Lösungen in Nordrhein-Westfalen vorangetrieben werden.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Träger der d-NRW AÖR zum 31.12.2019 sind:

- a) Land Nordrhein-Westfalen  
-vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium-
- b) 210 Städte und Gemeinden,
- c) 22 Kreise inkl. der Städteregion Aachen sowie
- d) die Landschaftsverbände LVR und LWL.

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,4	0,5	+1,9
II. Sachanlagen	75,4	44,4	+31,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	4.046,0	419,1	+3.626,9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	322,0	174,9	+147,1
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	9.913,4	6.222,5	+3.690,9
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1,1	0	+1,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>14.360,4</b>	<b>6.861,4</b>	<b>+7.499,0</b>

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. gezeichnetes Kapital	1.238,0	1.228,0	+10,0
II. Kapitalrücklage	1.528,8	1.528,8	0,0
III. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0
<b>B. Rückstellungen</b>	1.274,4	1.904,4	-630,0
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	10.319,2	2.200,3	+8.118,9
<b>Bilanzsumme</b>	<b>14.360,4</b>	<b>6.861,4</b>	<b>+7.499,0</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	10.779,1	12.796,6	-2.017,5
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-41,9	15,1	-57,0
3. sonstige betriebliche Erträge	19,7	7,3	+12,4
4. Materialaufwand	6.812,7	11.027,3	-4.214,6
5. Personalaufwand	1.749,9	1.358,2	+391,7
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	34,6	27,8	+6,8
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	453,7	390,4	+63,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18,1	15,1	+3,0
9. Ergebnis nach Steuern	1.687,9	0,2	+1.687,7
10. Sonstige Steuern	1.687,9	0,2	+1.687,7
11. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	19,3	40,2	-20,9
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	0,0
Anlagendeckungsgrad 2	3.556,6	6.136,0	-2.579,4
Verschuldungsgrad	419,0	148,9	+270,1
Umsatzrentabilität	0,0	0,0	0,0

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren 33 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 25) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### I. Grundlagen des Unternehmens

#### Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AÖR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AÖR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist - geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018 und durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Juni 2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14. Juli 2020 - seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d- NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AÖR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AÖR sind mit Stand vom 31.12.2019 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 234 nordrhein-westfälischen Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und der beiden Landschaftsverbände), die der Anstalt im Errichtungsjahr beigetreten sind. 34 kommunale Beitritte, die im Verlauf des Jahres 2019 beschlossen und erklärt werden sind, werden mit Beginn des Folgejahres wirksam.

### II. Geschäftsverlauf

#### *a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft*

In einer gesamtwirtschaftlich gedämpften Konjunktorentwicklung konnte sich der Dienstleistungssektor in 2019 mit einer robusten Beschäftigungsentwicklung und ordentlichen Ergebnissen behaupten. Dies gilt insbesondere auch für die IT-Branche, die trotz der schwächeren Gesamtkonjunktur eine hohe Binnennachfrage im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung als Grundlage für weiterhin gute Umsätze verzeichnen konnte.

#### *b) Produktentwicklung*

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich E-Gewerbe, die Weiterentwicklung des Gewerbeservice-Portals NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des

Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online-Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM, und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

#### *c) Absatz- Beschaffungspolitik*

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die d-NRW Betriebs-GmbH & Co. KG, Bochum, die d-NRW Gesellschaft für Softwareentwicklung und Beratung mbH, Düsseldorf, sowie die cosinex GmbH, Bochum, die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching sowie die sciencentric AG, Düsseldorf. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein—Westfalen und die Kommunen in NRW.

#### *d) Produktion*

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

#### *e) Investitionen*

Die Anstalt hat im Jahr 2019 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

#### *f) Finanzierung*

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2019 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

#### *g) Personal*

Die Anstalt hat im Jahr 2019 im Durchschnitt 33 Mitarbeiter beschäftigt. Kennzeichnend war - wie bereits in den Vorjahren - die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

#### *h) Umwelt*

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

#### *i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr*

Die d-NRW AÖR wurde, der Empfehlung des IT-Kooperationsrates Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) entsprechend, als zentrale OZG-Koordinierungsstelle für Nordrhein—Westfalen beauftragt.

Im September 2019 erfolgte im Zusammenhang mit einer europaweiten Ausschreibung für IT-Unterstützungsleistungen (Gesamtvolumen 40 Mio. €) in sieben verschiedenen Bereichen die Zuschlagserteilung für Rahmenvereinbarungen mit insgesamt 14 verschiedenen Partnern.

Am 19.11.2019 trat der von der Landesregierung bestellte Verwaltungsrat der d-NRW AÖR zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In diesem Termin wurden die Satzung der d-NRW AÖR sowie die Geschäftsordnungen für den Verwaltungsrat und die Geschäftsführung der Anstalt beschlossen.

### **III. Lage des Unternehmens**

Die d-NRW AÖR konnte im Jahr 2019 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 10.779 verzeichnen.

Bereinigt um Erlösschmälerungen, die sich aus anstehenden einmaligen Umsatzsteuerkorrekturen für die Jahre 2017-2019 in Höhe von TEUR 4.788 ergeben, steigen die Umsatzerlöse um TEUR 2.770 auf TEUR 15.567. Korrespondierend zu den Erlösschmälerungen sinken die Fremdleistungen in gleicher Höhe.

Hintergrund der Umsatzsteuerkorrekturen ist eine im Frühjahr 2020 mit dem Ministerium der Finanzen NRW erfolgte Verständigung, wonach eine rechtssichere Einstufung der d-NRW AÖR als Nichtunternehmerin nur dann in Betracht kommt, wenn Aufgaben erfüllt werden, die auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung der öffentlichen Verwaltung vorbehalten sind, § 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG. Die verschärften umsatzsteuerlichen Anforderungen für die Qualifizierung als Nichtunternehmer dienen der Vermeidung von jedweden Wettbewerbsbeeinträchtigungen. Für die Zeit seit der Gründung der d-NRW AÖR, die bezogen auf die eigenen Leistungen bislang als Nichtunternehmerin agiert hat, hat sich dementsprechend ein Korrekturbedarf hinsichtlich der Nacherhebung der Umsatzsteuer ergeben, der mit TEUR 1.739 in den sonstigen Steuern ausgewiesen wird. Dagegen stehen Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von TEUR 88.

Die im Allgemeinen gute Entwicklung der d-NRW AÖR spiegelt sich in der Bilanzsumme wider, die sich gegenüber 2018 von TEUR 6.861 um TEUR 7.499 auf TEUR 14.360 mehr als verdoppelt hat.

#### a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

wesentliche Bilanzposten	31.12.2018	31.12.2019	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	45	78	+33
Umlaufvermögen	6.816	14.281	+7.465
<b>Passiva</b>			
Eigenkapital	2.757	2.767	+10
Fremdkapital	4.104	11.594	+7.490
<b>Bilanzsumme</b>	<b>6.861</b>	<b>14.360</b>	<b>+7.499</b>

Im Vergleich zum 31.12.2018 hat sich das Umlaufvermögen um TEUR 7.465 erhöht. Grund dafür sind gestiegene Geldmittel (TEUR +3.691), erhöhte Vorräte (TEUR +3.627), insbesondere in Form von bereits geleisteten Anzahlungen, sowie zusätzliche Forderungen (TEUR +147).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital geringfügig verändert (+TEUR 10) und das Fremdkapital um TEUR 7.490 deutlich gestiegen. Beim Fremdkapital sind insbesondere die Positionen „erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (+TEUR 5.242) „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 1.228) und „sonstige Verbindlichkeiten“, die sich im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben (+TEUR 1.651), im Vergleich zum 31.12.2018 gestiegen. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr 2018 rückläufig (-TEUR 630).

#### b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2019 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum 31.12.2019 wegen der deutlich höheren Bilanzsumme, insbesondere aufgrund der gestiegenen Verbindlichkeiten, auf 19,3- % (31.12.2018 40,2 %) gesunken.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 9.913 (31.12.2018: TEUR 6.222).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 88,3% (Vorjahr: 155,9%)

### c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2019 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Öffentliches Auftragswesen, E-Gewerbe, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Schulwesen, Landesredaktion, Verwaltungssuchmaschine, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal, KiBiz, und EA-Portal sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	<b>2018 TEUR</b>	<b>2019 TEUR</b>	<b>+/- Vj. TEUR</b>
<b>Betriebserträge</b>	12.819	10.757	-2.062
<b>Betriebsaufwendungen</b>	-12.804	-10.739	+2.065
<b>Finanzergebnis</b>	-15	-18	-3
<b>Jahresergebnis</b>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Für das Geschäftsjahr 2019 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AÖR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst - soweit möglich - auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AÖR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Für das Berichtsjahr 2019 hat sich durch die umsatzsteuerlichen Nachberechnungen für die Jahre 2017 bis 2019 eine Kostenunterdeckung von TEUR 821 ergeben. In gleicher Höhe wurde die Rückstellung für Ausgleichsverpflichtung in Anspruch genommen. Sie beträgt nunmehr insgesamt TEUR 577 (Vorjahr: TEUR 1.398).

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>+/- Vj.</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
Projekterlöse	6.341	7.946	+1.605
Dienstleistungen ohne USt.	6.856	6.410	-446
Nutzungsgebühren Regionale Vergabemarktplätze	341	390	+49
übrige Umsatzerlöse	7	0	-7
	<b>13.545</b>	<b>14.746</b>	<b>+1.201</b>
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-748	821	+1.569
Erlösschmälerungen wegen Korrektur Umsatzsteuer 2017 - 2019	0	-4.788	-4.788
	<b>12.797</b>	<b>10.779</b>	<b>-2.018</b>

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Bereinigt um Aufwandsschmälerungen, die sich aus anstehenden einmaligen Umsatzsteuerkorrekturen für die Jahre 2017-2019 in Höhe von TEUR 4.784 ergeben, steigen die Fremdleistungen um TEUR 570 auf TEUR 11.597.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 454 (Vorjahr: TEUR 390) betreffen im Wesentlichen die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt - z.B. Raummiete TEUR 142 (Vorjahr: TEUR 120), Rechtsund Beratungskosten TEUR 59 (Vorjahr: TEUR 30) sowie Reisekosten TEUR 20.770 (Vorjahr: TEUR 18.079).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 18 (Vorjahr: TEUR 15) - ausgewiesen im Finanzergebnis - handelt es sich um Verwahrgeld.

#### IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

##### a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld.

An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Die neue Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts bietet die Chance, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren. Unterstützend könnte sich dabei die aktuelle Corona-Pandemie auswirken, die der Digitalisierung der Verwaltung einen zusätzlichen Schub verleiht.

### *b) Risiken*

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Unwägbarkeiten bestehen in steuerlicher Hinsicht - trotz der zwischenzeitlichen Verständigung hinsichtlich der engen Voraussetzungen für die Anerkennung einer Nichtunternehmerschaft (so) - dadurch, dass das Verfahren zur Umsatzsteuersonderprüfung der d-NRW AÖR noch nicht abgeschlossen ist. Im Übrigen steht noch die Feststellung aus, ob die d-NRW AÖR einen ertragssteuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art (BgA) begründet und dementsprechend auch Körperschafts- und Gewerbesteuern zu entrichten hat.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Verwaltungsrat

Dr. Stephan Keller	Stadtdirektor Stadt Köln
Sebastian Kopietz	Stadtdirektor Stadt Bochum
Harald Zillikens	Bürgermeister Stadt Jüchen
Marion Weike	Bürgermeisterin Stadt Werther (Westf.)
Martin M. Richter	Kreisdirektor Kreis Mettmann
Dr. Marco Kuhn	Erster Beigeordneter Landkreistag NRW
Hartmut Beuß	CIO – Beauftragter der Landesregierung für IT MWIDE NRW
Dr. Helma Hagen	Ministerialrätin MWIDE NRW
Simone Dreyer	Regierungsbeschäftigte MAGS NRW
Lee Hamacher	Ministerialdirigentin MKFFI NRW
Dr. Heinz Oberheim	Ministerialrat FM NRW
Stefan Mnich	Ministerialdirigent IM NRW
Diane Jägers	Ministerialdirigentin MHKBG NRW

### Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp

Geschäftsführer

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 13 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 38 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan für die d-NRW AÖR befindet sich derzeit in Bearbeitung und wird voraussichtlich innerhalb der kommenden drei Monate vorliegen.

### 3.4.1.12 Lokalfunk Kreis Neuss GmbH & Co. KG

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen,
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen,
- für den Vertragspartner den in § 72 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen und
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung verfolgt die Stadt den Zweck, ein pluralistisches Medienangebot zu gewährleisten.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Lokalfunk Kreis Neuss GmbH & Co. KG	75,0%
Rhein-Kreis Neuss	7,0%
Stadt Neuss	7,0%
Stadt Grevenbroich	2,0%
Stadt Dormagen	2,0%
Stadt Kaarst	2,0%
Stadt Meerbusch	2,0%
Stadt Korschenbroich	1,5%

Gemeinde Jüchen	1,0%
Gemeinde Rommerskirchen	0,5%

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Lokalradio Neuss GmbH & Co. KG nimmt die Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb des lokalen Rundfunks wahr. Hierzu gehört die Beschaffung der zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen und diese den Vertragspartnern zur Verfügung zu stellen. Weiteren Aufgaben sind die Bereitstellung erforderlicher Mittel im vertraglich bestimmten Umfang sowie die Verbreitung von Hörfunkwerbung.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage			
Aktiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15,3	0,4	+14,9
II. Sachanlagen	50,1	71,8	-21,7
III. Finanzanlagen	26,0	26,0	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	0,1	0	+0,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	192,6	130,9	+61,7
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	916,0	997,8	-81,8
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,0	0,0	0,0
<b>Bilanzsumme</b>	1.200,0	1.227,0	-27,0

Kapitallage			
Passiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	770,0	770,0	0,0
II. Kapitalrücklage	25,6	25,6	0,0
III. Sonderposten für aktivierte eigene Anteile	26,0	26,0	0,0
<b>B. Rückstellungen</b>	92,3	104,7	-12,4
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	286,1	300,8	-14,7
<b>Bilanzsumme</b>	1.200,00	1.227,0	-27,0

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.542,4	1.544,6	-2,2
2. sonstige betriebliche Erträge	12,0	14,7	-2,7
3. Materialaufwand	862,9	817,3	+45,6
4. Personalaufwand	140,0	143,6	-3,6
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	31,5	31,2	-0,3
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	426,1	401,2	+24,9
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,3	-0,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,4	0,4	0,0
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	10,0	21,5	-11,5
10. Ergebnis nach Steuern	83,4	144,4	-61,0
11. Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0
12. Jahresüberschuss	83,4	144,3	-61,0
13. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	83,4	144,3	-61,0
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,0	0,0	0,0

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	68,5	67,0	+1,5
Eigenkapitalrentabilität	10,2	17,6	-7,4
Anlagendeckungsgrad 2	899,5	836,0	+63,5
Verschuldungsgrad	46,1	49,4	-3,3
Umsatzrentabilität	5,4	9,3	-3,9

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 3) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### 1 Grundlagen des Unternehmens

#### 1.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist eine Betriebsgesellschaft gem. §§ 52 ff. LMG NRW. Zwischen der Gesellschaft und dem Lokaler Rundfunk Neuss e.V. wurde eine vertragliche Vereinbarung zur Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Sendegebiet Kreis Neuss abgeschlossen, in der die Grundpflichten gem. § 60 LMG NRW geregelt sind. Insbesondere stellt die Betriebsgesellschaft alle zur Produktion erforderlichen technischen Einrichtungen zur Verfügung und erstattet der Veranstaltergemeinschaft sämtliche entstandenen Kosten. Die Veranstaltergemeinschaft ist Inhaberin der Sendelizenz für das Verbreitungsgebiet Kreis Neuss. Gem. Landesmediengesetz ist eine 8-stündige Sendelizenz vorgesehen (§ 55 LMG NRW). Derzeit produziert NE-WS 89.4 8 Stunden lokales Programm, 15 Stunden Sendezeit werden vom Mantelprogrammradio NRW, sowie 1 Stunde Bürgerfunk von unterschiedlichen Bürgerfunkgruppen zugeliefert.

Die Entwicklung der Geschäftsaktivitäten des Senders ist durch die rechtlichen Bestimmungen (Landesmediengesetz NRW, „Zwei-Säulen-Modell“) weitgehend begrenzt: Die Sendelizenz gilt nur für das festgelegte Verbreitungsgebiet Kreis Neuss. Der Kreis Neuss gehört mit 437 Tsd. Einwohnern (759 Einwohner/qkm) zu den wirtschaftlich stärkeren Lizenzierungsgebieten in NRW.

## 1.2 Wirtschaftliches Umfeld

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im Vergleich zum Vorjahr zum zweiten Mal in Folge abgeschwächt, wächst aber in der Langzeitbetrachtung im zehnten Jahr in Folge. Dies ist die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland. Das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug im Jahresdurchschnitt 2019 moderate 0,6%, im Vorjahr war das BIP noch um 1,5% gestiegen. Verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von +1,3% ist die deutsche Wirtschaft 2019 schwächer gewachsen. Die Wachstumsimpulse im Jahr 2019 wurden vor allem vom inländischen Konsum gestützt, wobei die Zuwächse der privaten und staatlichen Konsumausgaben stärker ausfielen als in den beiden Jahren zuvor. Auch die Bruttoanlageinvestitionen - hier insbesondere bei Bauten und Sonstigen Anlagen inklusive Forschung & Entwicklung – sind kräftig gestiegen. Die deutschen Exporte nahmen im Jahresdurchschnitt 2019 weiter zu, aber mit +0,9% nicht mehr so stark wie in den Vorjahren (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 15.01.2020).

Die nachhaltig positive Umsatzentwicklung der audiovisuellen Medien in Deutschland belegt eindrucksvoll die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Relevanz der Branche. Der Marktanteil der Radiowerbung in Deutschland ist im internationalen Vergleich dennoch relativ gering, da die föderalistische Struktur der Radiolandschaft in Deutschland einer optimalen Vermarktung nach wie vor im Wege steht. Im Jahr 2019 konnte die Gattung Hörfunk mit einem Wachstum von 1,6% gegenüber dem Vorjahr erneut ein Niveau deutlich über dem des Durchschnitts des leicht sinkenden Gesamtmarktes (0,0%) erzielen und dabei den Marktanteil leicht von 6,4% auf 6,5% steigern (Basis: Bruttowerbeumsätze). Der Branchenverband VAUNET prognostiziert ein Umsatzwachstum auf Nettobasis in ähnlicher Größenordnung in Höhe von 2% für private und öffentlich-rechtliche Radiowerbung. Radio NRW ist mit im Vergleich zum Vorjahr mit stabilen 130 Mio. (+ 0,8% gegenüber Vorjahr) das umsatzstärkste Radioangebot in Deutschland (Quelle: RMS/Nielsen Media Research, unbereinigte Bruttowerbeumsätze).

Der Wettbewerb zwischen dem privaten Hörfunk in NRW und den öffentlich-rechtlichen Hörfunkstationen des WDR ist weiterhin scharf. Auf der Hörermarktseite greift der WDR die Privaten durch eine zielgruppen- und werbemarktfreundliche Programmausrichtung an. Die in 2016 gesetzlich verabschiedete Werbezeitenbegrenzung in den öffentlich-rechtlichen Programmen wurde 2017 in erster Stufe eingeleitet. Im Berichtsjahr wurde seitens der Landesregierung nunmehr angekündigt, die zweite Stufe der Werbezeitenbegrenzung wieder aus dem Gesetz zu streichen. Dies schwächt den NRW-Lokalfunk auf der Vermarktungsseite maßgeblich. Nach Inkrafttreten der ersten Stufe der Werbezeitenbegrenzung hatte der WDR seine Spotpreise in Richtung eines marktgerechten Preisniveaus angehoben. Für den Erhalt eines fairen Wettbewerbs wäre es wichtig, dass der WDR nun nach der Validierung des Gesetzes nicht wieder zu seiner Dumpingpreisstrategie zurückkehrt.

Die Hörerreichweiten sowohl im Lokalfunk als auch beim öffentlich-rechtlichen Wettbewerber werden weiterhin durch die starken Veränderungen im Mediennutzungsverhalten geprägt sein.

Es wird sehr schwierig, den sich zuletzt in der gesamten Gattung zeigenden negativen Reichweitentrend aufzuhalten. Im Gesamt-Hörermarkt ist radio NRW mit 1,6 Mio. Hörern weiterhin das meistgehörte Radioprogramm in NRW, verliert jedoch gegenüber dem Vorjahr 86.000 Hörer (-5,1%). In der werberelevanten Zielgruppe der 14-49-Jährigen liegt radio NRW mit 726.000 Hörern (-8,9%) noch vor 1Live mit 687.000 Hörern (+2,7%). Die Radio-Kombi des WDR „Best of 14-49“ erreicht 1,1 Mio. Hörer und übertrifft damit radio NRW um rund 400.000 Hörer in der jungen Zielgruppe (Quelle: MA 2019 Audio II Update, Durchschnittliche Stunde 6.00 bis 18.00 Uhr, Mo-Fr.).

## **2 Lage und Geschäftsentwicklung**

### **2.1 Vermögenslage**

Die Zugänge des Anlagevermögens betrafen im Wesentlichen EDV-Anschaffungen (Schnittstellensoftware Disposition, Homepage) mit + 25 T€. Die planmäßigen Abschreibungen betrugen 32 T€, so dass sich das Anlagevermögen insgesamt um 7 T€ reduzierte und bei 91 T€ lag. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft erhöhten sich vor allem aufgrund von Steuererstattungsansprüchen um insgesamt T€ 62, während die liquiden Mittel sich gegenläufig um T€ 82 auf T€ 916 verminderten.

Auf der Passivseite verminderten sich die Rückstellungen vor allem durch geringere Steuerrückstellungen und die Verbindlichkeiten vor allem durch ergebnisbedingt geringere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern. Bei einer Bilanzsumme von 1.200 T€ wird ein Eigenkapital von 796 T€ sowie ein Sonderposten für aktivierte Anteile an der Komplementär-GmbH in Höhe von 26 T€ ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote lag bei 68,5% (Vorjahr: 67,0%).

### **2.2 Finanzlage**

Gemäß §§ 5 und 6 des Gesellschaftsvertrages ist die Finanzierung durch Gesellschaftermittel vorgesehen. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich aus Eigenmitteln.

<b>Kapitalflussrechnung</b>		<b>2019</b>	<b>2018</b>
		<b>T€</b>	<b>T€</b>
	<b>Jahresüberschuss</b>	<b>83</b>	<b>144</b>
+/-	Ab- /Zuschreibungen des Anlagevermögens	31	31
+/-	Zunahme/Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen	16	-55
-/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-62	29
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	19	-174
=	<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>87</b>	<b>-25</b>
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-21	0
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3	-27
=	<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-24</b>	<b>-27</b>
-	Auszahlungen an Gesellschafter	-145	-378
=	<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-145</b>	<b>-378</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>		<b>-82</b>	<b>-430</b>
+	Finanzmittelfonds zum Jahresanfang	998	1.428
=	<b>Finanzmittelfonds zum Jahresende</b>	<b>916</b>	<b>998</b>

Die in der Kapitalflussrechnung ausgewiesene Liquidität (Finanzmittelfonds) umfasst Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten.

## 2.3 Ertragslage

Im Berichtsjahr musste mit einem Jahresergebnis in Höhe von 83 T€ nochmals, ein weiteres Jahr in Folge, ein deutlicher Rückgang zum Vorjahr (144 T€) hingenommen werden. Während die lokalen Erlöse und die Kombiumsätze stabilisiert werden konnten und in Bezug auf die FKW auch die Planung deutlich übertraf, musste aufgrund der zum Ausschüttungszeitpunkt sehr unbefriedigenden Reichweite bei den landesweiten Erlöszuweisungen (radio NRW) ein Rückgang hingenommen werden. Über alle Erlösarten konnte jedoch das Vorjahresniveau nahezu gehalten werden:

	<b>2019</b>	<b>Anteil</b>	<b>2018</b>	<b>Anteil</b>	<b>Veränderung</b>	
	<b>T€</b>	<b>%</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Umsatzerlöse Lokal	570	36,9	566	36,6	4	0,7
Umsatzerlöse Funk-Kombi West	559	36,2	540	35,0	19	3,5
Umsatzerlöse radio NRW	337	21,8	365	23,6	-28	-7,7
Sonstige Erlöse	76	5,1	74	4,8	2	4,1
<b>Summe Umsatz</b>	<b>1.542</b>	<b>100,0</b>	<b>1.545</b>	<b>100,0</b>	<b>-3</b>	<b>-0,0</b>

Die sogenannten Hörerreichweiten (Elektronische Medien Analyse Nordrhein-Westfalen: E.M.A.) beschreiben als nichtfinanzieller Leistungsindikator die Akzeptanz des Senders im Hörermarkt. Die im Vorjahr prognostizierte negative Reichweitenentwicklung ist somit eingetreten. Sie entwickelte sich wie folgt:

Zielgruppe 14-49 Jahre

<b>Hörerreichweiten</b>	<b>E.M.A. 2019 II</b>	<b>E.M.A. 2019 I</b>	<b>E.M.A. 2018 II</b>	<b>E.M.A. 2018 I</b>
Durchschnittsstunde 6-18 Uhr Mo-Fr	5,3%	4,7%	5,7%	5,2%

Die Reichweite, die für die Zuweisung der Erlöse von Seiten radio NRW zugrunde gelegt wurde, war der sehr niedrige Wert aus der Erhebung 2019 I. Die Reichweite entwickelt sich seitdem wieder kontinuierlich positiv, wenn auch mit langsamem Tempo. Die vom Chefredakteur eingeleiteten personellen Veränderungen sowie die deutlichere Fokussierung auf Off-Air-Veranstaltungen (Präsenz vor Ort) werden hierdurch bestätigt.

Der Betriebsaufwand in Höhe von 1.461 T€ lag über Vorjahresniveau und unterhalb der Etatsätze. Bedingt war der Kostenanstieg gegenüber dem Vorjahr durch die in 2018 vorübergehend reduzierten Personalkosten durch einen nicht voll besetzten Stellenplan. Hier kam es in 2019 zu etatkonformen Nachbesetzungen.

<b>Betriebsaufwand</b>	<b>2019</b>		<b>2018</b>		<b>Veränderung</b>	
	<b>T€</b>	<b>%</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Materialaufwand	51	3,5	58	4,2	-7	-12,1
Personalaufwand	140	9,6	143	10,3	-3	-2,1
Abschreibungen	31	2,1	31	2,2	0	0,0
Kostenerstattung Veranstaltergemeinschaft	812	55,6	762	54,7	50	6,6
Übriger sonstiger betrieblicher Aufwand	427	29,2	399	28,6	28	7,0
<b>Summe Betriebsaufwand</b>	<b>1.461</b>	<b>100,0</b>	<b>1.393</b>	<b>100,0</b>	<b>68</b>	<b>4,9</b>

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres lag in Bezug auf den (operativen) Umsatz als finanziellen Leistungsindikator im Rahmen der Prognosen der Geschäftsführung, wobei auf Basis des rückläufigen Vorjahrestrends geplant wurde. Das Jahresergebnis als weiterer finanzieller Leistungsindikator lag insgesamt dann über dem geplanten Niveau, ist jedoch aus Sicht der Geschäftsführung nicht zufriedenstellend. Mit Blick auf die Reichweite, dem nichtfinanziellen Leistungsindikator, lag der Wert unter dem erwarteten Niveau für 2019 und ist eine Hauptursache für die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr. Bei der Reichweite zeigt sich jedoch gegen Ende des Berichtsjahres und zu Beginn des Jahres 2020 ein klarer positiver Trend. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können weiterhin als solide bezeichnet werden.

### 3 Prognosebericht und Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Hörerreichweiten sowohl im Lokalfunk als auch beim öffentlich-rechtlichen Wettbewerber werden weiterhin durch die starken Veränderungen im Mediennutzungsverhalten geprägt sein. Es wird sehr schwierig, den sich zuletzt in der gesamten Gattung zeigenden negativen Reichweitentrend aufzuhalten.

Im lokalen Markt ist davon auszugehen, dass das Umsatzniveau des Vorjahres in 2020 gehalten werden kann. Die Umsätze aus der Funk-Kombi West werden in 2020 voraussichtlich deutlich unter Vorjahr liegen. Maßgeblich sind hier bereits angekündigte Abgänge einiger Großkunden. Radio NRW prognostiziert Vertriebsprovisionen in 2020 in einer Höhe von 19,5 Mio. €. Dieser Wert liegt unter dem voraussichtlichen Niveau des Jahres 2019 (23,4 Mio. €). Radio NRW geht in dieser Prognose davon aus, dass in der Ausweitung der landesweiten Werbezeiten von 4:00 Minuten auf 5:30 Minuten ein Konsens mit den Betriebsgesellschaften und den Veranstaltergemeinschaften der 44 verbundenen Sender gefunden werden kann. Es wird darüber hinaus eine Weiterführung der telefonischen Mehrwertgewinnspiele (TMWD) mit einer Dauer von acht Wochen unterstellt. Konsensfähig ist derzeit ein Zeitraum von lediglich sieben Wochen. Hausinterner Planungsansatz für die Zuflüsse von Seiten radio NRW war 19 Mio. €. Bei sinkenden Vertriebsprovisionen insgesamt muss somit auch bei einer sich langsam verbessernden Reichweitenentwicklung von NE-WS 89.4 mit stagnierenden Zuflüssen von Seiten radio NRW gerechnet werden. Die Gesamtkosten der Gesellschaft werden relativ konstant bleiben, so dass in der Gesamtbetrachtung das Jahresergebnis in 2020 umsatzbedingt im deutlich negativen Bereich liegen wird.

Für das Jahr 2020 ist eine größere Erneuerung der Sendetechnik sowie der Umzug des Senders geplant. Das hiermit verbundene Investitionsvolumen beläuft sich auf circa 215 T€ und wird aus Eigenmitteln finanziert.

In Folge der fehlenden Langfristigkeit bei der Werbeplanung des Kunden sind auch die Einbuchungen der Spots überwiegend kurzfristig. Zudem wirkt sich ein Ausfall von wenigen Großkundenaufträgen insbesondere im lokalen Bereich und bei der Funk-Kombi West erheblich auf den Gesamtumsatz aus. Die Planung der Umsatzerlöse ist somit von großer Unsicherheit geprägt. Annähernd die Hälfte des Umsatzes wird von den regionalen und landesweiten Vermarktungsgesellschaften (Funk-Kombi West / radio NRW) generiert und ist somit von NE-WS 89.4 nur in geringem Maße direkt beeinflussbar. So kann beispielsweise eine durch Reichweitenverluste auf radio NRW-Ebene verursachte Gesamtumsatzeinbuße nur bedingt durch eine Reichweitensteigerung des lokalen Senders ausgeglichen werden. Hier zeigt sich, dass der Sender auf ein funktionsfähiges flächendeckendes Lokalfunksystem angewiesen ist, um wirtschaftlich erfolgreich bestehen zu können. Das Risiko ist in der Gewichtung unverändert auf dem Niveau der Vorjahre und wird als systemimmanent eingestuft.

Auch im Geschäftsjahr waren die Erlöse aus den landesweiten Telefonmehrwertgewinnspielen (TMWD) ein wichtiger Anteil an der Gesamtausschüttung von radio NRW. Weiterhin wird kritisch diskutiert, ob die Ausstrahlung der Gewinnspiele sowie die wiederholte Animierung der Hörer,

mittels kostenpflichtiger Anrufe an den Gewinnspielen teilzunehmen, sich mit der Zeit eher programm- und damit reichweitenschädlich auswirkt oder ob sie Hörer an das Programm bindet. Die programmverantwortlichen Veranstaltergemeinschaften haben einem TMWD im Jahr 2020 nach schwierigen Verhandlungen gegen Jahresende 2019 zugestimmt. Die Zustimmung erfolgte über einen Spielzeitraum von sieben Wochen. Radio NRW hat diesen Umsatz für das Jahr 2019 jedoch mit einem Spielzeitraum von acht Wochen etatisiert. Die Entwicklung in diesem Umsatzsegment birgt ein Risiko.

Aufgrund der aktuellen gesetzgeberischen Vorschriften im Landesmediengesetz ist das „Zwei-Säulen-Modell“ aus Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften weitgehend unflexibel und kaum in der Lage, auf Marktveränderungen adäquat und zeitnah zu reagieren. Im Koalitionsvertrag der Landesregierung wurde eine Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ aufgesetzt, mit dem klaren Ziel der wirtschaftlichen Tragfähigkeit, der Zukunftsfähigkeit und der programmlichen Vielfalt der Radiolandschaft im digitalen Zeitalter. In bilateralen Gesprächen zwischen Politik, Verbänden sowie weiteren Verantwortlichen wurde diese Strategie 2019 konkretisiert und der Öffentlichkeit vorgestellt: Die Staatskanzlei betont in ihrer Gesamtstrategie Radio die Bedeutung des Lokalfunks für eine vielfältige Audiolandschaft in NRW und erkennt angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Medienlandschaft die Verantwortung auf Seiten des Gesetzgebers, dem Lokalfunk in Zukunft regulatorisch programmliche Entwicklungsfreiräume zu schaffen. Dies ist eine entscheidende Weichenstellung zum Erhalt des flächendeckenden Lokalfunks in Nordrhein-Westfalen. Die erhoffte große, tiefgreifende Reform blieb allerdings aus. So hat die Staatskanzlei mit dem klaren Bekenntnis zum Erhalt des Zwei-Säulen-Modells sowie der zumindest teilweisen Rücknahme der im WDR-Gesetz vor einigen Jahren angelegten Reduzierung der Werbezeiten in den Radioprogrammen des WDR klar herausgestellt, dass sie an den Grundpfeilern des Systems nicht rütteln möchte. Dies hat auch die Stellungnahme zur großen Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag unterstrichen: Wesentliche Reformimpulse konnten mit der sich aus dieser großen Anfrage angestoßenen politischen Debatte nicht gesetzt werden. Die Haltung der Landespolitik zum Lokalfunk birgt sowohl eine Chance auf Stabilisierung des Geschäftsmodells durch öffentliche Unterstützung und Förderung als auch ein Risiko aus der Manifestierung der strukturellen Probleme, die sich aus dem Zwei-Säulen-Modell und dem ungleichen Wettbewerber WDR ergeben.

Die Ende Januar 2016 von der Landesregierung beschlossene Reduzierung der Werbung in den Hörfunkprogrammen des WDR wurde in 2017 in einer ersten Stufe mit statt bisher 90 Minuten in drei Hörfunkprogrammen mit nur noch zwei Programmen und 75 Minuten umgesetzt und in 2018 fortgesetzt. Mit dem Wechsel der Landesregierung in 2017 wurde die zweite Stufe des Beschlusses (nur noch ein Programm mit 60 Minuten Werbung) jedoch erst einmal ausgesetzt. Im Berichtsjahr wurde nun mit der Präsentation der Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ von der Landesregierung angekündigt, diese zweite Stufe wieder aus dem Gesetz zu streichen. Dies ist für den NRW-Lokalfunk ein empfindlicher Rückschlag. Die geringere Werbezeit des WDR sollte dazu führen, dass er seine Preise entsprechend seiner Marktposition besser entwickelt als bisher und sich das Programm weniger am Werbemarkt und mehr am Programmauftrag orientiert. Beides,

die Auswirkungen auf den Werbemarkt und die möglichen Auswirkungen auf das Programm, hätten den Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen gestärkt und damit die Medienvielfalt im Land.

Die Landesanstalt für Medien wird voraussichtlich die 11 bereits bekannten UKW-Frequenzen neu ausschreiben, die nach einem Rechtsstreit nun nicht an einen Wettbewerber zugeteilt worden sind. Hinzu kommen 30 weitere inzwischen zur Verfügung stehende Frequenzen, die gemeinsam in einem Paket mit insgesamt dann 41 Frequenzen vergeben werden. In der im Berichtsjahr von der Staatskanzlei veröffentlichten Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ wurde die Änderung der Vergabekriterien für diese landesweite UKW-Kette im Rahmen der Novellierung des Landesmediengesetzes angekündigt. Bei der Vergabe soll in Zukunft neben weiteren journalistischen Anforderungen auch der Beitrag des neuen Veranstalters zur Sicherung des bestehenden lokalen Hörfunks in Nordrhein-Westfalen von Bedeutung sein. Dies stärkt die Ausgangsposition des Lokalfunks als Wettbewerber um die neuen Frequenzen grundsätzlich. Die Vergabeentscheidung fällt jedoch in der Medienkommission unter Berücksichtigung aller Kriterien, so dass die Erfolgsaussichten für den NRW-Lokalfunk derzeit nicht seriös zu bewerten sind. Sollte der NRW-Lokalfunk nicht den Zuschlag bekommen, ist das Risiko sehr hoch, dass auf diesem Wege ein neuer starker Wettbewerber in den Markt eintreten wird. Sofern der neue Programmanbieter den Sendebetrieb aufnehmen sollte, sind negative Auswirkungen sowohl im Hörer- als auch im Werbemarkt zu erwarten. Risiken aus dieser potenziellen neuen Konkurrenzsituation werden als mittel bis hoch eingestuft.

Die durch die Genfer Funkwellenkonferenz angestoßene Neuordnung der Rundfunkfrequenzen im Jahr 2006 sollte den Übergang von der analogen zur digitalen terrestrischen Rundfunkverbreitung mittels des Übertragungsstandards DAB+ einleiten. Offensichtlich fehlt es DAB+ jedoch bis heute an überzeugenden Mehrwerten für den Verbraucher im Vergleich zum UKW-Radio. Eine nennenswerte Marktdurchdringung konnte bislang nicht erreicht werden und rückt inzwischen aufgrund weiterer digitaler Alternativen (Webradio etc.) weiter in den Hintergrund. Trotz dieser Entwicklung hat die Landesanstalt für Medien in 2018 ein Interessenbekundungsverfahren auf den Weg gebracht, um unter Fristsetzung den Bedarf an DAB+-Angeboten bei den Hörfunkbetreibern und sonstigen Marktinteressierten zu eruieren. Sowohl der Verband der Veranstaltergemeinschaften als auch der Verband der Betriebsgesellschaften im Lokalfunk haben sich nach intensiver Abwägung der Argumente gegen die Anmeldung eines Bedarfs ausgesprochen. Dieser Empfehlung ist auch der Großteil der angeschlossenen Lokalsender gefolgt. In einem Schreiben an den Direktor der Landesanstalt für Medien haben die jeweiligen Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften einen aktuellen Bedarf an einer DAB+-Verbreitung verneint, jedoch das Interesse an einer Beteiligung am weiteren Verlauf der Thematik bekundet. Im Berichtsjahr wurde das Vergabeverfahren seitens der LfM noch nicht durchgeführt, es ist jedoch zu erwarten, dass eine digital-terrestrische Verbreitung von Radioprogrammen im Verbreitungsgebiet von NE-WS 89.4 über DAB+ aufgrund dieser Aktivitäten der LfM sehr wahrscheinlich wird. Daraus ergibt sich für die Zukunft durch den Hinzutritt weiterer Wettbewerber in den Markt ein hohes Risiko.

Die engere Verzahnung von Radio und digitaler Präsenz (Online-Audio) wird sowohl auf Sender-ebene als auch landesweit weiter vorangetrieben. In 2019 wurde das gemeinsame Content-Management-System flächendeckend erfolgreich eingeführt und wird bereits jetzt und zukünftig zu einer besseren Wahrnehmung des Senders im Netz als auch zu einer deutlich vereinfachten Bearbeitung und Bestückung der Homepage im Sender führen. Ein weiteres strategisch wichtiges Arbeitsfeld ist die Entwicklung der Vermarktungsmöglichkeiten der Web-Channels und der Simulcast-Streams über die Sender-Homepages. Die Aufteilung der Zuständigkeiten für die technische Abwicklung und die Erlösverteilung zwischen radio NRW und den einzelnen Sendern vor Ort sollte in 2020 weiter präzisiert werden. Auf PFD-Senderebene wurden die digitalen Prozesse erstmals im Planungsprozess 2020 sowohl umsatz- als auch erlösseitig separat abgebildet.

Die bereits etablierten digitalen Medienformate wie Webradio und Streamingdienste sowie soziale Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter machen es weiterhin notwendig, das Profil des klassischen Radios in diesem Marktumfeld weiter zu schärfen und zu optimieren. Es zeichnet sich ab, dass die zusätzliche Verbreitungsmöglichkeit von Inhalten, Musik und Werbung über das Internet eine sinnvolle Ergänzung zum terrestrischen Weg darstellt und weniger eine Alternative. So kann das klassische Lokalradio gesellschaftliche Entwicklungstrends wie den Wunsch nach Gemeinschaft und sozialer Verbundenheit (Stichwort: Embedding Individuality) oder nach passivem Konsum von Inhalten (Stichwort: Lean-Back-Nutzungstendenzen) besonders gut bedienen: Hier liegen Entwicklungschancen für den Lokalfunk. UKW bleibt als lineares Angebot für die Wertschöpfung der Betriebsgesellschaft, als attraktives Medium für den Werbekunden und als kuratives Angebot für die Hörer unverzichtbar. Dennoch ist durch das sich verändernde Mediennutzungsverhalten zu Gunsten des Internets mittelfristig nicht von einer steigenden Relevanz des Mediums Radio auszugehen und der analoge Verbreitungsweg UKW wird weiterhin an Bedeutung verlieren. Dies zeigt auch eine in 2018 erschienene Studie der Unternehmensberatung Goldmedia (Basis 2017) im Auftrag der Landesanstalt für Medien: In verschiedenen Zukunftsszenarien für die Jahre 2022 und 2028 kommen die Analysten zu dem Schluss, dass die Bedeutung von UKW für die Hörfunknutzung von derzeit 88% (DAB+: 4%, Onlineradio: 8%) je nach Szenario in 2022 auf um/unter 60% und in 2028 auf um/unter 40% fallen wird, jedoch entsprechend von Onlineradio kompensiert wird (2028: um die 50%). Die Studie zeigt, dass die vom Lokalfunk eingeleitete Transformation der klassischen UKW-Verbreitung des Radioprogramms hin zu Online-Audio sowie die aktive Beobachtung und Gestaltung eines entstehenden digital-terrestrischen Marktes (DAB+) die richtige Strategie ist, um auch in Zukunft wirtschaftlich stabil und erfolgreich im Medienmarkt agieren zu können.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

Geschäftsführer ist die Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer, Herrn Uwe Peltzer.

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

In diesem Unternehmen ist kein Aufsichtsgremium vorhanden.

### Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

In der Unternehmenssatzung für den Sender, in diesem Fall der Gesellschaftsvertrag der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG, gibt es keinen Hinweis auf einen Gleichstellungsplan nach LGG. Dies hat den Hintergrund, dass der Vertrag im Jahr 1989 abgeschlossen wurde und das Gesetz zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierte und daher kein Gleichstellungsplan vereinbart werden musste. Gleichwohl trägt die Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG dafür Sorge, dass die Ziele des LGG beachtet werden.

### 3.4.1.13 GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG

#### Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Gesellschaft. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GmbH besitzt in Meerbusch 727 Wohneinheiten. Mit der Beteiligung sollen die Interessen der Stadt an einer günstigen Wohnraumversorgung unterstrichen werden.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Viersen mbH (WfG)	41,34%
Sparkasse Krefeld	38,92%
Stadt Willich	5,52%
Schwalmtalwerke Anstalt des öffentlichen Rechts	2,98%
Stadt Meerbusch	2,88%
Stadt Viersen	2,47%
Gemeinde Niederkrüchten	1,94%
Gemeinde Brüggen	1,43%
Stadt Krefeld	1,09%
Stadt Tönisvorst	0,45%
Stadt Kempen	0,32%
Stadt Nettetal	0,32%

Gemeinde Grefrath	0,32%
1 Privatperson	0,02%

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG besitzt in dem Gebiet der Stadt Meerbusch 727 Wohneinheiten.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage			
Aktiva			
	2019	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5,8	11,1	-5,3
II. Sachanlagen	195.600,7	179.560,9	+16.039,8
III. Finanzanlagen	582,1	675,9	-93,8
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	8.789,5	8.568,7	+220,8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	565,7	538,0	+27,7
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.609,7	860,3	+749,4
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	14,9	10,5	+4,4
<b>D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	28,7	0,0	+28,7
<b>Bilanzsumme</b>	207.197,0	190.225,3	+16.971,7

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Be- richts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. gezeichnetes Kapital	16.254,0	16.254,0	0,0
II. Gewinnrücklagen	27.827,0	25.827,0	+2.000,0
III. Gewinnvortrag	371,4	92,9	0,0
IV. Jahresüberschuss	3.229,0	2.681,0	+548,0
<b>B. Rückstellungen</b>	1.168,6	1.775,4	-606,8
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	155.195,3	141.845,4	+13.349,9
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	3.151,8	1.749,6	+1.402,2
<b>Bilanzsumme</b>	207.197,0	190.225,3	+16.039,8

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	28.982,7	27.994,2	+988,5
2. Erhöhung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen oder unfertigen Bauten sowie fertigen Leistungen	220,8	20,1	+200,7
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.188,1	911,8	+276,3
4. sonstige betriebliche Erträge	1.666,4	1.774,9	-108,5
5. Materialaufwand	14.127,5	13.131,6	+995,9
6. Personalaufwand	3.984,1	3.829,3	+154,8
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.305,0	5.084,3	+220,7
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.669,6	1.863,3	-193,7
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	49,8	57,3	-7,5
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	21,2	4,4	+16,8
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,8	1,3	-0,5
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.013,9	3.226,5	-212,6
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	182,0	-182,0
14. Ergebnis nach Steuern	4.029,6	3.447,1	+582,5
15. Sonstige Steuern	800,6	766,1	+34,5
16. Jahresüberschuss	3.229,0	2.681,0	+548,0
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	371,4	92,9	+278,5
18. Bilanzgewinn	3.600,4	2.773,8	+826,6

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	22,8	23,4	-0,6
Eigenkapitalrentabilität	6,8	6,4	+0,4
Anlagendeckungsgrad 2	84,6	84,4	+0,2
Verschuldungsgrad	334,5	324,1	+10,4
Umsatzrentabilität	11,1	9,6	+1,5

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren 44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit und 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit (2018: Vollzeit: 44, Teilzeit: 10) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### 1. Gegenstand und Zwecksetzung des Unternehmens

#### 1.1 Gegenstand des Unternehmens

Das im Jahre 1901 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Viersen. Wesentliche Anteilseigner sind der Kreis Viersen (über seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft) sowie die Sparkasse Krefeld.

Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens ist die Errichtung und Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die so genannte Fremdverwaltung (Verwaltung des Wohnungsbesitzes Dritter).

Der regionale Tätigkeitsschwerpunkt liegt am Niederrhein in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen sowie in den Städten Krefeld, Meerbusch und Geldern.

#### 1.2 Berichtserstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist dieser Verpflichtung, auch unter Berücksichtigung einer angemessenen Preisbildung bei der Wohnraumvermietung, stets nachgekommen.

## 2. Geschäftsverlauf

### 2.1 Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2019 war durch folgende wesentliche Rahmenbedingungen gekennzeichnet (die nachfolgenden Daten stammen aus einer entsprechenden Veröffentlichung des GdW Bundesverband):

Die deutsche Wirtschaft ist 2019 im zehnten Jahr in Folge gewachsen und verzeichnete damit die längste Wachstumsperiode im vereinten Deutschland. Allerdings hat das Wachstum 2019 deutlich an Schwung verloren. Zur Jahresmitte ist die deutsche Wirtschaft nur knapp an einer rechnerischen Rezession vorbei geschrammt. Im Mittel des Jahres lag das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,6 % höher als im Vorjahr (2017 = 2,5 %, 2018 = 1,5 %).

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, die im Jahr 2019 rund 10,6 % der gesamten Bruttowertschöpfung erzeugte, konnte ihre Bruttowertschöpfung deutlich um 1,4 % erhöhen. 2018 war sie lediglich um 1,1 % gewachsen.

Die Bauinvestitionen insgesamt stiegen im Jahr 2019 um 3,8 % und übertrafen damit deutlich die Wachstumsrate des Vorjahres (2,5 %). Der Wohnungsbau entwickelte sich wie in den Vorjahren überdurchschnittlich und stieg um 4,0 %, während die Nichtwohnbauten um 3,5 % zulegten.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2019 erstmals von mehr als 45 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach vorläufigen Berechnungen waren es 45,3 Millionen und damit rund 400.000 Personen mehr als 2018. Dieser Anstieg von 0,9 % beruht vor allem auf einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 1,6 %. Wie schon in den Vorjahren überwogen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte.

Der unverändert wirkende langfristige Trend einer alternden Bevölkerung reduziert das Erwerbspersonenpotenzial nach Berechnungen des Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg -- isoliert betrachtet - im Jahr 2019 um 330.000 und im Jahr 2020 um 340.000 Arbeitskräfte. Damit das Erwerbspersonenpotenzial auch in Zukunft nicht schrumpft, müsste die Nettozuwanderung nach Modellrechnungen des IAB bis 2050 in einer Spanne von 346.000 Personen (bei extrem steigenden Erwerbsquoten) bis 533.000 Personen (bei realistisch steigenden Erwerbsquoten) liegen.

## 2.2 Bestandsentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2019 verwaltete das Unternehmen 4.642 eigene Wohneinheiten (Vorjahr 4.583). Im eigenen Wohnungsbestand sind 1.110 Wohneinheiten (Vorjahr 1.108) öffentlich gefördert. Dazu befinden sich im weiteren Eigentum des Unternehmens 25 Gewerbeeinheiten sowie 1.941 Garagen/Stellplätze.

In der regionalen Aufgliederung verteilt sich der Bestand unserer eigenen Wohnungen wie folgt:

	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung
Brüggen	181 WE	180 WE	+ 1
Geldern	46 WE	46 WE	
Grefrath	219 WE	201 WE	+ 18
Kempen	489 WE	479 WE	+ 10
Krefeld	111 WE	115 WE	- 4
Meerbusch	727 WE	721 WE	+ 6
Nettetal	823 WE	823 WE	
Niederkrüchten	42 WE	42 WE	
Schwalmtal	312 WE	312 WE	
Tönisvorst	167 WE	150 WE	+ 17
Viersen	802 WE	802 WE	
Willich	<u>723 WE</u>	<u>712 WE</u>	<u>+ 11</u>
	<u>4.642 WE</u>	<u>4.583 WE</u>	<u>+ 59</u>

Im Geschäftsjahr 2019 wurde das unbebaute Grundstück Gerhart-Hauptmann-Straße (1.312 T€) in Meerbusch-Strümp gekauft. Darüber hinaus wurde das bebaute Grundstück Rheinstraße (650 T€) in Viersen Süchteln gekauft. Das technisch abgenutzte Bestandsgebäude ist zum Abriss vorgesehen. Zur Bestandsarrondierung wurden das 3-Parteienhaus Rue de Sées 11 (230 T€) in Tönisvorst-St. Tönis und das 1-Parteienhaus Stiegstraße 24 (285 T€) in Brüggen-Bracht gekauft. In Krefeld-Oppum wurden 3 Wohnungen (WEG) im Objekt Hauptstraße 6 (215 T€) gekauft.

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich der Althausverkäufe insgesamt 3 Häuser mit 10 Wohnungen sowie 2 Garagen veräußert. Darüber hinaus wurden 2 unbebaute Grundstücke und 1 Teilfläche aus dem Anlagevermögen veräußert sowie 3 Grundstücke und 2 Teilflächen aus dem Umlaufvermögen.

Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte der geplante Abriss der Althäuser Hülsdonkstraße 76 - 82 in Willich.

Im Bereich der Fremdverwaltung wurden insgesamt 179 Wohneinheiten, 118 Gewerbeeinheiten, 692 Garagen/Stellplätze und 17 Wohnungseigentümergeinschaften betreut.

## 2.3 Neubautätigkeit

Im Bereich der „Grundstücke mit Wohnbauten“ wurden Zugänge von 3.6 Mio. € für Neubauten bilanziert. Unter Berücksichtigung von Umbuchungen aus dem Posten „Anlagen im Bau“ in den Posten „Grundstücke mit Wohnbauten“ i.H.v. von 9,8 Mio. € betrafen diese Zugänge bei den in-2019 fertiggestellten Objekten die Maßnahmen Bahnstraße (3,5 Mio. €) in Grefrath, Heyerdrink 1. BA (2,3 Mio.€) in Kempen, Insterburger Straße 1. BA (2,6 Mio. €) in Meerbusch-Osterath, Rubensweg (2,3 Mio. €) in Willich-Schiefbahn sowie Leipziger Straße (2,6 Mio. €) in Tönisvorst-St. Tönis.

Der Posten „Anlagen im Bau“ verzeichnete Zugänge i.H.v. 11,9 Mio. €. Wesentliche Zugänge in diesem Bereich umfassten die Projekte Heyerdrink 2. BA (4,2 Mio. €) in Kempen. Moerser Straße (3,8 Mio. €) in Meerbusch-Büderich und Insterburger Straße 2.BA (2,3 Mio. €) in Meerbusch-Osterath.

## 2.4 Modernisierung / Instandhaltung

Neben den geplanten aufwandswirksamen Großinstandhaltungen wurden im Geschäftsjahr 2,2 Mio. € (Vorjahr 653 T€) für Modernisierung in die Bauten des Anlagevermögens investiert.

Als wesentliche Maßnahmen sind hier die Komplettsanierungen der Häuser Niederstraße 37 und 39 in Willich—Schiefbahn sowie die energetische Sanierung der Häuser Kamperlingsweg 19 bis 29 in Kempen zu nennen. Darüber hinaus wurden an den Häusern Mertensweg 20 und 22 in Willich-Anrath erstmalig Aufzüge angebaut. Des Weiteren wurde mit der Komplettsanierung der Häuser Bahnstr. 64, 64a in Grefrath, Eichendorffstraße 44-48 in Meerbusch-Lank, Lindenstraße 19. 21, 23 in Meerbusch-Osterrath und An Pantaleon 32, 33, 34 in Viersen Süchteln begonnen. Diese vier Maßnahmen werden mit öffentlichen Mitteln (RL. Mod.) des Landes NRW gefördert.

Im Bereich der Großinstandhaltung wurden-unter anderem Dach-, Aufzugs-, Elektro- und Balkon-sanierungen durchgeführt sowie Zuwegungen und Hauseingänge hergerichtet.

## 2.5 Vermietung

Die Gesamtleerstandsquote des Wohnungsbestandes beträgt 3,0 % (139 WE) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (2,5 %, 113 WE) leicht gestiegen. Dies begründet sich durch die Zunahme von geplanten Leerständen wegen Sanierung oder Abriss. Der marktbedingte Leerstand liegt bei 1,4 % (63 WE) und damit 0,1%-Punkte höher als im Vorjahr.

Die Fluktuationsquote liegt bei 8,1 % (Vorjahr 9,2%) des Wohnungsbestandes. Die wesentlichen Ursachen für die Fluktuation waren: Tod des Mieters, Wohnungsgröße/-schnitt, Wohnortwechsel und Umzug ins Alten-/Pflegeheim.

Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete des Unternehmens betrug zum Stichtag 31.12.2019 5,39 € pro qm (Vorjahr 5,27 € pro qm). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf Anpassungen der Bestandsmieten an die ortsübliche Vergleichsmiete sowie Anpassungen von Wiedervermietungsmieten.

### 3. Darstellung der Lage

#### 3.1 Vermögenslage

	31.12.2019			Vorjahr			Veränderung
	gesamt		davon kurzfristig	gesamt		davon kurzfristig	T€
	T€	%	T€	T€	%	T€	
<b>Vermögen</b>							
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	0,0	0	11	0,0	0	-5
Immobilienvermögen	194.953	94,1	0	178.957	94,1	0	15.996
Übrige Sachanlagen	648	0,3	0	604	0,3	0	44
Finanzanlagen	582	0,3	0	676	0,4	0	-94
<b>Anlagevermögen</b>	<b>196.189</b>	<b>94,7</b>	<b>0</b>	<b>180.248</b>	<b>94,8</b>	<b>0</b>	<b>15.941</b>
Verkaufsgrundstücke	886	0,4	0	954	0,5	0	-68
Übrige Vorräte	7.903	3,8	7.903	7.615	4,0	7.615	288
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	565	0,3	565	538	0,3	538	27
Flüssige Mittel	1.610	0,8	1.610	860	0,5	860	750
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0,0	0	10	0,0	0	5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	29	0,0	0	0	0,0	0	29
<b>Umlaufvermögen/RAP</b>	<b>11.008</b>	<b>5,3</b>	<b>10.078</b>	<b>9.977</b>	<b>5,2</b>	<b>9.013</b>	<b>1.031</b>
	<b>207.197</b>	<b>100,0</b>	<b>10.078</b>	<b>190.225</b>	<b>100,0</b>	<b>9.013</b>	<b>16.972</b>

	31.12.2019			Vorjahr			Veränderung
	gesamt		davon kurzfristig	gesamt		davon kurzfristig	
	T€	%	T€	T€	%	T€	
<b>Kapital</b>							
Gezeichnetes Kapital	16.254	7,8	0	16.254	8,5	0	0
Gewinnrücklagen	27.827	13,4	0	25.827	13,6	0	2.000
Bilanzgewinn	3.800	1,7	402	2.774	1,5	402	826
<b>Eigenkapital</b>	<b>47.681</b>	<b>23,0</b>	<b>402</b>	<b>44.855</b>	<b>23,6</b>	<b>402</b>	<b>2.826</b>
Rückstellungen	1.169	0,6	1.169	1.775	0,9	1.775	-606
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern	142.222	68,6	0	129.480	68,1	0	12.742
Erhaltene Anzahlungen	9.284	4,5	9.284	9.145	4,8	9.145	139
Übrige Verbindlichkeiten	3.689	1,8	3.689	3.221	1,7	3.221	468
Rechnungsabgrenzungsposten	3.152	1,5	0	1.749	0,9	0	1.403
<b>Fremdkapital/RAP</b>	<b>159.516</b>	<b>77,0</b>	<b>14.142</b>	<b>145.370</b>	<b>76,4</b>	<b>14.141</b>	<b>14.146</b>
	<b>207.197</b>	<b>100,0</b>	<b>14.544</b>	<b>190.225</b>	<b>100,0</b>	<b>14.543</b>	<b>16.972</b>

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 17,0 Mio. € auf 207,2 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite ist dieser Anstieg im Wesentlichen durch das Immobilienvermögen verursacht. Aufgrund der umfangreichen Neubautätigkeit sowie der Modernisierungsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2019 hat sich der Posten „Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten“ um insgesamt 11,9 Mio. € erhöht. Der Anstieg bei den Anlagen im Bau belief sich auf 3,0 Mio. €. Bei dem Immobilienvermögen stehen den Investitionen von insgesamt 21,3 Mio. € Abgänge von 116 T€ sowie planmäßige Abschreibungen von 5,2 Mio. € gegenüber.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital aufgrund des erzielten Jahresüberschusses von 3,2 Mio. €, dem eine Ausschüttung von 0,4 Mio. € gegenüberstand, um 2,8 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 23,0 % im Vergleich zum Vorjahr mit 23,6 %.

Aufgrund der umfangreichen Bautätigkeit sind die Finanzverbindlichkeiten im Saldo um 12,7 Mio. € auf 142,2 Mio. € gestiegen. Diese Veränderung ist maßgeblich mit der Neuvaluierung von 18,7 Mio. € im Rahmen der Bautätigkeit und den planmäßigen Tilgungen von 4,1 Mio. €, Rückzahlungen von 0,3 Mio. € sowie Tilgungsnachlässen aus öffentlichen Mitteln i.H.v. 1,5 Mio. € verbunden.

Der Rechnungsabgrenzungsposten ist um 1,4 Mio. € auf 3,2 Mio. € gestiegen und enthält die Tilgungsnachlässe für öffentliche Förderdarlehen, die anhand der Förderdauer sukzessive ertragswirksam aufgelöst werden.

### 3.2 Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens stellt sich als Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

	2019 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Jahresergebnis	3.229	2.681	548
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	5.305	5.084	221
Aktivierete Eigenleistungen	-1.188	-912	-276
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	-131	-236	105
<b>Cashflow</b>	<b>7.215</b>	<b>6.617</b>	<b>598</b>
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-822	-826	4
Ab-/Zunahme der Verkaufsgrundstücke	68	-19	87
Zunahme sonstiger Aktiva	-350	-119	-231
Ab-/Zunahme kurzfristiger Rückstellungen	-606	500	-1.106
Zunahme sonstiger Passiva	607	923	-316
<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>6.112</b>	<b>7.076</b>	<b>-964</b>
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-20.267	-14.126	-6.141
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	937	1.147	-210
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	94	22	72
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-19.236</b>	<b>-12.957</b>	<b>-6.279</b>
Valutierung von Darlehen	18.662	11.660	7.002
Planmäßige Tilgung von Darlehen	-4.114	-4.010	-104
Rückzahlung von Darlehen	-272	-567	295
Auszahlungen an Aktionäre	-402	-402	0
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>13.874</b>	<b>6.681</b>	<b>7.193</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>750</b>	<b>800</b>	<b>-50</b>
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	860	60	800
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>1.610</b>	<b>860</b>	<b>750</b>

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (6.112 T€) führt zusammen mit dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (13.874 T€) und einem negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit (19.236 T€) zu einer Zunahme der Finanzmittel um 750 T€.

Die Bilanz zum 31.12.2019 enthält mit 197.119 T€ mittel- und langfristig gebundenes Vermögen. dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anlagevermögen. Das kurzfristig gebundene Vermögen in Höhe von 10.078 T€ enthält im Wesentlichen abzurechnende Betriebskosten sowie liquide Mittel.

Dieses Vermögen wird durch T€ 192.653 langfristige sowie T€ 14.544 kurzfristige Mittel finanziert.

Die Liquidität war über das ganze Jahr 2019 gegeben. Die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2020 jederzeit gegeben.

### 3.3 Ertragslage

Die Ertragslage wurde nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet und stellt sich wie folgt dar:

Ertragslage	2019		Vorjahr		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	28.983	91,0	27.994	92,1	989
Bestandsveränderungen	221	0,7	20	0,1	201
Aktivierete Eigenleistungen	1.188	3,7	912	3,0	276
<b>Gesamtleistungen</b>	<b>30.392</b>	<b>95,4</b>	<b>28.926</b>	<b>95,2</b>	<b>1.466</b>
Sonstige Betriebserträge	1.479	4,6	1.461	4,8	18
<b>Betriebsleistung</b>	<b>31.871</b>	<b>100,0</b>	<b>30.387</b>	<b>100,0</b>	<b>1.484</b>
<b>Aufwendungen für bezogene</b>					
Lieferungen und Leistungen	14.127	44,3	13.132	43,2	995
Personalaufwand	3.984	12,5	3.829	12,6	155
Abschreibungen (planmäßig)	5.301	16,6	4.951	16,3	350
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.591	5,0	1.742	5,8	-151
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.014	9,5	3.227	10,6	-213
Sonstige gewinnunabhängige Steuern	801	2,5	766	2,5	35
<b>Aufwendungen für die Betriebsleistung</b>	<b>28.818</b>	<b>90,4</b>	<b>27.647</b>	<b>91,0</b>	<b>1.171</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>3.053</b>	<b>9,6</b>	<b>2.740</b>	<b>9,0</b>	<b>313</b>
<b>Beteiligungs- und Finanzergebnis</b>	<b>72</b>		<b>63</b>		<b>9</b>
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b>104</b>		<b>60</b>		<b>44</b>
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern</b>	<b>3.229</b>		<b>2.863</b>		<b>366</b>
Ertragsteuern	0		182		-182
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>3.229</b>		<b>2.681</b>		<b>548</b>

Die Betriebsleistung ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.484 T€ auf 31.871 T€ gestiegen. im Bereich der Umsatzerlöse resultiert der Anstieg im Wesentlichen aus den um 724 T€ gestiegenen Erlösen aus der Hausbewirtschaftung bzw. aus dem Verkauf von unbebauten Grundstücken i.H.v. 348 T€. Der Anstieg bei den Erlösen aus der Hausbewirtschaftung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Sollmieten um 690 T€.

Die Eigenleistungen sind aufgrund der umfangreichen Bautätigkeit um 276 T€ gestiegen und entfallen mit 515 T€ auf Wohnbauten und mit 673 T€ auf Anlagen im Bau.

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind um 1.171 T€ auf 28.818 T€ gestiegen. im Bereich der Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen resultiert der Anstieg im Wesentlichen durch die um 725 T€ höheren Aufwendungen für Instandhaltung. Die planmäßige Abschreibung ist aufgrund der umfangreichen Investitionstätigkeit in das Immobilienvermögen um 350 T€ gestiegen. Die Zinsaufwendungen sind trotz hoher Neuvaluierungen um 213 T€ gesunken. Dies begründet sich im Wesentlichen in der Prolongation von Darlehen.

Das Betriebsergebnis hat sich durch die um 1.484 T€ verbesserte Betriebsleistung und gleichzeitig um 1.171 T€ gestiegenen Aufwendungen für die Betriebsleistung um 313 T€ auf 3.053 T€ verbessert.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis enthält im Wesentlichen die Erträge aus der Gewinnabführung von der GWG Dienstleistungs-GmbH.

Das neutrale Ergebnis umfasst hauptsächlich Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Ausbuchung von Verbindlichkeiten sowie Abrisskosten von Althäusern.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Überschuss von 3.229 T€. Mit dem Gewinnvortrag i.H.v. 371 T€ ergibt sich ein Bilanzgewinn von 3.600 T€. Es ist beabsichtigt, eine Dividende von 26,00 € je Stückaktie (402 T€) auszuschütten, einen Betrag von T€ 2.900 in die Rücklagen einzustellen und den Restbetrag von 298 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet.

### **3.4 Finanzielle Leistungsindikatoren**

Wesentliche Leistungsindikatoren des Unternehmens sind im Vergleich für die Jahre 2018 und 2019 in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kennzahlen	in	2019	2018
Bilanzsumme	T€	207.197	190.225
Sachanlagevermögen	T€	195.601	179.561
Sachanlagenintensität	%	94,4	94,4
Investitionen in Sachanlagen	T€	21.455	15.038
Planmäßige Abschreibungen	T€	5.301	4.943
Sachanlagenabnutzungsgrad	%	35,4	36,3
Eigenkapital	T€	47.681	44.855
Eigenkapitalquote	%	23,0	23,6
Langfristiges Fremdkapital	T€	142.222	129.480
Finanzierungsquote	%	68,6	68,1
Jahresüberschuss	T€	3.229	2.681
Umsatzerlöse	T€	28.983	27.994
durchschnittliche Sollmiete	€/qm/mtl.	5,39	5,27
Instandhaltungskosten	€/qm/mtl.	1,30	1,15
Fluktuationsquote	%	8,1	9,2
Marktbedingter Leerstand	%	1,4	1,3

### 3.5 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Unternehmen beschäftigte zum Ende des Berichtsjahrs mit 36 Frauen und 22 Männern insgesamt 58 (Vorjahr 54) Mitarbeiter-Ihnen, darin enthalten sind 5 Auszubildende. Im kaufmännischen Bereich ist die Mitarbeiterschaft im Wesentlichen durch Immobilienkaufleute und Betriebswirte geprägt. im technischen Bereich sind es Techniker und Architekten.

Die Vergütung erfolgt seit dem 01.10.2005 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) besonderer Teil Sparkassen (BT-S).

Als Altersvorsorge sind alle Mitarbeiter bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse versichert. Der Beitragssatz beträgt zurzeit 7,75% (4,25% Umlage und 3,5% Sanierungsgeld) bis zur Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es durch einen Rahmenvertrag mit der Sparkassen-Pensionskasse ermöglicht, eine zusätzliche Altersversorgung durch Gehaltsumwandlung aufzubauen.

Die Hausmeistertätigkeiten sowie die Tätigkeiten des sog. Regiebetriebs (Arbeiten im Bereich Grünpflege, Malerarbeiten, Fliesenarbeiten sowie Aufräum- und sonstige Arbeiten) werden durch die GWG Dienstleistungs-GmbH, einer 100 %-igen Tochtergesellschaft, durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist ein Handwerker im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages bei der GWG Dienstleistungs-GmbH tätig.

## **4. Risikobericht**

### **4.1 Risikomanagement**

Im Rahmen des Risikomanagements überwacht das Unternehmen derzeit 48 potenzielle Einzelrisiken. Die Bedeutung jedes Einzelrisikos wird in einer Matrix definiert, die zum einen die Schadenshöhe und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt. Jedes Einzelrisiko wird dann auf Grund dieser Evaluierung in eine der 25 Risikoklassen eingeordnet. In den 12 höchsten Risikoklassen sind keine Risiken vorhanden. Es gibt also weder stark gefährdende wirtschaftliche noch rechtliche Gefährdungspotenziale, die innerhalb eines Prognosezeitraums von 2 Jahren zu einer Gefährdung des Unternehmens führen.

Für die bestehenden geringfügigen Einzelrisiken ist durch entsprechende Wertberichtigung, Rückstellung, organisatorische Maßnahmen u.ä. Vorsorge getroffen worden.

### **4.2 Wesentliche Risiken**

#### **4.2.1 Finanzinstrumente**

Als Finanzierungsinstrumente im Bereich unseres Unternehmens sind zu nennen: auf der Aktivseite Finanzanlagen und Forderungen sowie auf der Passivseite Verbindlichkeiten. Weitere Finanzinstrumente (Termingeschäfte, Optionen, Derivate oder ähnliches) werden nicht eingesetzt.

Als wesentliches Finanzinstrument sind hierbei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern in Höhe von 142,2 Mio. € zu sehen. Es handelt sich hierbei um von Dritten gewährte, grundschuldlich abgesicherte, Darlehen zur Finanzierung unseres Anlagevermögens. Bezüglich der Einzelheiten wird auf den Verbindlichkeitspiegel im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

Das Zinsrisiko (Preisänderungsrisiko) wird zum einen wegen der Verteilung der Zinsbindungsfristen auf unterschiedliche Zeiträume und zum anderen wegen der derzeit relativ niedrigen und stabilen Zinssituation auch weiterhin als gering angesehen. Darüber hinaus erfolgt eine regelmäßige Kontrolle des Kreditportfolios. Die übrigen Risiken von Finanzierungsinstrumenten (Ausfallrisiko, Liquiditätsrisiko, Zahlungsstromrisiko) sind in diesem Bereich nicht erkennbar bzw. durch den kontinuierlichen Mittelzufluss der Mieten entsprechend abgesichert.

Im Bereich der Forderungen sind eventuell bestehende Ausfallrisiken durch Wertberichtigungen antizipiert. Weitere Risiken sind hier nicht erkennbar.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen, bei denen keine Finanzierungsrisiken bestehen.

## 4.2.2 Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerung von NRW wird laut einer Statistik des Landesbetrieb IT.NRW von 17,91 Millionen Menschen bis zum Jahr 2040 um 0,9% auf rund 18,08 Millionen ansteigen. Dabei wurde prognostiziert, dass in 119 der insgesamt 373 kreisangehörigen Städten und Gemeinden die Einwohnerzahl steigen wird, während in 254 Städten und Gemeinden mit einem Rückgang der Bevölkerung gerechnet wird.

Das statistische Bundesamt rechnet damit, dass sich die Alterung der Bevölkerung trotz der hohen Nettozuwanderung und der gestiegenen Geburtenzahlen weiter verstärken wird. Es wird bundesweit bis zum Jahr 2035 mit einem Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung um rund 4 bis 6 Millionen auf 45,8 bis 47,4 Millionen gerechnet. Die Zahl der Menschen ab 67 Jahren wird bis 2039 um weitere 5 bis 6 Millionen auf 21 Millionen anwachsen.

Für den Kreis Viersen prognostiziert IT.NRW einen Rückgang der Bevölkerung bis 2040 um 3,0%. Während in allen Kommunen des Kreises die Bevölkerung sinkt, wird mit einem Anstieg der Bevölkerung in Willich um 5,3% gerechnet. Im Kreis wird die Altersgruppe unter 19 Jahren um 7,5% und die Altersgruppe 19 bis 65 Jahre um 18,2% sinken. Die Gruppe der über 65-Jährigen wird im gleichen Zeitraum um 42,9% steigen.

Bei den Kommunen Schwalmtal (78,1%), Niederkrüchten (67,8%) und Willich (65,1%) wird ein besonders hoher Anstieg der über 65-Jährigen prognostiziert. In den Kommunen Viersen (16,5%) und Grefrath (24,8%) wird mit einem vergleichsweise niedriger Anstieg gerechnet.

Für die Stadt Meerbusch wird ein Anstieg der Bevölkerung bis 2040 um 2,8% prognostiziert. Die Altersgruppe unter 19 Jahren wird laut dem Bericht um 11,7% steigen, während die Altersgruppe 19 bis 65 um 16,2% sinken wird. Die Altersgruppe über 65 wird voraussichtlich um 44,2% steigen.

Für das Land NRW wird mit der Zunahme der privaten Haushalte bis 2045 um 3,0% gerechnet. Für den Kreis Viersen wird eine Entwicklung zwischen minus 3,0% bis plus 3,0% erwartet, während für die Stadt Meerbusch eine Zunahme von 3,0% bis 7,0% prognostiziert wird.

## 4.2.3 Wohnungsmarktentwicklung

Die NRW.BANK berichtet im Wohnungsmarktbarometer 2019, dass die Anspannung für Mieter auf den nordrhein-westfälischen Wohnungsmärkten weiter zugenommen hat. Dabei gelten barrierefreie/-arme Wohnungen unter 60 m<sup>2</sup> sowie die unteren und öffentlich geförderten Wohnungssegmente als am stärksten betroffen. Als Hauptgrund wird hierfür die Zuwanderung von Arbeitssuchenden aus dem Osten, Süden und Südosten der EU genannt. Auch die Integration von Flüchtlingen in den regulären Wohnungsmarkt steigerte die Wohnungsnachfrage. Es wird davon ausgegangen, dass die Lage auf dem Wohnungsmarkt auch in den nächsten ein bis zwei Jahren auf einem ähnlich hohen Anspannungsniveau bleiben wird. Mittelfristig wird mit einer leichten

Entspannung in allen Segmenten gerechnet. Der Bericht nennt als größte Hindernisse für den Wohnungsbau die Auslastung der Bauwirtschaft, unzureichend verfügbare Baugrundstücke, die Baulandpreise sowie die Planungs- und Genehmigungspraxis der Kommunen.

#### 4.2.4 Baukosten - Baupreisindex

Der Baupreisindex wird vom Statistischen Bundesamt herausgegeben und spiegelt die Entwicklung der Preise für Neubau und Instandhaltung von Wohngebäuden wider.

Ausgehend vom Basisjahr 2015 hat sich der Baupreisindex wie folgt entwickelt:

<b>Quartal</b>	<b>Index</b>
I / 2019	113,4
II / 2019	114,3
III / 2019	115,1
IV / 2019	115,7

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland stiegen im November 2019 gegenüber November 2018 um 3,8 %. Damit fiel der Anstieg leichter aus als im vorherigen Betrachtungszeitraum (4,8%).

Die Preise stiegen dabei im Einzelnen bei Rohbauarbeiten um 3,8 %, Betonarbeiten um 3,3 %. Maurerarbeiten 3,5 %, Erdarbeiten um 5,2 %. Zimmer-/Holzarbeiten um 2,5 %, Dachdeckungs-/Dachabdichtungsarbeiten um 4,1 %, Heizanlagen / zentralen Wassererwärmungsanlagen um 4,0 %. Nieder- und Mittelspannungsanlagen um 4,9%, Metallbauarbeiten um 4,3% und Wärmedämm-Verbundsysteme um 4,2 % an.

Die Preise für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,1%.

#### 4.2.5 Grundstücksbeschaffung - Entwicklung der Baulandpreise

Die Baulandpreise im Kreis Viersen sind gemäß Grundstücksmarktbericht in allen Kommunen im Jahr 2019 um 5% bis 10% angestiegen. im Stadtteil Brüggen sogar um 15%. Lediglich im Stadtteil Dülken sind die Baulandpreise auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.

#### **4.2.6 Auswirkung des Coronavirus**

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID-19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie in den letzten Wochen zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben geführt. Und dies wird nach aktuellen Einschätzungen noch zunehmen. Von einer Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist daher auszugehen. Die Geschwindigkeit der Entwicklung macht es schwierig, die Auswirkung schon heute zuverlässig einzuschätzen. Es ist jedoch mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf der Gesellschaft zu rechnen.

Zu nennen sind Risiken aus der Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen. Darüber hinaus ist mit einem Anstieg der Mietausfälle zu rechnen.

### **5. Prognose- und Chancenbericht**

Das Unternehmen wird auch weiterhin - entsprechend der Bevölkerungs- und Marktentwicklung (vgl. Ziff. 4.2.2 und 4.2.3) - seinen Investitionsschwerpunkt auf das Neubauprogramm legen. Um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken, wird die seit dem Jahr 2015 erhöhte Bautätigkeit insbesondere im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus fortgesetzt. Breite Schichten der Bevölkerung werden so mit preisgünstigem Wohnraum versorgt. Dabei werden sowohl das altersgerechte Wohnen als auch das Wohnen für junge Familien berücksichtigt. Das Unternehmen wird auch im freifinanzierten Wohnungsbau tätig sein, um die entsprechend Zielgruppen mit ausreichendem Wohnraum versorgen zu können.

Für das Jahr 2020 rechnet das Unternehmen mit der Fertigstellung von insgesamt 117 Wohnungen in Kempen, Krefeld, Meerbusch und Tönisvorst, von denen 84 öffentlich gefördert sind. Im Jahr 2021 werden voraussichtlich weitere 32 Wohnungen in Meerbusch, Tönisvorst und Willich fertiggestellt werden. Darüber hinaus befinden sich aktuell weitere konkrete Neubaumaßnahmen in Planung, welche voraussichtlich in 2020 und 2021 begonnen werden können. Diese liegen in Kempen, Meerbusch, Nettetal, Niederkrüchten, Schwalmtal, Viersen und Willich.

Die in den letzten Jahren auf Grundlage eines Portfoliomanagements kontinuierlich durchgeführte Modernisierung wird - unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in unserem Tätigkeitsgebiet - auch weiterhin konsequent fortgesetzt und bietet somit zukünftige Ertragspotenziale. Dies umfasst Komplettsanierungen, erstmaliger Einbau von Aufzügen und energetische Sanierungen.

Das Unternehmen setzt darüber hinaus seinen Schwerpunkt auf das Förderprogramm des Landes NRW (Modernisierungsrichtlinie RL Mod.), bei dem Modernisierungen öffentlich gefördert werden. Dadurch wird zukunftsfähiger und bezahlbarer Wohnraum im Bestand für die Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung geschaffen.

In der ersten Bauphase werden im Jahr 2020 insgesamt 60 Wohnungen in Grefrath, Meerbusch und Viersen mit dem Programm RL-Mod. modernisiert. Bis 2022 werden weitere 43 Wohnungen folgen.

Aufgrund unserer mittelfristigen Wirtschaftsplanung prognostizieren wir folgende wesentliche Posten:

	<b>Plan 2020</b>
	<b>T€</b>
Umsatzerlöse aus Sollmieten	20.785
Instandhaltungsaufwendungen	4.700
Personalaufwand	4.100
Abschreibung	5.500
Zinsaufwendungen	2.840
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.968</b>

## **6. Erklärung zur Unternehmensführung**

Die GWG AG unterliegt als sogenanntes drittelparitätisch mitbestimmtes Unternehmen nach § 1 Abs. 1 Nr.1 Satz 2 Drittel den Verpflichtungen aus § 76 Abs. 4 und § 111 Abs. 5 AktG sowie den Publikationsvorschriften des § 289a Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 HGB. Demnach müssen Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes festgelegt werden.

Diese Festlegungen können auf der Internetseite der Gesellschaft unter <http://www.gwg-kreis-viersen.de> eingesehen werden.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Vorstand

Als Vorstand sind bestellt:

Herr Michael Aach, Viersen,  
Herr Dr. Andreas Coenen, Viersen.

### Aufsichtsrat

Werner, Günter Nettetal Vorsitzender	Beamter i.R.
Birnbrich, Lothar Krefeld Stellvertretender Vorsitzender	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Fischer, Peter Kempen	Bereichsleiter Verwaltung
Fruhen, Luise Tönisvorst	Apothekerin
Heyes, Josef Willich	Bürgermeister
Smolenaers, Hans Viersen	Geschäftsführer
Buten, Bettina Mönchengladbach	Wohnungswirtschaftliche Assistentin
Fuchs, Sabine Willich	Bauzeichnerin
Simun, Darko Ratingen	Teamleiter/Objektverwalter

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die GWG AG unterliegt als sogenanntes drittelparitätisch mitbestimmtes Unternehmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 DrittelbG den Verpflichtungen aus § 76 Abs. 4 und § 111 Abs. 5 AktG sowie den Publikationsvorschriften des § 289a Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 HGB. Demnach müssen Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes festgelegt werden.

In Fortführung der Beschlussfassung vom 07.12.2016 und der mittlerweile eingetretenen personellen Veränderungen wird seitens des Vorstandes folgende Beschlussfassung bzgl. der Zielgröße des Frauenanteils vorgeschlagen:

### 1. Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat der GWG AG besteht aus 9 Mitgliedern, von denen 3 Frauen sind. Dies entspricht einer Quote von 33% und damit der gesetzlich vorgeschriebenen Zielgröße von

30%. Der Aufsichtsrat legt daher fest an dieser Quote bis zur Neuwahl des Aufsichtsrates im Juni 2020 festzuhalten.

## 2. Vorstand:

Der Vorstand der GWG AG (hauptamtlich sowie nebenamtlich) besteht bis zum 30.06.2018 aus drei, danach aus zwei männlichen Personen. Unter Berücksichtigung der laufenden Vertragssituation kann seitens des Aufsichtsrates bis zum 30.06.2021 bzw. 31.12.2022 keine hiervon abweichende Zielgröße festgelegt werden.

## 3. Führungsebenen unterhalb des Vorstandes:

Die erste Führungsebene unterhalb des Vorstandes der GWG AG besteht aus vier Abteilungsleitern/Abteilungsleiterinnen. Davon sind zwei männlich und zwei weiblich. Mit einer Quote von 50% ist daher die gesetzliche Zielgröße von 30% übererfüllt. Weitere Festlegungen sind derzeit nicht zu treffen. Aufgrund der flachen Hierarchie der GWG AG ist eine durchgängige zweite Führungsebene unterhalb des Vorstandes nicht vorhanden. Aussagen über eine Quote und somit über Zielgrößen sind hier nicht festlegbar.

(Beschluss des Aufsichtsrates und des Vorstandes vom 21.03.2018. Dieser Beschluss aktualisiert die Beschlussfassung vom 07.12.2016, deren Ziele erreicht wurden.)

### 3.4.1.14 NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH

## Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen in erster Linie gegenüber den nordrhein-westfälischen Kommunen und kommunal nahestehenden Dritten, wie beispielsweise kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Stadtentwicklungsgesellschaften, insbesondere in Zusammenhang mit der Baulandentwicklung sowie der Wahrnehmung von städtebaulichen Aufgaben, Maßnahmen der Stadtentwicklung und Strukturpolitik, Aufbereitung, Erschließung und Verwertung von Baulandflächen sowie verwandten Geschäften.

## Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Beteiligung an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH dient der Bauland- sowie Stadtentwicklung der Stadt Meerbusch.

## Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

### Gesellschafter

NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund (€ 73.000,00)

Stadt Krefeld (€ 1.000,00)

Gemeinde Nordwalde (€ 1.000,00)

Stadt Herdecke (€ 1.000,00)

Stadt Bochum (€ 1.000,00)

Stadt Duisburg (€ 1.000,00)

Stadt Telgte (€ 1.000,00)

Stadt Wuppertal (€ 1.000,00)

Gemeinde Rommerskirchen (€ 1.000,00)

KonvOY GmbH, Münster (€ 1.000,00)

Stadt Mettmann (€ 1.000,00)

Stadt Münster (€ 1.000,00)  
Stadt Gladbeck (€ 1.000,00)  
Stadt Bornheim (€ 1.000,00)  
Stadt Stadtlohn (€ 1.000,00)  
Stadt Hamm (€ 1.000,00)  
Gemeinde Lotte (€ 1.000,00)  
Stadt Eschweiler (€ 1.000,00)  
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Herne (€ 1.000,00)  
Stadt Soest (€ 1.000,00)  
Stadt Everswinkel (€ 1.000,00)  
Stadt Neukirchen-Vluyn (€ 1.000,00)  
Stadt Rheinberg (€ 1.000,00)  
Stadt Erftstadt (€ 1.000,00)  
Stadt Beckum (€ 1.000,00)  
Stadt Dortmund (€ 1.000,00)  
Stadt Gelsenkirchen (€ 1.000,00)  
Stadt Meerbusch (€ 1.000,00)

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine unmittelbaren Leistungsbeziehungen zur Stadt Meerbusch.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

### Vermögenslage

<b>Aktiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,2	0,3	-0,1
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte			
Unfertige Leistungen	78,0	18,5	+59,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	925,6	214,8	+710,8
2. Forderungen gegen Gesellschafter	345,8	0,0	+345,8
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	31,0	90,4	-59,4
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.380,6</b>	<b>324,0</b>	<b>+1.056,6</b>

### Kapitallage

<b>Passiva</b>			
	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	100,0	100,0	0,0
II. Verlustvortrag	-17,2	-13,8	-3,4
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	4,6	-3,4	+8,0
<b>B. Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen	4,1	3,2	+0,9
<b>E. Verbindlichkeiten</b>			
1. Erhaltene Anzahlungen	33,9	0,0	+33,9
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	19,3	0,3	+19,0
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	890,0	237,7	+652,3
4. Sonstige Verbindlichkeiten	345,9	0,0	+345,9
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.380,6</b>	<b>324,0</b>	<b>+1.056,6</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
1. Umsatzerlöse	1.894,2	186,1	+1.708,1
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	59,6	18,5	+41,1
3. Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0	0,0
4. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.924,3	201,9	+1.722,4
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	0,1	0,1	0,0
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	24,9	6,0	+18,9
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,5	0,0	+0,5
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,5	0,0	+0,5
9. Ergebnis nach Steuern	4,6	-3,4	+8,0
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4,6	-3,4	+8,0

## Kennzahlen

	2019	2018	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	6,3	25,6	-19,2
Eigenkapitalrentabilität	5,2	-4,2	+9,4
Anlagendeckungsgrad 2	-*	-*	-*
Verschuldungsgrad	1.480,3	291,2	+1.189,1
Umsatzrentabilität	0,2	-1,8	+2,1

\* Die Gesellschaft besitzt nur sehr geringes Anlagevermögen, daher ist diese Kennzahl nicht aussagekräftig.

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2019 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2018: 0) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

#### 1. Geschäft und Rahmenbedingungen

##### 1.1 Allgemeine Geschäftsgrundlagen

Die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH mit Sitz in Düsseldorf wurde am 19. Dezember 2016 als Tochtergesellschaft der NRW.URBAN Service GmbH gegründet. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte beim Amtsgericht Düsseldorf am 19. Januar 2017 unter der Nummer HRB 79640.

Im November 2017 erfolgte eine Änderung des Gesellschaftszwecks im Gesellschaftsvertrag.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber nordrhein-westfälischen Kommunen und kommunal nahestehenden Dritten, wie beispielsweise kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Stadtentwicklungsgesellschaften, in Zusammenhang mit der Baulandentwicklung sowie der Wahrnehmung von städtebaulichen Aufgaben, Maßnahmen der Stadtentwicklung und Strukturpolitik, Aufbereitung, Erschließung und Verwertung von Baulandflächen sowie verwandten Geschäften.

Im Gesellschaftsvertrag wurde festgelegt, dass der Public Corporate Governance Kodex des Landes in seiner aktuellen Fassung zu beachten ist.

##### 1.2 Personal

Die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Die Gesellschaft hat die NRW.URBAN Service GmbH mit der Geschäftsbesorgung beauftragt.

##### 1.3 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH war im Geschäftsjahr 2019 mit der Akquisition, Vorbereitung und Umsetzung von Projekten der Kooperativen Baulandentwicklung und weiterer Dienstleistungsprojekte für die Gesellschafter beschäftigt.

Neben der Projektarbeit wurde die Übertragung weiterer Geschäftsanteile und die Aufnahme neuer Gesellschafter in die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH vorbereitet und umgesetzt.

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hat bis zum 31.12.2019 für zehn Kommunen der Aufnahme in das Programm der Kooperativen Baulandentwicklung zugestimmt. Mit diesen Städten und Gemeinden wurden Trägerverträge zur Umsetzung von Projekten der Kooperativen Baulandentwicklung abgeschlossen und es wurde mit der Projektarbeit begonnen.

Neben der Kooperativen Baulandentwicklung haben die Gesellschafter die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH mit rd. 20 weiteren Projekten beauftragt.

Zum 31.12.2019 waren 27 Kommunen und Gemeinden Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH.

Die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH schließt dieses Jahr mit einem positiven Geschäftsergebnis in Höhe von 4.557,61 € (Vorjahr - 3.442,14 €) ab.

## **2. Darstellung der Lage**

### **2.1 Vermögenslage**

Die Bilanzsumme der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zum 31.12.2019 beträgt 1.381 T€ (Vorjahr 324 T€). Die Erhöhung der Bilanzsumme beruht auf der Aktivseite im Wesentlichen aus der Erhöhung der Vorräte (+ 59,6 T€) und der Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen (+ 1.057 T€). Auf der Passivseite erhöhen sich insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (+ 652 T€) sowie die sonstigen Verbindlichkeiten (+ 346 T€).

Das Eigenkapital beträgt 87 T€ (Vorjahr 83 T€). Dies entspricht, bezogen auf die Bilanzsumme, einer Eigenkapitalquote von rund 6 %.

### **2.2 Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2019 hat die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH Umsatzerlöse in Höhe von 1.894 T€ (+ 1.708 T€) erzielt.

Neben den Umsatzerlösen wurden Vorräte in Höhe von 60 T€ aufgebaut.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betragen 1.924 T€ (+ 1.722 T€). Nach Abschreibungen in Höhe von 100,67 € und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 25 TE schließt die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4,6 T€ ab.

### 3. Risiko und Prognosebericht

Risiken der künftigen Entwicklung sind derzeit nicht erkennbar.

Für das Geschäftsjahr 2020 erwartet die Geschäftsführung, dass 15 weitere Entwicklungsträger - und sonstige Dienstleistungsverträge mit den Gesellschaftern abgeschlossen werden.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung hat das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung die Aufstockung der Bürgschaft und des Rahmenkredits für das Programm der Kooperativen Baulandentwicklung um 100 Mio. € auf 200 Mio. € im Landeshaushalt berücksichtigt.

Die Geschäftsführung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH geht davon aus, dass die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020, wie im Wirtschaftsplan vorgesehen, ein positives Jahresergebnis erzielt.

Die Auswirkungen des Corona Virus und dem daraus resultierenden „Shutdown“ des öffentlichen Lebens auf den Geschäftsverlauf der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung werden engmaschig von der Geschäftsführung kontrolliert.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung werden noch keine rückläufigen Leistungsanforderungen festgestellt.

Düsseldorf, 22. April 2020

Franz Meiers

Ludger Kloidt

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

Herr Ludger Kloidt, Geschäftsführer NRW.URBAN Service GmbH,  
Herr Franz Meiers, Geschäftsführer NRW.URBAN Service GmbH

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiter beschäftigt.